



BILANZ



2023





Mit dieser Publikation erhalten Sie die letzte Jahresbilanz der 20. Legislaturperiode des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung im vergangenen Jahr möchte ich zunächst der gesamten hessischen Polizei, dem Landesamt für Verfassungsschutz, den Regierungspräsidien, den vielen ehrenamtlichen Helfern aus Feuerwehr, Katastrophenschutz und Sportvereinen sowie unseren vielen Partnern aus Verbänden und Zivilgesellschaft von Herzen danken.

Die vergangenen fünf Jahre werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport sowie seiner nachgeordneten Behörden als eine Legislaturperiode der großen Herausforderungen in Erinnerung bleiben. Eine Vielzahl von einzelnen Ereignissen und geopolitischen Konfliktlagen erschütterten auch Hessen und hatten unmittelbare Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen in unserem Land. Alle Ereignisse erforderten immer wieder unverzügliches, besonnenes und beherrschtes Handeln auf den unterschiedlichen Ebenen des Staates und in gänzlich unterschiedlicher Weise.

Dies galt sowohl im Hinblick auf fürchterliche Einzeltaten, wie dem rechtsextremistischen Mord an Dr. Walter Lübcke sowie dem schrecklichen Anschlag von Hanau 2020, als auch in Bezug auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, wieder ansteigende Flüchtlingszahlen ab Ende 2022 oder der wieder aufgebrochene Nahost-Konflikt in diesem Jahr, der ab Herbst zu einem Anstieg proisraelischer und propalästinensischer Versammlungen auf unseren Straßen und Plätzen führte. Zwischen der kurzen Abfolge all dieser Ereignisse war das Hessische Innenministerium mit unzähligen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie von 2021 bis Herbst 2022 gefordert.

Dass all diese Herausforderungen in vielerlei Hinsicht gut gemeistert wurden, ist das große Verdienst der Mitarbeiter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, der Sicherheitsbehörden sowie der nachgeordneten Behörden. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz in den Ausnahmejahren sehr herzlich zu danken. Es hat sich ein ums andere Mal gezeigt, dass das herausragende Engagement der tatkräftigen Beschäftigten in den unterschiedlichen Bereichen des Innenressorts die starke Säule für das Zusammenleben der Hessinnen und Hessen ist.

Damit Hessen sicher ist und bleibt, hat die Hessische Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt. So wurde die personelle Verstärkung der hessischen Polizei weiter konsequent vorangetrieben und im Rahmen einer materiellen und technischen Ausstattungsoffensive zahlreiche Verbesserungen und Innovationen für die Sicherheitsbehörden umgesetzt. Dank der Kraftanstrengungen ist es uns gelungen, dass die Kriminalitätsrate auf einem historischen Tiefstand gesunken, die Aufklärungsquote hingegen auf einen historischen Höchststand gestiegen ist. Beispielfähig hierfür sind auch die fortwährenden Erfolge der BAO Hessen R im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie der BAO Fokus bei der Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern wie auch der Verbreitung von kinderpornographischem Material.

Unser gut funktionierendes Hilfeleistungssystem fußt im Wesentlichen aber auch auf dem Einsatz der vielen haupt- und vor allem ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen im Brand- und Katastrophenschutz, die rund um die Uhr zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Die Arbeit der Kameradinnen und Kameraden ist durch hohe Qualität gekennzeichnet und die

Einsatzkräfte leisten tagtäglich einen großen Beitrag zum Wohle der Gemeinschaft. Dieses vorbildliche Engagement hat die Hessische Landesregierung in den vergangenen Jahren mit umfangreichen finanziellen Mitteln unterstützt. Im laufenden Jahr 2023 wurde die Garantiesumme um drei auf 46 Millionen Euro erhöht. Im Jahr 2024 steigt die Garantiesumme auf den Rekordwert von 47 Millionen Euro. Auf Basis der Garantiesumme konnten in dieser Legislaturperiode mehr als 90 Prozent aller eingegangenen Anträge aus hessischen Kommunen finanziell unterstützt werden.

Hessen ist aber nicht nur ein sicheres „Feuerwehrland“, sondern in besonderem Maße auch Sportland. 2,1 Millionen Menschen gehören hierzulande einem der 7.500 Sportvereine an. Der Sport ist damit die größte Bürgerbewegung in Hessen. Die Landesregierung hat in den letzten Jahrzehnten ebenso Rekordmittel aufgewendet, um den Sport und insbesondere kleinere Vereine zu unterstützen. Durch die insgesamt 68 Millionen Euro, die das Land in 2023 für den Sport zur Verfügung stellen konnte, wurden Schwimmbäder saniert, Kunstrasenplätze gebaut oder aber auch kleinere Sportgeräten neu beschafft. Eine Auswahl von Projekten für den Sport finden Sie auf den vorliegenden Seiten dieser Jahresbilanz.

Ebenso finden Sie in der vorliegenden Bilanz eine ganze Reihe von Vorhaben, die in unseren Kommunen mit Unterstützung des Landes 2023 umgesetzt wurden. Ich bin den kommunalen Verantwortungsträgern in den Landkreisen, Städten und Gemeinden für die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der vergangenen Legislaturperiode sehr dankbar. Dass es uns trotz der zahlreichen Herausforderungen über die Jahre gemeinsam gelungen ist, dass nahezu alle Kommunen in Hessen ihre Haushalte ausgleichen konnten, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Zeiten nicht einfacher geworden sind. So werden die Kommunen derzeit mit erhöhten Kosten, die mit der Inflation, der Energiekrise sowie erhöhten Flüchtlingsausgaben verbunden sind, stark belastet. In Wiesbaden ist man sich dessen stets bewusst, weshalb die Landesregierung nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in Zukunft fest an der Seite der kommunalen Familie stehen wird, denen ich an dieser Stelle für den engen Schulterschluss in herausfordernden Zeiten danke.

Bedanken möchte ich mich abschließend ebenso nochmals bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums, für ihre Expertise, ihren Einsatz und dafür, dass ich auf beides immer zählen durfte. Mein besonderer Dank für viele Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit gilt Werner Koch, Stefan Heck und dem amtierenden Staatssekretär Stefan Sauer. Ihre Erfahrung und ihr breites Fachwissen als höchste Beamte des Innenministeriums waren wesentliche Gründe dafür, dass unser Haus die Herausforderungen der vergangenen zehn Jahre so erfolgreich gemeistert hat und mit Beginn des neuen Jahres 2024 so gut dasteht.

Ihr

Peter Beuth

Hessischer Minister des Innern und für Sport

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

Redaktion

Marcus Gerngroß, Benjamin Crisolli, Patrick Soldo

Internetabruf

www.innen.hessen.de

E-Mail-Adresse

pressestelle@hmdis.hessen.de

Gestaltung & Realisation

Grütmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien, Frankfurt

Bildnachweis:

Seite 1, 15, 16, 17, 19, 21, 23, 25, 26, 70, 83: Adobe Stockfotos / Seite 2: Stefan Krutsch
Hessischer Landtag / Seite 3, 6, 18, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 38, 39, 40, 41, 49, 50, 51, 53, 61,
62, 64, 65, 66, 67, 68, 72, 73, 77, 78, 83, 86, 91: HMDIS / Seite 30: Hessische Staatskanzlei /
Seite 30: Stadt Frittlar / Seite 31: Paul Müller / Seite 34: PPOH / Seite 35: Anja Kierblewski /
Seite 35: Stadt Kassel / Seite 41: picture alliance Frank May / Seite 33, 42, 43, 44, 45, 46, 47,
82, 87, 89: Polizei Hessen / Seite 46: Peter Piaskowski / Seite 47: Stadt Königstein / Seite 52:
OneMorePicture / Seite 55, Seite 74, 75, 88: Jörg Halisch / Seite 55: SelGP / Seite 58, 59:
Harald Haza-Radlitz / Seite 60: Andreas Schlote / Seite 64: foto-detlef-gottwald / Seite 66:
Stadt Groß-Umstadt / Seite 69: Hessischer Skiverband / Seite 79: Stadt Kelsterbach / Seite 79:
PP SOH / Seite 80: Paul Müller / Seite 80: Stephan Schienbein Landkreis Marburg-Biedenkopf
/ Seite 81: Boris Löffert / Seite 84: Hochheimer WoBau / Seite 85: Jörg Heck / Seite 90:
Cybersicherheit Hessen

© Dezember 2023

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



2023

Einführungen

Vorwort Peter Beuth, Hessischer Innenminister	2
Interview mit Innenminister Peter Beuth	6

Themen, die bewegten

Jüdisches Leben steht unter dem besonderen Schutz des Staates	10
Hessen steht solidarisch an der Seite der Ukraine	12
Starke Polizei in einem sicheren Land	14
Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch	16
Hessens Kampf gegen Rechtsextremismus	17
Mehr als drei Millionen Hessen profitieren von Sicherheitsinitiative	18
Rekordmittel für Brand- und Katastrophenschutz in Hessen	19
Mittel für Sportförderung in Hessen so hoch wie noch nie	20
Hohe Flüchtlingszahlen in Hessen	22
Effektiver Schutz vor Cyberangriffen in Hessen	23
Kommunen stehen noch auf solidem Fundament	24

1. Quartal 2023

Mit Zivilcourage gegen Hass und Hetze im Netz	26
Einsatz im Fechenheimer Wald	27
Innenminister verabschiedet mit ukrainischem Generalkonsul Hilfstransporter	28
Neuer Taktgeber steht für Kontinuität im Wandel	29
Kunstrasenplatz wird neue Möglichkeiten eröffnen	30
Spitzensport auch in Zukunft Teil von Willingen	30
Verkörpert das Ehrenamt wie kein Zweiter	31
Motor für den Motorsport in Erlensee	31
Meilenstein für die vernetzte Sicherheit der Zukunft	32
Starker Pfeiler der hessischen Sicherheitsarchitektur	33
Sportangebote in Hessen noch leichter finden	34
Mit großem Engagement Maßnahmen umgesetzt	34
Eine Millionen Euro für Sanierung des Erlenbads	35
Wichtige Maßnahme für den inklusiven Sport in Kassel	35
„Stabile Sicherheitswerte dank gestärkter Polizei“	36
Kluger Weiterdenker für die Digitalisierung der Polizei	38
Idealbesetzung für die Funktion des AdP	38
Beitrag zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie	39
Auch für künftige Krisen gewappnet sein	40

2. Quartal 2023

Mehr als 420.000 Euro für die Ausbildung hessischer Katastrophenschutz Helfer	41
„Seit 175 Jahren ein Teil des Sportlandes Hessen“	41
Bürgerschaftlicher Beitrag für das Sicherheitsgefühl	42
Neue Trainingsstätte	43
Bedeutende Maßnahme für die Sicherheit in Wetzlar	44
Hubschrauber-Großübung in Bad Wildungen	45
Attraktiver Verein mit toller Jugendarbeit	46
Vorbildlich um die Sicherheit der Bürger gekümmert	46
Maßnahmen für noch höhere Sicherheit	47
Gemeinsamer Einsatz zahlt sich aus	47
Gesellschaftliche Teilhabe fördern	48
Von der Inklusionsbewegung langfristig profitieren	49
Gemeinsam die Resilienz erhöhen	50
Zeichen setzen für Vereinssport	51
Bereits in jungen Jahren Verantwortung übernehmen	52
Familienfreundlichkeit und Flexibilität garantiert	53
Neues Bewusstsein für angemessene Krisenvorsorge	54
Regionale Ehrenamtsmesse in Fulda	56
Mit vollem Herzen für die hessische Polizei	57
Herausragendes Engagement für unsere Gesellschaft	60

3. Quartal 2023

IT-Kooperation in den Kommunen	61
Fachkongress „Gemeinsam Sicher bei Veranstaltungen“	62
Kampf gegen illegale Postsendungen	63
Podiumsdiskussion: Krieg und Olympische Spiele in Europa	64
Echte Bereicherung für unsere Gesellschaft	65
Erbach mit KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet	66
Maximalförderung für das Freibad in Groß-Umstadt	66
Feuerwehr mit hervorragender Nachwuchsarbeit	67
Verdient gemacht um Verbesserung der Hilfe	67
Moderne Einsatztechnik für den Brandschutz	68
Modernste Leitstellentechnologie	68
Nachwuchsarbeit im hessischen Wintersport gefördert	69
Für den Kampf gegen Demokratiefeinde gewappnet	70
Neue Wege bei Modernisierung der Polizeiarbeit	72
Garant für Sicherheit	73
Innenminister der Union besuchen Sonderlage-Übung	75
Wertschätzung der großartigen Arbeit der Einsatzkräfte	77
Funken für mehr Sport frühzeitig entfachen	78
Sicherheitsgefühl in Neu-Isenburg passgenau gestärkt	79

4. Quartal 2023

Freiherr-vom-Stein-Plakette für Werner Waßmuth	80
Hessischer Verdienstorden für Torsten Gorski aus Ahnatal	80
Hand in Hand Cyberbedrohungen begegnen	81
Neustadt mit KOMPASS-Siegel ausgezeichnet	82
Hessischer Bewegungsscheck im Kreis Groß-Gerau gestartet	83
Zufahrtssperren in Hochheim gefördert	84
Berufsfeuerwehr Wiesbaden als Feuerwehr des Monats Oktober ausgezeichnet	85
Hessischer Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“	86
Indienststellung des Hessischen Polizeipräsidiums Einsatz	87
Höchste Auszeichnung für Spitzensportler, Teams, Trainer und Ehrenamtliche	88
Rüsselsheim mit KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet	89
Innovative Lösungen für mehr Sicherheit	90
Bewegungsmangel frühzeitig entgegenwirken	91



Innenminister Peter Beuth im Bilanz-Interview

„Wir waren eigentlich immer gefordert“

Herr Beuth, am 18. Januar endet nach genau zehn Jahren Ihre Amtszeit als Hessischer Minister des Innern und für Sport. Bereits vor mehr als einem Jahr haben Sie entschieden, sich aus der Politik zurückzuziehen. Was hat Sie dazu bewogen?

Ich durfte fast 25 Jahre als direkt gewählter Landtagsabgeordneter und zehn Jahre als Innenminister meinem Land dienen. Diese Aufgaben bedeuteten mir sehr viel und erfüllen mich in der Nachbetrachtung mit großer Dankbarkeit. Meinen Abschied aus der Politik habe ich mir deshalb auch alles andere als leichtgemacht. Es ist am Ende eine sehr persönliche Entscheidung, die ich nach reiflicher Überlegung und im Dialog mit meiner Familie gefällt habe. Ich blicke zufrieden auf die Zeit zurück und bin auch stolz auf das Erreichte. Jetzt freue ich mich auf das, was das Leben nach der Politik noch bereithält.

War das Amt denn so, wie Sie es sich vorgestellt haben?

Die Aufgabe ist herausfordernd und ereignisreich. Man weiß nie so ganz genau, was der nächste Tag bringt. Langweilig wurde es jedenfalls nie. Es ist ein höchst verantwortungsvolles Amt bei dem man immer in einem besonderen Fokus steht. Einerseits durch die Öffentlichkeit und das berechtigte Informationsbedürfnis der Medien an aktuellen Entwicklungen. Andererseits aber natürlich auch aufgrund der Erwartungen aus dem politischen Raum.

Als Innenminister steht man stets im Kreuzfeuer der Kritik...

Ja, das stimmt. Seitens der Opposition wird man immer eher als Zielscheibe gesehen und das kolportierte Informationsbedürfnis ist oftmals eher politisch-strategischer Natur. Aber auch das gehört zum täglichen Brot eines Innenministers und ist in allen Ländern gleich. Unter dem Strich bleibt, dass das politische Amt für mich persönlich eines der Schönsten ist. Man kann viele konkrete Verbesserungen für die Menschen umsetzen und auf den Weg bringen, trotz der vielen Krisen und Herausforderungen, die in den vergangenen Jahren da waren. Ich bin alles in allem sehr glücklich darüber, was wir gemeinsam im Innenressort für die Menschen in Hessen bewegen konnten.

Nennen Sie uns bitte ein paar Beispiele?

Das Innenministerium begleitet eine ganze Fülle von Themen, die es alle verdient hätten erwähnt zu werden. Aber natürlich ist mit dem Ministerium untrennbar das größte Thema Sicherheit verbunden. So ist es uns in den vergangenen zehn Jahren gelungen, Hessen nachweislich zu einem der Spitzenländer im Bereich der Inneren Sicherheit zu machen. Dafür haben wir die hessische Polizei personell deutlich gestärkt und technisch auf ein völlig neues Level gehoben. Hätte man einem Polizei-Gewerkschafter vor zehn Jahren mitgeteilt, dass der Personalkörper um 18 Prozent erhöht und die hessische Polizei mit Bodycams, Notinterventionsteams,

hessenDATA und Smartphone-Vollausstattung in vielen Bereichen der Innovationstreiber der deutschlandweiten Polizeiarbeit ist, hätte er sich vermutlich ungläubig die Augen gerieben. Tatsächlich ist uns aber in Hessen auch oft mehr gelungen und umgesetzt worden, als in anderen Bundesländern. Für die Stärkung unserer Polizei in Hessen stehen für mich die jährlichen Vereidigungstermine auf dem Hessentag. 2014, im ersten Jahr als Innenminister, konnte ich hier rund 450 Frauen und Männer vereidigen. In den vergangenen Jahren lag die Zahl stets zwischen 800 bis 1.100 jungen Menschen. Die jeweilige Abnahme der Diensteide eines Jahrgangs hatte für mich immer einen familiären, besonderen und ergreifenden Charakter. Sowas vergisst man natürlich nicht.

Kann man stellenweise aber nicht doch den Eindruck gewinnen, dass wir in einem verunsicherten Land leben?

Dieses Thema umtreibt mich seit vielen Jahren, obwohl es für ein Unsicherheitsgefühl objektiv gar keinen Grund gibt. Wenn wir die Gesamtlage betrachten, dann ist Hessen dank unserer Polizei viel sicherer geworden. Wir haben weniger Kriminalität im öffentlichen Raum, es wurden noch nie so erfolgreich Straftaten aufgeklärt und so selten in Wohnungen oder Häuser eingebrochen. Dass Bürger trotzdem immer wieder von einem Gefühl der Unsicherheit berichten, war für uns 2017 Anlass für das KOMPASS-Programm - aus meiner Sicht eine der erfolgreichsten Initiativen der Landesregierung in den vergangenen Jahren. Eine Initiative, die vor allem auch nicht viel Geld kostet, sondern funktioniert, weil sie so gut und sinnvoll ist. Heute machen bei KOMPASS mehr als 150 hessische Kommunen mit. Sie stehen im Austausch mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zu Sicherheitsthemen, führen Analysen und Bürgerbefragungen durch und setzen Maßnahmen vor Ort für ein verbessertes Sicherheitsgefühl um.

Die Bürger können vermehrt aber auch digitale Anwendungen nutzen, um Mängel vor Ort zu melden. Wie hat sich die Polizeiarbeit in den vergangenen Jahren gewandelt?

Sie ist ganz bewusst moderner, bürgernaher und digitaler geworden. Unser Verständnis war immer, dass wir für mehr Sicherheit in Hessen auch die Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen wollen. Für mehr Kommunikation und einen stärkeren Austausch haben wir daher neben der Implementierung der Sicherheitsapp hessen-WARN auch ein Sicherheitsportal aus der Taufe gehoben. Es ist die zentrale Anlaufstelle für sämtliche Sicherheitsbelange vor Ort. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen mit wenigen Klicks schnell und einfach online bei ihrer Stadt, Gemeinde oder eben der Polizei melden können. Auch dadurch gelingt es uns immer besser, das Sicherheitsgefühl dort zu stärken, wo Bedarf besteht.

Wie schaut es denn im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes aus?

Natürlich zählt zur Inneren Sicherheit im besonderen Maße auch der Brand- und Katastrophenschutz, der von den vielen zehntausenden Ehrenamtlichen in unserem Land quasi im „Nebenamt“ getragen wird. Ich glaube, dass uns auch hier viel gelungen ist und wir für unsere Einsatzkräfte in den vergangenen Jahren viel erreichen konnten. In der Nachbetrachtung kann ich mich zumindest an keinen Streit oder Zwist mit dem Landesfeuerwehrverband erinnern, weil wir gemeinsam immer vertrauensvoll für das gleiche Ziel gearbeitet haben: die bestmögliche Ausstattung unserer Kameradinnen und Kameraden und eine zeitgemäße Ausbildung auf der Höhe der Zeit. Besonders freut es mich, dass in meine Amtszeit der Bau des neuen Aus- und Fortbildungszentrums für unsere Jugendfeuerwehren gefallen ist. In Marburg-Cappel wird nunmehr unter bestmöglichen Bedingungen nicht weniger als der Grundstein für die Wehren von morgen gelegt. Aus meiner Sicht ist das nicht nur eine sehr lohnenswerte, sondern eine der wichtigsten Investitionen meiner Amtszeit gewesen.

Und wie stellt sich die aktuelle Situation für den Sport in Hessen dar?

Ohne den Sport fehlt uns allen etwas. Er ist für unser Zusammenleben elementar. Dies wurde uns während der Pandemie überdeutlich vor Augen geführt. So war lange nicht absehbar, welche Auswirkungen die pandemiebedingten Lockdowns auf das Vereinswesen und damit die Mitglieder und Ehrenamtlichen haben. Heute wissen wir, dass die Sorgen unberechtigt waren. Der Sportverein vor Ort ist nicht aus der Mode gekommen, sondern ganz im Gegenteil absolut gestärkt aus diesen beiden Jahren hervorgegangen. 2023 verzeichnete der Landessportbund Hessen mehr Mitglieder als jemals zuvor. Wir haben im engen Schulterschluss mit den Sportverbänden große Anstrengungen unternommen, um in dieser Zeit sowie in Zeiten der Energiekrise unsere vielfältige hessische Sportlandschaft zu erhalten. Es hat sich als richtig und wichtig erwiesen, dass die Landesregierung die Vereinslandschaft mit unterschiedlichen Programmen flächendeckend stützte. Letztendlich zeigt sich in der Nachbetrachtung, dass der Sport äußerst krisenfest ist. Die Menschen wissen heute mehr denn je, was sie an ihrem Verein und am Sport in der Gemeinschaft haben. Darauf lässt sich in den kommenden Jahren weiter aufbauen.

Als sportbegeisterter und für den Sport zuständiger Minister war es uns stets aber auch ein Anliegen, dass sich das Ministerium mit allen Facetten des Sports vollumfänglich beschäftigt. Im engen Austausch mit den unterschiedlichen Verbänden und Organisationen im Sport lag unser Fokus neben dem Nachwuchsleistungssport insbesondere auf der Förderung des Ehrenamts, der Inklusion und der Prävention im Sport. In den vergangenen Jahren haben wir uns zudem der Förderung von Bewegung und Motorik ab dem Kindesalter gewidmet. Wer in jungen Jahren Freude an Bewegung entwickelt, profitiert davon sein gesamtes Leben. Der Sport bietet viele Vorteile und stärkt den Menschen.

Das hört sich fast so an, als hätte es in der vergangenen Dekade keine allzu großen Herausforderungen gegeben ...

Von wegen. Das Gegenteil ist sicherlich der Fall. Die Presse bezeichnet die vergangenen Jahre ja nicht zu Unrecht als „Krisenjahre“. Das Innenressort war eigentlich immer gefordert und wurde zuvorderst angerufen, wenn es – meist schnelle und verlässliche – Lösungen bedurfte. Das Ministerium hat sich in all den Jahren dadurch einen besonderen Ruf erarbeitet. Wir sind äußerst professionell, resilient und krisenfest. Wenn es hart auf hart kommt, ziehen alle gemeinsam an einem Strang. Ich war besonders beeindruckt, wie sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pandemie und beim Thema „Impfen“ reingeworfen haben, was ja eigentlich nicht bei uns ressortiert. Sie haben sich nicht weggedrückt, sondern die Notwendigkeit des Moments schnell erkannt. Das ist schon eine besondere Geisteshaltung, die in diesem Haus und dem Geschäftsbereich vorherrscht. Da lautet die Frage nicht, ‚wieso müssen wir das jetzt machen‘, sondern einfach nur ‚wir machen das‘. Am Ende stand die größte Impfkampagne in der Geschichte des Landes Hessen mit rund 4,7 Millionen einzelnen Schutzimpfungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums waren einmal mehr der Stabilitätsanker für das Zusammenleben in Hessen, obwohl diese spezielle Aufgabe nicht zu ihrer Kernkompetenz gehörte.

Neben der Pandemie gab es schließlich ja auch noch zahlreiche weitere Ereignisse, mit denen das Ministerium und seine nachgeordneten Behörden befasst war: die Flüchtlingskrisen, Terrorgefahr nach den Anschlägen von Paris und Brüssel, der Anschlag von Hanau und verstärkt aufkommender Rechtsextremismus sowie zuletzt der Krieg in der Ukraine sowie jetzt im Nahen Osten. All diese Ereignisse hatten Auswirkungen auch auf Hessen ...

Im Rückblick gab es eine große Anzahl von Ereignissen und auch Krisen, mit denen umgegangen werden musste; aus denen Lehren und Maßnahmen gezogen werden mussten. Wichtig ist zu jeder Zeit gewesen, dass man die Herausforderungen annimmt, zu Veränderungen jederzeit bereit ist und aktiv gestaltet. Unser Ansporn war immer die besten Lösungen für unsere Behörden und damit für unsere Gesellschaft und letztendlich die Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Welches Ausnahmeereignis bleibt Ihnen besonders in Erinnerung?

Am schrecklichsten waren jene fürchterlichen Ereignisse, bei denen Menschen durch skrupellose Täter kaltblütig aus dem Leben gerissen wurden. In Hanau verübte ein rassistischer Täter 2020 den schlimmsten Anschlag, den es in der Geschichte Hessens gab. In Nordhessen wurde Dr. Walter Lübcke von einem Rechtsextremisten kaltblütig ermordet. Beide Taten machen noch immer fassungslos und traurig. Sie mahnen uns, die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, sehr ernst zu nehmen. Wir müssen weiterhin alles daran zu setzen, Extremisten den Nährboden zu entziehen und sie konsequent zu bekämpfen. Die Erinnerungen an diese schrecklichen Taten werden immer bleiben. Bei solchen Ereignissen wird einem immer wieder auf besonders schmerzhaft Weise bewusst, dass es in einem freiheitlichen demokratischen Staat niemals absolute Sicherheit geben kann.

Das klingt nach herausfordernden Jahren für das Innenressort.

Umso größer ist die Leistung derer, die im Bereich des Innenressorts an unterschiedlichen Stellen Verantwortung übernommen und für eine gute Zukunft beherzt angepackt haben. Ich bin meinen Mitstreitern - dabei möchte ich insbesondere meine Staatssekretäre Werner Koch, Dr. Stefan Heck und Stefan Sauer hervorheben - für ihre Unterstützung im vergangenen Jahrzehnt sehr dankbar. Ich habe immer wieder betont, dass Sicherheit keine One-Man-Show ist. Sie ist ein Zusammenspiel ganz vieler unterschiedlicher Faktoren. Alle Rädchen müssen bei einem so großen Ressort ineinandergreifen. Nur dann kann man sich am Ende gemeinsam über Erfolge freuen und Krisen gut meistern. Und wenn es irgendwo hapert, ist es der Job des Innenministers die politisch dicken Bretter zu bohren.

Welches dicke Brett hätten Sie denn gerne noch durchbohrt?

Ich werde zum Beispiel nie verstehen, wieso Menschen Einsatzkräfte angreifen. Für mich ist es schlicht nicht nachvollziehbar, dass man Frauen und Männer, deren Beruf es doch ist, einem selbst in einer Notlage zu helfen, attackiert. Mir war es daher stets wichtig bei jeder Gelegenheit zu mehr Solidarität mit Einsatzkräften aufzurufen, auch wenn ich es bis heute für paradox halte, dass so etwas in unserer Gesellschaft überhaupt notwendig ist. Daher haben wir uns dem Thema frühzeitig angenommen und für mehr Solidarität geworben und ich gleichzeitig politisch auch für Strafverschärfungen bei solch abstoßenden Taten ausgesprochen. Am Ende ist dieser Verlust von Empathie und Respekt in der Gesellschaft eine Entwicklung, die nicht durch den Einsatz eines Ministers oder allein durch eine Schutzschleifen-Kampagne entgegengewirkt werden kann. Es muss hier eine Renaissance des Anstands geben.

Ich möchte gerne noch einen zweiten Punkt benennen. Der Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie und -missbrauch wird in Hessen seit vielen Jahren mit großem Engagement und unter hohem Personaleinsatz geführt. Die rund 300 Mitarbeiter der BAO Fokus leisten hier wohl einen der schwersten Jobs, die es mitunter bei der Polizei gibt. Ihre Arbeit ist unverzichtbar, denn sie schützen Kinder und Jugendlichen. Leider verwehrt ihnen der Bund - durch die ausbleibende Neuregelung bei der Nachverfolgung der Tatzeit-IP-Adresse - das dringlichste und wichtigste Ermittlungswerkzeug. Für die Opfer aber auch für unsere Ermittler ist das ein Schlag ins Gesicht. Leider geht es nicht ohne den Bund, der bis heute noch keine tragbare Lösung umgesetzt hat, um noch besser gegen Sexualstraftäter vorgehen zu können.

Und drittens bedaure ich, dass in den vergangenen Jahren im Bund nicht mehrheitsfähig war, entsprechende rechtliche Anpassungen vorzunehmen, um Extremisten noch leichter zu entwaffnen. Hessen hat sich stets für Gesetzesverschärfungen eingesetzt, um Verfassungsfeinde noch effektiver und damit konsequenter entwaffnen zu können. Das Prinzip ist dabei ganz einfach: Wer dem Verfassungsschutz als Extremist bekannt ist, sollte keine Waffenerlaubnis haben. Dass wir trotz ausbleibender Unterstützung des Bundes in Hessen mit kleinteiliger Arbeit erreicht haben, mehr als 140 Extremisten die Waffenerlaubnis und den Besitz von rund 800 Waffen zu versagen, ist vor diesem Hintergrund ein herausragender Erfolg.

Was bleibt nach zehn Jahren Innenminister Peter Beuth?

Als Innenminister gibt es eine starke Verbindung zu den Menschen, die an vorderster Front den Staat und seine Institutionen repräsentieren. Zu der Verwaltung insgesamt, den Polizisten, Feuerwehrleuten, den Mandatsträgern in den Kommunen oder den Verbänden und Vereinen. Ich habe immer versucht, mit allen im Gespräch zu bleiben und mich mit ihren zumeist berechtigten Anliegen zu beschäftigen. Dabei war mir ein fairer und offener Umgang immer sehr wichtig. Dazu gehört im Übrigen auch, dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann. Dafür bekommt man dann nicht nur Applaus, aber das gehört bei dem Job dazu. Für mich steht aber fest, dass die allermeisten Menschen, die unser Staatswesen stützen, das aus einer festen Überzeugung heraus machen. Der Wunsch und Wille, etwas für die Menschen in unserem Land erreichen zu wollen, ist sehr wertvoll und darauf kann man als Innenminister zählen. Ich hoffe also, dass ich in den letzten zehn Jahren neben all den Einzelprojekten auch dieses Mindset, uns als Ganzes voranbringen zu wollen, gestärkt habe. Das wäre etwas, was bleiben kann und auch bleiben soll.

Klingt da auch eine Prise des Wehmuts mit?

Wie sagt man so schön: Alles im Leben hat seine Zeit! Ich gebe aber unumwunden zu, dass mir der Abschied alles andere als leichtfällt. Das Mitgestalten innerhalb der Landes- und auch Bundespolitik hat mir sehr viel Freude gemacht. Für mich ganz persönlich bleiben viele gewonnene Erkenntnisse und eine tiefe Dankbarkeit gegenüber den Mitstreitern und Mitarbeitern des Innenressorts. Gemeinsam mit den vielen Kolleginnen und Kollegen des Innenministeriums und seiner nachgeordneten Behörden konnten wir gute und wichtige Veränderungen für die Menschen in unserem Land auf den Weg bringen. Heute verspüre ich große Dankbarkeit für diese Möglichkeit.

Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger?

In Norddeutschland würde man sagen „Immer eine Hand breit Wasser unterm Kiel“. Aber Spaß bei Seite: Sicherlich werden die politisch handelnden Personen in den kommenden Jahren zahlreiche Herausforderungen zu meistern haben, die heute noch nicht absehbar sind. Ich wünsche, dass es nicht allzu viele werden. Es ist schlichtweg so, dass es wohl kein Amt in der Landesregierung gibt, bei dem sich Hochs und Tiefs in durchgehender Reihenfolge so schnell und häufig abwechseln. Aber im krisenfesten Innenministerium ist man sich stets bewusst, dass nach Ebbe immer auch wieder Flut kommt.



Nahostkonflikt

Jüdisches Leben steht unter dem besonderen Schutz des Staates

” Hass, Gewalt und Hetze gegen Juden dürfen nicht mehr auf deutschen Straßen Verbreitung finden. Wir stehen solidarisch an der Seite Israels und der Jüdinnen und Juden in Deutschland.“

Innenminister Peter Beuth

Der barbarische Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat in Hessen, Deutschland und weltweit Entsetzen ausgelöst. Hessen steht fest an der Seite Israels und der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Die Hessische Landesregierung stellt sich dabei entschlossen Hass und Hetze gegen Israel entgegen. Angesichts der Kampfhandlungen im Nahen Osten hat die hessische Polizei bereits am 7. Oktober 2023 den engen Austausch mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen gesucht und ihre Schutzmaßnahmen für jüdische Einrichtungen und Veranstaltungen individuell angepasst. Im Hessischen Innenministerium wurde unter Federführung des Inspektors der Polizei eine Task Force „Nahostkonflikt“ eingerichtet. Dort werden u. a. Informationen der hessischen Sicherheitsbehörden über mögliche Versammlungen in diesem Kontext gebündelt und ausgewertet. Basierend darauf werden erforderliche sicherheitsbehördliche Maßnahmen initiiert.

Jüdisches Leben steht in Hessen unter dem besonderen Schutz des Staates. Die polizeilichen Schutzmaßnahmen für Einrichtungen des jüdischen Lebens sind in Hessen auf einem dauerhaft hohen Niveau. So werden Objekte, in denen jüdisches Leben stattfindet und weitere jüdische Einrichtungen durch die hessische Polizei dauerhaft nach individuellen Konzepten geschützt. Zum Beispiel steht vor Synagogen, Gemeindezentren, Schulen oder Kindergärten – unabhängig von Feiertagen – ein Streifenwagen, wenn sich dort Menschen zum Gottesdienst oder zum Unterricht treffen. Die örtlichen Polizeipräsidien und das Hessische Landeskriminalamt (HLKA) stehen mit den Verantwortlichen der Liegenschaften in einem engen und vertrauensvollen Austausch. Jedes Jahr fördert das Land baulich-technische Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen mit bis zu vier Millionen Euro. Die Mittel werden zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus von Gebäuden und Orten verwendet, an denen Menschen jüdischen Glaubens zusammenkommen.

Zudem wurden auch die kommunalen Versammlungsbehörden im Hinblick auf mögliche Auflagen oder Verbote über die Regierungs- und Polizeipräsidien zielgerichtet beraten und unterstützt. Das Hessische Innenministerium hat als oberste Versammlungsbehörde des Landes Hessen in Einzelfällen die kommunalen Versammlungsbehörden angewiesen, die dort angezeigten Anti-Israel-Versammlungen zu verbieten, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es bei den betreffenden Versammlungen zu Straftaten kommen wird. Nach Einschätzung des Hessischen Innenministeriums als oberster Versammlungsbehörde drohten bei mehreren angekündigten Versammlungen insbesondere die Verübung von Straftaten nach § 140 StGB (Billigung von Straftaten), § 130 StGB (Volksverhetzung) und § 111 StGB (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten).

Weiterer Ausbau des Schutzniveaus jüdischer Einrichtungen

In Hessen ist bereits seit Jahren vor jeder Einrichtung, in der jüdisches Leben stattfindet, polizeiliche Präsenz sichergestellt. Um die Sicherung jüdischer Einrichtungen auch weiterhin massiv zu unterstützen, wurden und werden auch in 2023 und 2024 jeweils vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem wurden bereits 2019 die Voraussetzungen für 30 zusätzliche Wachpolizistinnen und -polizisten für Schutzmaßnahmen jüdischer Liegenschaften geschaffen, die dort jetzt auch im Einsatz sind. Hinzu kommt die Ausfinanzierung des abgeschlossenen Staatsvertrags zwischen dem Land Hessen und Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen für die Jahre 2022 bis 2026 in Höhe von insgesamt 9,4 Millionen Euro.

Die Meldestelle HessenGegenHetze hatte im Kontext des Hamas-Angriffs auf Israel besonders viele Eingänge. Im Vergleich zu den Vormonaten war eine Verdopplung von Meldungen mit antisemitischen Inhalten bzw. explizit israelbezogenem Antisemitismus zu verzeichnen. Rund 1.850 Meldungen (30 % des Meldeaufkommens) wiesen einen erkennbaren Bezug zum Nahostkrieg auf. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres nahmen antisemitische Äußerungen einen Anteil von 15 Prozent der Meldungen ein. Ein Großteil der gemeldeten Beiträge stellte das Existenzrecht Israels in Frage, forderte die Auslöschung Israels oder billigte Gewalt gegen Jüdinnen und Juden.



Hessen hilft Ukraine
hessenhilftukraine.hessen.de

Russlands Angriffskrieg

Hessen steht solidarisch an der Seite der Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beendete die europäische Sicherheitsordnung, welche seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa bestand. Auch Hessen ist von diesen weltweiten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Auswirkungen betroffen.

Nach der russischen Invasion in der Ukraine hat die Landesregierung schnell vorbereitende Koordinierungsmaßnahmen eingeleitet, um schnellstmöglich und in Abstimmung mit dem Bund einen Beitrag zur humanitären Hilfe der Menschen in der Kriegsregion zu leisten. Der russische Angriffskrieg hatte große Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Hessen. Mehrere ukrainische, russische und amerikanische Einrichtungen sind in Hessen ansässig, mit denen die hessische Polizei im stetigen Austausch stand und nach wie vor steht. Das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) beobachtete die Lageentwicklung und stand seit Kriegsbeginn im permanenten Austausch mit Partnerbehörden auf Landes- und Bundesebene. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen beobachtete vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine mit besonderer Aufmerksamkeit, inwiefern die Entwicklungen zu Reaktionen bzw. Aktivitäten innerhalb der unterschiedlichen extremistischen Szenen in Hessen führten.

Flucht vor dem Krieg

In Folge des Krieges mussten viele Ukrainerinnen und Ukrainer aus ihrem Heimatland fliehen. Seit Kriegsbeginn hat Hessen mehr als 80.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Ziel der Landesregierung war es stets, den vor dem Krieg nach Hessen geflohenen Menschen unmittelbar und umgehend in ihrer fürchterlichen Not zu helfen. Mit vorbildlichen persönlichem Einsatz und großer Solidarität trugen viele Hessinnen und Hessen dazu bei, dass ukrainische Kriegsflüchtlinge schnell und unkompliziert untergebracht werden konnten. Auch die Kommunen sowie ehrenamtliche Einsatzkräfte haben erneut unter Beweis gestellt, dass die Menschen aus der Ukraine auf sie zählen können.

„Hessen wird auch weiterhin sein Möglichstes tun, um die Folgen des brutalen und menschenverachtenden Angriffskriegs Russlands für die Zivilbevölkerung in der Ukraine bestmöglich abzumildern. Wir stehen eng an der Seite der Menschen in der Ukraine und unterstützen die dortige Bevölkerung gezielt mit denjenigen Hilfsgütern, die vor Ort am dringendsten benötigt werden.“

Staatssekretär Stefan Sauer

Hilfeleistungen aus Hessen für die Menschen in der Region

Mit dem Ziel, den Menschen in der Ukraine unmittelbare Unterstützungsleistungen zugutekommen zu lassen, hat das Land seit Anfang März 2022 kontinuierlich Hilfsgüter in Höhe von rund 8 Millionen Euro übersendet. Hierzu gehörten medizinisches Gerät, Medikamente und Verbandsmaterial, Lebensmittel, Feldbetten und Schlafsäcke, aber auch feuerwehrtechnisches Gerät (Schutzausstattung und Atemschutzgeräte) sowie Feuerwehrfahrzeuge. Mit den Hilfstransporten wurden neben Lebensmittelpaketen auch vier Feuerwehrfahrzeuge in die Ukraine verbracht. Die Lebensmittelpakete beinhalteten Mehl, Trockenhefe, Salz, Marmelade, Kaffee, Kondensmilch, Tee, Schokolade, Instant-Gemüsebrühe, Nudeln, Hülsenfrüchte, Reis, Öl, Sirup, Bulgur sowie Obstkonserven und waren speziell für die Lieferung in das Krisengebiet in der Ost- und Südukraine zusammengestellt worden. Bislang hat das Land Hessen allein rund 110.000 dieser Lebensmittelpakete in die Ukraine gebracht.

Bereits Anfang März 2022 hatte sich das Land Hessen an einer Hilfslieferung des Bundes an die Ukraine beteiligt und dafür 50.000 OP-Masken, 10.000 Schutanzüge sowie 10.000 Infektionsschutzhandschuhe bereitgestellt. Aus dem hessischen Zentrallager startete dann Mitte März ein erster Hilfeleistungskonvoi für die Ukraine mit dringend benötigtem Material zur Unterbringung und Versorgung von ukrainischen Flüchtlingen. Die geladenen Hilfsgüter wurden vom Deutschen Roten Kreuz überbracht und umfassten fast 150 Paletten. Des Weiteren lieferte das Land rund 160 Sets Feuerwehr-Schutzkleidung bestehend aus Jacke, Hose, Helm und Stiefeln sowie zusätzlich weitere 40 Jacken und Hosen, die verschiedene hessische Kommunen auf Abfrage des Landes zur Unterstützung ukrainischer Einsatzkräfte zur Verfügung gestellt hatten. Im Auftrag des Landes transportiert das Deutsche Rote Kreuz im Rahmen eines zweiten Hilfstransportes Mitte Juli erneut insgesamt rund 150 Paletten mit Isomatten und Schlafsäcken, Windeln und Babynahrung sowie Feuerschutzkleidung und weiteren notwendigen Hilfsgütern über Polen in die Ukraine. Der Konvoi, der aus vier Fahrzeugen bestand, war aus dem DRK-Zentrallager in Fritzlar aufgebrochen.

Auch die hessische Polizei trug bereits dazu bei, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine mit Polizeiausstattung unterstützt wurden. Oft wurden die Transporte dabei in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen, gemeinnützigen Organisationen und Firmen durchgeführt. Beispielhaft hierfür stehen zwei Hilfstransporte, die das in Wiesbaden ansässige Hessische Polizeipräsidium für Technik und das Polizeipräsidium Frankfurt zusammen mit dem privaten Netzwerk „Ukrainehilfe Birstein und Brachtal“ organisierten und zum Teil persönlich begleiteten. Dabei wurden unter anderem 18 ausgemusterte Streifenfahrzeuge, knapp 1.700 Schutzwesten, über 600 Stiefel sowie mehr als 1.100 Schutzhelme an die Sicherheitskräfte der Ukraine übergeben.

Mehr Videosicherheitstechnik

Videosicherheitstechnik an öffentlichen Straßen und Plätzen ist seit mehr als 20 Jahren fester Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. 2023 waren in Hessen bei den sieben Polizeipräsidiën in 20 Städten 30 Schutzbereiche mit insgesamt mehr als 300 Kameras zur gemeinsamen Nutzung von Polizei- und Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze in Betrieb. Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden, da beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten unmittelbar polizeiliche Maßnahmen getroffen werden können und bei begangenen Straftaten Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen ermöglicht werden. Im Jahr 2023 konnten die Videoaufzeichnungen aus diesen 30 Schutzzonen bei insgesamt rund 4.300 Straftaten im Rahmen der Ermittlungen verwendet werden oder gar zur Klärung beitragen. Aus den bisherigen polizeilichen Erfahrungswerten geht hervor, dass mit Hilfe der Anlagen potenzielle Täter von der Begehung von Straftaten abgeschreckt werden, da beim Erkennen von Gefährdungen und Straftaten unmittelbar polizeiliche Maßnahmen getroffen werden können und bei begangenen Straftaten Beweissicherungs- und Identifizierungsmaßnahmen. Seit 2008 wurden hierfür 300.000 Euro vom Land zur Verfügung gestellt. 2018 wurden diese Mittel um eine Million Euro auf 1,3 Millionen Euro Fördermittel pro Jahr erhöht. Seit 2021 wird der Ausbau der Videosicherheitstechnik in Kommunen mit 2,8 Millionen Euro unterstützt.

Fehler- und Führungskultur für die hessische Polizei

Um eine Neuausrichtung der Polizeikultur einzuleiten, hatte eine von Innenminister Peter Beuth eingesetzte Experten-Kommission („Verantwortung der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft – Die gute Arbeit der Polizeibeamten stärken, Fehlverhalten frühzeitig erkennen und ahnden“) bereits im Jahr 2021 insgesamt 130 Empfehlungen für die hessische Polizei vorgestellt. Das unabhängige und externe Gremium aus Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Polizei und Verfassungsschutz wurde vor dem Hintergrund unerlaubter polizeilicher Datenabfragen im zeitlichen Zusammenhang mit NSU-2.0-Drohschreiben sowie weiterer Fälle offenkundigen Fehlverhaltens beauftragt. Zur Umsetzung der Empfehlungen wurde im Innenministerium eine eigene Stabsstelle „Fehler- und Führungskultur“ gebildet, die sich den angeregten Maßnahmen der Kommission widmete. In der Gesamtprojektstruktur arbeiteten mehr als 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter intensiv an der konkreten Umsetzung der Empfehlungen. Ein umfassender Diskurs zum Selbstbild und zu den Werten der Organisation wurde zunächst gestartet. Nachdem im Jahr 2022 bereits mehr als 60 Maßnahmen umgesetzt wurden, folgten 2023 weitere 50 Maßnahmen aus den Empfehlungen der Expertenkommission. Die Etablierung einer positiven Fehler- und Führungskultur und die Stärkung demokratischer Werte und interkultureller Kompetenzen soll noch stärker verankert werden.

Innere Sicherheit

Starke Polizei in einem sicheren Land

Die Innere Sicherheit hat für die Hessische Landesregierung höchste Priorität. Damit Hessen auch weiterhin eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleibt, unterstützt die Landesregierung die Sicherheitsbehörden seit Jahren mit Rekordmitteln. Während im Jahr 1998 im Haushalt nur 726 Millionen Euro und im Doppelhaushalt 2018/2019 1,6 Milliarden Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung standen, wird der Wert 2024 mit mehr als 2 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreichen.

Die hessische Polizei wurde in den vergangenen Jahren gezielt mit modernster Ausstattung für die Verbrechensbekämpfung ausgerüstet. Drohnen, Taser und Bodycams sind mittlerweile fester Bestandteil der hessischen Polizeiarbeit. Der Innovation Hub der hessischen Polizei ist daher zum Motor digitaler Eigenentwicklungen geworden. Zugleich hat die Landesregierung als eines der ersten Bundesländer die hessischen Polizistinnen und Polizisten mit modernen und besonders gesicherten Smartphones ausgestattet, auf denen die speziell entwickelten Applikationen den polizeilichen Arbeitsalltag revolutionieren. Hessen forciert auch weiterhin den Ausbau moderner digitaler Lösungen für die Polizeiarbeit. Beim Kampf gegen Kindesmissbrauch, Einbrecherbanden und Geldautomatensprenger kommen bereits innovative Software- und Analysetools zum Einsatz. Angesichts der Unmengen an Daten, die heute bei der Polizeiarbeit anfallen, hat sich Hessen als erstes Bundesland diesem polizeilichen Zukunftsthema beherzt angenommen und der Polizei mit hessenDATA eine moderne Analyseplattform an die Hand gegeben. Darüber hinaus wird weiter in die Entwicklung von Apps wie etwa zur Aufnahme von Verkehrsunfällen oder Strafanzeigen investiert. Hierfür stehen 2023 und 2024 jeweils 16 Millionen Euro zur Verfügung. Im Kampf gegen Extremisten und Terroristen werden auch die polizeilichen Auswertungs- und Analysetools (hessenDATA, KLBoperativ, etc.) fortentwickelt. Ein 2019 eingeführtes Einsatzführungssystem ergänzt die neuen digitalen Möglichkeiten. Es sorgt dafür, dass die Polizei noch schneller am Einsatzort sein kann.

Die hohen Investitionen der Landesregierung spiegeln sich auch in konkreten Erfolgen wider. Deutlich wird dies bei der Häufigkeitszahl, die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten je 100.000 Einwohner, mit der Hessen in den vergangenen Jahren stets einen Spitzenplatz unter den Ländern einnahm. Die absolute Zahl der Straftaten ist 2022 im Vergleich zu 2002 um mehr als 60.000 Delikte gesunken. In den vergangenen 20 Jahren konnte die Anzahl der Straftaten in Hessen damit um 17 Prozent gesenkt werden. Hinzu kommt, dass heute 63,7 Prozent aller Straftaten und damit zwei von drei Delikten in Hessen aufgeklärt werden. 2002 lag die Aufklärungsquote lediglich bei 48,2 Prozent.

Die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen, so dass 2023 erstmals in der Landesgeschichte die Marke von 15.000 Polizeivollzugsbeamten in der Landespolizei überschritten wurde. Der Personalszuwachs bei der hessischen Polizei wird auch in den kommenden Jahren über das Sicherheitspaket III sichergestellt. 2023 sind 250 weitere Kolleginnen und Kollegen in den Dienst gekommen, 2024 und 2025 werden es nochmal jeweils 250 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen sein. 2025 werden dann mehr als 16.000 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Menschen in Hessen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unterwegs sein. Im Vergleich zu 2014, dem Beginn des Personalaufbaus, beträgt der Personalszuwachs dann + 18 Prozent.

Smartphone-Vollausstattung in Hessen erreicht

Alle hessischen Polizistinnen und Polizisten haben ein modernes und speziell gesichertes Smartphone oder Tablet, die über neue Polizei-Applikationen eine schnellere und datenschutzkonforme Abfrage und Weitergabe von dienstlichen Informationen noch am Einsatzort ermöglichen. Somit wurden rund 18.000 Smartphones und zusätzlich rund 2.000 Tablets zur Verfügung gestellt, die auf einer gesicherten Plattform betrieben werden. Die Landesregierung investierte hierfür ab 2021 und bis 2025 jährlich mindestens 15 Millionen Euro jährlich, demnach insgesamt rund 75 Millionen Euro.

Die Modernisierung der Dienst- und Schutzbekleidung haben die Reaktionsfähigkeit der hessischen Polizei im Kampf gegen Schwerstkriminelle und Terroristen weiter erhöht. Hierfür investierte die Hessische Landesregierung 2023 erneut elf Millionen Euro. Im Kampf gegen Extremisten und Terroristen werden auch die polizeilichen Auswertungs- und Analysetools (hessenDATA, KLBoperativ, etc.) fortentwickelt. Das 2019 eingeführte Einsatzführungssystem wird ebenfalls weiterentwickelt. Es sorgt dafür, dass die Polizei noch schneller am Einsatzort ist. Zusammen mit der flächendeckenden Ausstattung mit Smartphones stehen den Einsatzkräften alle notwendigen Informationen somit auch unterwegs jederzeit zur Verfügung.

Neues Online-Portal bündelt die Angebote zur Erhöhung der Sicherheit in Hessen

Das seit Februar 2023 bereitstehende Sicherheitsportal bündelt die Onlinewache der hessischen Polizei, die Meldestelle Hessen-GegenHetze sowie einen landesweiten Mängelmelder. Der Mängelmelder, an dem gegenwärtig rund 325 von 421 hessischen Kommunen teilnehmen, ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern unkompliziert ihre Anliegen den Kommunen mitzuteilen.

BAO FOKUS

Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch

Seit dem 1. Oktober 2020 bündelt und intensiviert die BAO FOKUS (Fallübergreifende Organisationsstruktur gegen Kinderpornografie und Sexuellen Missbrauch von Kindern) die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie in Hessen. Diese spezialisierte Einheit mit über 300 Ermittlern widmet sich gemeinsam mit den Staatsanwälten der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der hessenweiten Verfolgung von Kindesmissbrauch und unterstützt zudem die weltweiten Fahndungen gegen Kinderpornografie. In den vergangenen rund drei Jahren (Stand Oktober 2023) wurden in dieser Zeit hessenweit 5.200 Durchsuchungen durchgeführt, 78 Haftbefehle vollstreckt und 74.000 Datenträger (PCs und Notebooks, externe Speichergeräte, Spielekonsolen, CDs/DVDs und mobile Endgeräte) sichergestellt. Zudem erfolgten bei 2.155 Beschuldigten erkennungsdienstliche Maßnahmen und 1.320 Beschuldigte wurden unmittelbar nach der Durchsuchung vernommen. Den Beschuldigten werden insbesondere sexueller Missbrauch von Kindern oder Erwerb und Besitz von Kinder- und Jugendpornografie vorgeworfen.

Die BAO FOKUS hatte am 1. Oktober 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist im Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) zentral angesiedelt und hat in sämtlichen Polizeipräsidien Regionalabschnitte gebildet, um zentral koordiniert landesweit Ermittlungsverfahren zu führen. Mit insgesamt über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, darunter rund 220 Ermittlerinnen und Ermittler, verfolgt die hessische Polizei gezielt Sexualverbrechen an Schutzbefohlenen. Seit dem 1. Juli 2023 erhalten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, deren Hauptaufgabe im Deliktsbereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern oder der Kinderpornografie liegt, eine Zulage in Höhe von 300 Euro monatlich.

Die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie ist weiter Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit in Hessen. Das Hessische Landeskriminalamt und der INNOVATION HUB 110 des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik haben gemeinsam eine Forensikplattform entwickelt, um die Bekämpfung von Kindesmissbrauch weiter zu verbessern. Vier Millionen Euro stehen für diese moderne IT-Infrastruktur bereit und sind im Haushalt der Hessischen Landesregierung fest hinterlegt. Daten können so deutlich schneller und zielgerichteter ausgewertet werden – dies ermöglicht, Täternetzwerke zu enttarnen und Täterinnen und Täter schneller festzunehmen, um Missbrauch von Kindern wirkungsvoll zu verhindern. Durch die weltweite Verbreitung und Verfügbarkeit von kinderpornografischen Darstellungen im Internet stellt allein die Flut an Datenmaterial, welche bei jedem Verfahren ausgewertet werden muss, die Ermittlerinnen und Ermittler permanent vor sehr große Herausforderungen. Die Forensikplattform wird kontinuierlich weiterentwickelt und an die Bedarfe der Ermittlerinnen und Ermittler angepasst. Sie legt damit auch den Grundstein, um Künstliche Intelligenz im Kampf gegen Kindesmissbrauch unterstützend zum Einsatz zu bringen.

„Die hessische Polizei geht mit der BAO FOKUS seit drei Jahren noch zielgerichteter und unter Ausschöpfung aller taktischen und rechtlichen Mittel gegen Sexualstraftäter und den Besitz von Kinderpornografie vor. Wer Kinder sexuell missbraucht, muss mit der gesamten Macht des Staates kompromisslos bekämpft werden.“

Innenminister Peter Beuth

Über
300
Ermittler

Über
5.200
Durchsuchungen

Über
74.000
Datenträger
sichergestellt

78
Haftbefehle
vollstreckt



BAO Hessen R

Hessens Kampf gegen Rechtsextremismus

Der Kampf gegen Rechtsextremismus hat höchste Priorität für die hessischen Sicherheitsbehörden. Sowohl die Landespolizei als auch das Landesamt für Verfassungsschutz haben den Druck auf Rechtsextremisten in Hessen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und durch intensive Ermittlungs- und Recherchearbeit dazu beigetragen den Phänomenbereich Rechtsextremismus mit seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen in Hessen weiter aufzuhellen. So hat etwa die eigens gebildete Besondere Aufbauorganisation (BAO) Hessen R, die im Hessischen Landeskriminalamt angesiedelt ist, den Druck auf Rechtsextremisten spürbar erhöht. Sie nimmt zum einen die durch einschlägige politisch motivierte Straftaten bereits polizeilich bekannten Personen der rechten Szene in den Blick. Zugleich verfolgt die BAO Hessen R den Ansatz, die Szene weiter aufzuhellen. Dazu zählt etwa weitere Personen aus dem politisch rechts motivierten Spektrum, die zuvor noch nicht einschlägig in Erscheinung getreten sind, zu identifizieren und – wo möglich – strafrechtlich zu verfolgen. Beispielhaft dafür steht die gezielte Verfolgung der BAO von

bestimmten waffenrechtlichen Delikten. So übernimmt die BAO beispielsweise auch bestimmte Verfahren wegen des Verdachts des illegalen Waffenbesitzes, die immer wieder auch zum Auffinden rechter Devotionalien (Uniformen, Helme, Bücher, CDs, Orden, etc.) führen und den Betroffenen als rechtsmotivierten Straftäter entlarven. Diese Personen rücken in der Folge dauerhaft in den Fokus der BAO Hessen R.

Seit Gründung der BAO Hessen R im Juli 2019 erfolgten mehr als 600 konzertierte polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die „rechte Szene“ in Hessen. Hierbei wurden über 480 Durchsuchungen und 19.700 Sicherstellungen durchgeführt. Rund 100 Szene-Veranstaltungen wurden durch die polizeilichen Regionalabschnitte der BAO Hessen R begleitet. Zudem wurden insgesamt 221 Haftbefehle gegen 200 Personen des rechten Spektrums vollstreckt. Allein 2023 vollstreckten die hessischen Ermittler im Kampf gegen die „rechte Szene“ bereits 76 Durchsuchungsbeschlüsse in Hessen, welche zur Sicherstellung von zahlreichen Waffen und NS-Devotionalien führten.

600konzertierte
polizeiliche
Einsatz-
maßnahmen**480**

Durchsuchungen

19.700

Sicherstellungen

221Haftbefehle
vollstreckt

KOMPASS

Mehr als drei Millionen Hessen profitieren von Sicherheitsinitiative

Im Jahr 2023 sind 19 weitere hessische Kommunen dem **KOMmunalProgrAmm-SicherheitsSiegel** (KOMPASS) des Hessischen Innenministeriums beigetreten. Mit Unterstützung der Polizei und unter enger Einbindung der Bürgerinnen und Bürger haben die Kommunen auf Grundlage der Sicherheitsbedürfnisse vor Ort individuelle Maßnahmen für eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls umgesetzt. Damit waren bis Jahresende hessenweit insgesamt 154 Städte und Gemeinden Teil der bundesweit einzigartigen Sicherheitsinitiative und mehr als drei Millionen Bürgerinnen und Bürger profitieren von den entwickelten Sicherheitslösungen. 16 Kommunen wurden im

Jahr 2023 für ihr Engagement zur Erhöhung der subjektiven Sicherheitslage mit dem KOMPASS-Siegel ausgezeichnet.

KOMPASS ist ein bereits seit 2017 bestehendes Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune ab. Wichtiges Element sind gezielte Bürgerbefragungen, die Aufschlüsse über Räume und Plätze, an denen sich die Menschen weniger sicher oder sogar unsicher fühlen, geben. Auch von den Kommunen bereits in der Vergangenheit eingeführte Präventionsprojekte bilden ein wichtiges Grundgerüst, um den Sicherheitsgedanken und Präventionsprogramme generationenübergreifend an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger fortzuentwickeln. Für KOMPASS wies das Hessische Innenministerium den Polizeipräsidenten zusätzliche Stel-

len im Bereich der Prävention zu. Darüber hinaus wurden zusätzlich elf „Schutzmänner vor Ort“ im Rahmen des Programms im vergangenen Jahr landesweit eingesetzt. Bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Land Hessen erhält jede KOMPASS-Kommune ein eigenes KOMPASS-Sicherheits-siegel.

Die hessische Polizei entwickelt derzeit ein internes digitales Lagebild mit dem Namen KOMPASSoperativ, das objektive Kriminalitätswerte mit dem jeweils lokal geäußerten subjektiven Sicherheitsgefühl verknüpft und gezielt für die polizeiliche Arbeit nutzbar macht. Die subjektive Sicherheitslage, die die Bürgerinnen und Bürger in den KOMPASS-Bürgerbefragungen geäußert haben, wird in der digitalen Streifenkarte KOMPASSoperativ mit den objektiven Kriminalitätswerten zusammengeführt. So wird die Polizei künftig noch stärker auch an subjektiv empfundenen Angsträumen Präsenz zeigen.



GEMEINSAM SICHER IN HESSEN

Unter der Dachmarke „Gemeinsam sicher in Hessen“ arbeitete das Hessische Innenministerium auch 2023 an einer noch stärkeren Vernetzung zwischen Bürgern, Kommunen und Polizei. Hierfür hat die hessische Polizei unterschiedliche Präventionsoffensiven zu bestimmten Themenbereichen und für verschiedene Zielgruppen entwickelt. Insgesamt bündelt die hessische Polizei ihre Präventionsarbeit so unter sieben verschiedenen Schwerpunkt-Themen, die sich im engen Austausch mit der Zielgruppe und den jeweiligen Präventionspartnern weiterentwickeln sollen. Mit „Gemeinsam Sicher für Kinder und Jugendliche“ und „Gemeinsam Sicher im Alter“ gestaltet die hessische Polizei Prävention für alle Altersgruppen und setzt im Rahmen dessen verschiedene Schwerpunkte für die schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Doch Prävention ist nicht nur eine Frage des Alters,

weswegen sich die Angebote „Gemeinsam Sicher im Straßenverkehr“, „Gemeinsam Sicher im Internet“ und „Gemeinsam Sicher vor Diebstahl und Einbruch“ auch an alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen richten. Mit „Gemeinsam Sicher, Gemeinsam Demokratisch“ soll, ebenfalls über alle Lebensbereiche hinweg, das demokratische Miteinander gestärkt werden – eine Aufgabe, derer sich insbesondere das im Hessischen Innenministerium ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) verschrieben hat. Das Angebot „Gemeinsam Sicher bei Veranstaltungen“ richtet sich insbesondere an die Kommunen und möchte diese bei der sicheren Planung und Ausgestaltung öffentlicher Veranstaltungen unterstützen.

Feuerwehr

Rekordmittel für Brand- und Katastrophenschutz in Hessen

Die Förderung bestmöglicher Ausstattung hessischer Feuerwehren ist ein Kernanliegen der Landesregierung, welche die Mittel im Brandschutz von Jahr zu Jahr erhöht hat. Basis hierfür ist die Garantiesumme für den Brandschutz, die im Jahr 2019 40 Millionen Euro betrug und im Jahr 2024 auf den Rekordwert von 47 Millionen Euro steigt. Durch die flächendeckende Unterstützung können seit vielen Jahren mehr als 90 Prozent der im Hessischen Innenministerium gestellten Anträge finanziell unterstützt werden.

Nachdem im Jahr **2022 insgesamt 240** kommunale Investitionen in Feuerwehrfahrzeuge und bauliche Maßnahmen wie Feuerwehrhäuser mit einem Volumen von insgesamt mehr als **20 Millionen Euro** gefördert wurden, konnten 2023 erneut rund **240 Projekte** gefördert werden. Damit kann das Land das hohe Förderniveau der Vorjahre fortsetzen und wieder weit mehr als 90 Prozent aller eingegangenen zuwendungsfähigen Anträge bewilligen. **Das Land investiert dafür insgesamt erneut mehr als 20 Millionen Euro.**

Für die zeitgemäße Aus- und Fortbildung an der Landesfeuerwehrschule in Kassel stellt das Land Hessen jährlich mehr als 16 Millionen Euro bereit. 3,2 Millionen Euro investiert die Hessische Landesregierung in die Förderung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz, wovon 2,4 Millionen Euro in die Auszahlung der Anerkennungsprämie für langjährige Einsatzkräfte fließen. Zudem investierte das Land im Rahmen der Ausstattungsoffensive seit dem Jahr 2008 rund 75 Millionen Euro in den hessischen Katastrophenschutz, der damit bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt.

Zudem investiert das Land in die Förderung von Schul-, Integrations- und Brandschutzerziehungsprojekten, in Brandschutzerziehungsmaterial, das Feuerwehren hessenweit kostenlos zur Verfügung gestellt wird, in das Starterpaket für Feuerwehranwärter sowie in die neue Kampagne „1+1=2 – Eine starke Verbindung“, mit der das Land für die bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf wirbt. Die angebotenen Förder- und Unterstützungsleistungen werden nunmehr unter der Dachmarke „Landesoffensive Nachwuchsgewinnung“ gebündelt und gezielt in die Kommunen getragen. Die ersten Ehrenamtsmessen für Kommunen fanden 2022 mit reger Beteiligung statt.

Das Land Hessen hat in den letzten 15 Jahren erhebliche Investitionen im Bereich des Katastrophenschutzes getätigt. Im Rahmen der Ausstattungsoffensive wurden seit dem Jahr 2008 mehr als 70 Millionen Euro in die umfangreiche Ausstattung und technische Modernisierung des hessischen Katastrophenschutzes investiert und die Zahl der Landesfahrzeuge damit von 278 auf über 700 mehr als verdoppelt. Dadurch verfügen die rund 23.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den rund 800 Einheiten des Landes über die umfassendste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes. Hessen nimmt damit bundesweit einen Spitzenplatz ein.

„Wir alle können uns glücklich schätzen, dass es in Hessen rund 70.000 ehrenamtliche Feuerwehrkameradinnen und -kameraden gibt, denn Ihr Einsatz ist unverzichtbar für unsere Sicherheit und das Gemeinwesen. Sie sind die stillen Helden unserer Gesellschaft, weshalb ihre Unterstützung für uns von herausragender Bedeutung ist.“

Staatssekretär Stefan Sauer





BEWEGUNGSHECK

Der von der Goethe-Universität Frankfurt konzeptionell entwickelte und von der Hessischen Landesregierung mit insgesamt 298.000 Euro geförderte Hessische Bewegungsscheck ist Teil des Landesprogramms „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Das gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen initiierte Projekt verfolgt das Ziel, Bewegung bei Grundschulkindern zu fördern und sie sowie deren Eltern auf die Sportangebote vor Ort aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Bewegungsschecks absolvieren Drittklässler während des Sportunterrichts einen Parcours, der aus zwölf zu bewältigenden Aufgaben besteht, darunter Ballwurf- und Dribbelaufgaben, Balanceübungen sowie Lauf- und Kraftübungen. Unterstützt von Helfern der den Schulen zugehörigen Sportkreise werden dabei Ergebnisse gesammelt, dokumentiert und anonymisiert zur wissenschaftlichen Auswertung an die Goethe-Universität Frankfurt übermittelt. Im Anschluss erhalten die Sportkreise die Ergebnisse, die diese mit ergänzenden Empfehlungen zu konkreten Sport- und Bewegungsangeboten in der Region an die Schulen weiterleiten. Als Förderer unterstützen die Unfallkasse Hessen sowie die BAR-MER das Projekt.

SWIM

Seit dem Haushaltsjahr 2019 ist das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm „SWIM“ zu Förderung von Hallen- und Freibädern mit insgesamt 50 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt. Für fünf Jahre stehen jährlich zehn Millionen Euro zur Verfügung. Unter anderem können sich hessische Landkreise, Städte, Gemeinden und gemeinnützige Sportverbände für das Förderprogramm bewerben. Besonderes Augenmerk liegt auf Maßnahmen, die die Betriebskosten und insbesondere den Energieverbrauch senken und eine barrierefreie Infrastruktur schaffen. Bisher konnten hessenweit rund 180 Projekte mit Landeszuwendungen von insgesamt mehr als 49 Millionen Euro gefördert werden. In den Jahren 2007 bis 2012 hat die Hessische Landesregierung im Rahmen des Hallenbad-Investitionsprogramms (HAI) bereits insgesamt 105 Hallenbäder mit Landesmitteln in Höhe von insgesamt rund 45 Millionen Euro bezuschusst.

SPECIAL OLYMPICS

Die Special Olympics World Games fanden vom 17. bis 25. Juni 2023 in Berlin statt und etwa 7.000 Athletinnen und Athleten aller Nationen haben sich bei den Wettkämpfen gemessen. Insgesamt 13 Athletinnen und Athleten, drei Unified-Partner (Sportler und Sportlerinnen ohne Behinderung) sowie sechs Trainer aus Hessen waren nominiert. In Hessen haben sich 19 Kommunen als „Host Towns“ für insgesamt 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt. Dabei werden ausländische Delegationen vier Tage vor Beginn der eigentlichen Weltspiele im Gastgeberland empfangen und in den Kommunen betreut. Das Hessische Innenministerium und das Hessische Sozialministerium stellten für die Förderung der Gastgeberkommunen je 10.000 Euro für 2022 und 2023 zur Verfügung.

„Nicht zuletzt dank der Unterstützung der Landesregierung hat der Sport in Hessen die Pandemie und ihre Folgen gut überstanden. Darüber hinaus haben wir mit der Energiehilfe des Landes zielgerichtet und genau dort angesetzt, wo es aufgrund der deutlich erhöhten Energiekosten am nötigsten war.“

Innenminister Peter Beuth



Sport

Mittel für Sportförderung in Hessen so hoch wie noch nie

Die Hessische Landesregierung hat den organisierten Sport in Hessen 2023 mit einem neuen Rekordvolumen von rund 68 Millionen Euro unterstützt (2022: 65,5 Millionen). Im Vergleich zu 2018 (45 Millionen Euro) sind die finanziellen Zuwendungen in dieser Legislaturperiode um mehr als 50 Prozent angestiegen. Unabhängig hiervon half das Land in den Pandemie Jahren mit zusätzlichen Corona-Hilfen in Höhe von 24 Millionen Euro, unter anderem eine Förderung in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro für die Ausbildung von Hessens Trainern und Übungsleitern.

Die Sportförderpolitik der Landesregierung setzt dabei bei den kleinsten Einheiten, den Vereinen in den Kommunen an. Die Bandbreite der Unterstützung für insbesondere kleinere Vereine reicht von der Neuanschaffung von Sportgeräten über die Sicherung des Trainings- und Spielbetriebes bis zur Förderung der Jugendarbeit. Hessens Sportvereine zählen etwa zwei Millionen Mitglieder, die in rund 7.500 Vereinen des Landessportbundes organisiert sind. Die sichtbare Anerkennung und der Dank für ehrenamtliches Engagement sind wesentliche Ziele der hessischen Sportförderung.

Die Hessische Landesregierung schärft gemeinsam mit verschiedenen Partnern das öffentliche Bewusstsein für mehr Bewegung. Sie bündelt bereits seit 2017 alle bereits etablierten Maßnahmen und Strategien, die zu einer bewegungsstarken und gesundheitsfördernden Lebensweise in Hessen beitragen, unter dem Programm „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Die gleichnamige neue Website sportland-hessenbewegt.de gibt einen allgemeinen Überblick über das Landesprogramm und bietet als zentrale Informationsplattform der Partner aus Sport, Wissenschaft, der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen sowie den Kommunen spezifische Angebote und Förderungen auf dem Feld Bewegungsförderung.

Das Land und der organisierte Sport wussten, dass viele Ehrenamtliche in den Vereinsvorständen seit Monaten in Sorge auf die steigenden Energiepreise, den Winter und in die Zukunft geblickt haben. Viele Vereine haben Energieeinsparmaßnahmen umgesetzt, um Kosten abzufedern. Seit dem 1. März 2023 können Mitgliedsvereine und -verbände des Landessportbundes des Hessen, die durch die Energiepreissteigerungen in eine existenzbedrohliche

Notlage geraten sind, eine Energiehilfe-Ausgleichszahlung online beantragen. Das Programm ist Teil des insgesamt 3,58 Milliarden Euro umfassenden Hilfsprogrammes „Hessen steht zusammen“ mit dem auch der Sport in Hessen ganz bewusst unterstützt wird. Die Energiehilfen des Landes kommen den Vereinen zu Gute, die trotz der Preisbremsen des Bundes für Gas und Strom deutlich höhere Kosten für Energie aufwenden müssen. Um die Förderung zu erhalten, müssen die Energiemehrkosten nachweislich mindestens 1.000 Euro betragen. Erstattet werden von diesen Mehrkosten 80 Prozent und maximal 5.000 Euro; in begründeten Härtefällen werden Ausgleichszahlungen darüber hinaus gewährt. Neben den Energiemehrkosten für vereins-eigene Liegenschaften können auch solche für die Nutzung fremder Sportstätten in Ansatz gebracht werden. Antragsberechtigt sind über die Mitglieder des Landessportbundes hinaus der DLRG-Landesverband Hessen sowie dessen regionale Untergliederungen. Die antragstellenden Vereine müssen gemeinnützig sein. Förderfähig sind ausschließlich Energiepreissteigerungen.

Migration und Flüchtlinge

Hohe Flüchtlingszahlen in Hessen

Die Zahl der Menschen, die nach Hessen kommen, hat sich in den Jahren 2022 und 2023 stark erhöht. Zusätzlich zu den mehr als 80.000 Ukrainern in Hessen haben hessische Kommunen seit dem 1. Januar 2022 insgesamt 36.062 Asylsuchende aufgenommen. Im dritten Quartal 2023 stieg die Zahl im Vergleich zum zweiten Quartal 2023 nochmal deutlich um 70 Prozent an. Die Landesregierung hat daher bereits seit 2022 die Unterbringungskapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) ausgebaut. Seit Sommer 2023 wurde die EAEH um weitere 3.000 Plätze erweitert. Zudem wurden zusätzliche temporäre Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Messegelände in Frankfurt am Main geschaffen. Durch diese Maßnahme konnte die maximale Gesamtkapazität der EAEH auf rund 13.000 Belegplätze erhöht werden.

Neu ankommende Asylsuchende werden in der EAEH zunächst vollständig registriert und medizinisch untersucht, bevor das Regierungspräsidium Darmstadt als Zuweisungsstelle die Zuweisung der Menschen vornimmt. Die Zuweisung wird dabei im bewährten Verfahren mit 14-tägiger Vorlaufzeit und damit für die Kommunen planbar sichergestellt. Um den gesamten Registrierungsprozess angesichts anhaltend hoher Zugangszahlen aufrechterhalten zu können, musste die Zuweisung Asylsuchender aus der EAEH in die Landkreise und kreisfreien Städte in der Mitte des 4. Quartals wöchentlich auf bis zu 1.400 Menschen erhöht werden. Das Land unterstützte die Kommunen beim Abschluss von Verträgen

im Zusammenhang mit der Einrichtung kommunaler Unterkünfte, außerdem wurde der Einsatz von Einheiten des Katastrophenschutzes für den Aufbau und die Erstbetriebsphase ermöglicht. Um den durch die Mittelkürzungen des Bundes bevorstehenden Wegfall der Erstorientierungskurse zu dämpfen und einen Zusammenbruch der Strukturen zu verhindern, hat Hessen im Frühjahr bereits eine weitere Million Euro für sein Sprachförderprogramm „Deutsch4U“ bereitgestellt.

Hessens Rückführungsmanagement benötigt Unterstützung des Bundes

Stand 31.12.2022 waren in Deutschland 304.308 ausreisepflichtige Personen aufhältig, in Hessen waren es 17.821. Für Hessen bedeutet das eine Steigerung von rund 75% im Vergleich zu 2016. Das Rückführungsmanagement ist in Hessen zwar strukturell sehr gut aufgestellt. Auch im Hinblick auf die bundesweiten Rückführungszahlen nimmt Hessen im Jahr 2022 einen der vorderen Plätze im Vergleich mit den anderen Ländern ein (Platz 4 hinter NRW, Bayern und BW). Die Übernahmeverweigerung des Zielstaats ist dabei einer der Hauptgründe für das Scheitern von Abschiebungen. Hessen kann noch so gut aufgestellt sein, ohne maßgebliche und erfolgsversprechende Unternehmungen des Bundes werden die Rückführungszahlen auf absehbare Zeit nicht das erforderliche Niveau für eine ausgewogene Migrationspolitik erreichen.

Abschiebehindernisse aufgrund von mangelnder Zusammenarbeit der Herkunftsländer

- der Identifizierung von Personen und Beschaffung von Reisepapieren
- die erhebliche Limitierung von Einzelmaßnahmen
- die mangelnde Akzeptanz von Sammelchartern
- den Aufbau erheblicher organisatorischer Hürden
- völkerrechtlich nicht begründbare Einschränkungen bei der Rücknahme eigener Staatsangehöriger
- die nicht ordnungsgemäße Umsetzung bestehender Rückführungs- und Migrationsabkommen durch die Herkunftsländer

Maßnahmen der vergangenen Jahre in Hessen für effektive Rückführung

- Stabsstelle Rückführungsmanagement im Innenministerium gegründet
- Besetzung der zuständigen Dezernatsleitungen bei den Regierungspräsidien mit erfahrenen Polizeivollzugsbeamten.
- Enge Begleitung der Regierungspräsidien bei Rückführung von Gefährdern und Straftätern durch Landespolizeipräsidium
- Erhebliche personelle Verstärkung der Ausländerrechtsdezernate durch den Haushalt 2018/2019
- Verbesserung des Identitätsmanagements und der Datenträgerauswertung
- Rufbereitschaft für aufenthaltsrechtliche Freiheitsentziehungsmaßnahmen an Wochenenden sowie Feiertagen
- Inbetriebnahme und Ausbau der Abschiebungshafteinrichtung (AHE) Darmstadt-Eberstadt



” Wir leben in einer digitalen und immer stärker vernetzten Welt, in der staatliche Stellen immer häufiger von digitalen Angriffen bedroht werden. Cybersicherheit ist ein Grundpfeiler öffentlicher Sicherheit, weshalb die Hessische Landesregierung die kommunale Familie seit Jahren mit einer Vielzahl von Angeboten, die allesamt die Cyber-Resilienz in unseren Städten und Gemeinden erhöhen, unterstützt.

Staatssekretär Stefan Sauer

Cybersicherheit

Effektiver Schutz vor Cyberangriffen in Hessen

Spätestens mit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich die Cyberbedrohungslage für ganz Deutschland und damit auch die hessische Landesverwaltung, die hessischen Kommunen und hessischen Unternehmen deutlich verschärft. Deutschlandweit waren unter anderem Stadt- und Kreisverwaltungen, aber auch kommunale Unternehmen von Angriffen betroffen. Das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport beobachtete seitdem eine erhebliche Zunahme von Cyberangriffen in Form von Phishing-Versuchen, DDoS-Angriffen, Ransomware-Angriffen und Verbreitung von Fake-News mit dem Ziel der Desinformation. Dies spiegelt sich in einer sehr hohen Anzahl von Anfragen nach Sicherheitsberatungen und Sensibilisierungsveranstaltungen in Folge konkreter IT-Sicherheitsvorfälle wider.

Damit Hessens Kommunen sich besser gegen Cyberattacken schützen können, bietet die Hessische Landesregierung gemeinsam mit der ekom21 Städten und Gemeinden zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote. Seit 2016 haben im Rahmen des Angebots Kommunales Dienst-

leistungszentrum Cybersicherheit (KDLZ-CS) mehr als 1000 kostenfreie Beratungstermine in den Kommunen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe stattgefunden. Darüber hinaus schulen seit Mai 2022 die IT-Expertinnen und -Experten des Hessischen Cyberabwehrausbildungszentrums Land/Kommunen (HECAAZ L/K) kommunale Entscheidungsträger, wie sie sich für den Fall eines erfolgreichen Cyberangriffs besser wappnen können. Die Schulungen wurden durch Hessen3C im Innenministerium in Zusammenarbeit mit der ekom21 entwickelt und finden zentral in den Landkreisen der kreisangehörigen Kommunen statt.

Mit dem Hessischen IT-Sicherheitsgesetz wurden für das 2019 gegründete Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) Rechtsgrundlagen geschaffen, die zum effektiven Schutz der Informationstechnik der Verwaltung vor Cyberangriffen erforderlich sind. Der Aufgabenbereich des Hessen3C reicht damit künftig von der Prävention über die Information bis hin zur Abwehr von konkreten Cyberbedrohungen. Durch Lageanalyse und Beratung sowie Sammlung und Auswertung von Informationen zu Sicherheitsrisiken soll Schwach-

stellen und Schadprogrammen frühzeitig präventiv begegnet werden. Ebenso wird die Abwehr von konkreten Gefahren, wie die Beendigung eines Angriffs bzw. einer Bedrohung durch Netztrennung oder auch Entfernung einer Schadsoftware, gesetzlich normiert. Unter Gefahrenabwehr fällt im IT-Bereich auch bereits die Blockierung potentiell schädlicher Datenverkehrs durch entsprechende Einstellungen an eigenen Sicherungssystemen wie Firewall oder zentralem Virenschutz. Integriert in das mit dem Gesetz künftig in seinen Kompetenzen erheblich gestärkte Hessen3C ist das bestehende Computer-Notfallteam (CERT – Computer Emergency Response Team) des Landes mit seiner mobilen Notfalleinheit (MIRT – Mobile Incident Response Team). Es unterstützt alle öffentlichen Stellen in Hessen bei der Bearbeitung eines IT-Sicherheitsvorfalls und der Wiederherstellung ihrer IT-Systeme. Mit dem HITSiG werden ebenfalls die Kompetenzen des zentralen Informationssicherheitsbeauftragten der Landesverwaltung (CISO – Chief Information Security Officer) gestärkt und Rechtsgrundlagen für eine Erhöhung der Informationssicherheit im kommunalen Bereich geschaffen.

Hessens Kommunen

Kommunen stehen noch auf solidem Fundament

Hessen unterstützt seine Kommunen bereits seit vielen Jahren nach Kräften. Im Zusammenspiel mit zusätzlichen Finanzmitteln von außen, durch die Aufsicht angeleiteter Ausgabendisziplin und Ausschöpfung eigener Einnahmepotentiale sowie Sonderhilfen für die am meisten verschuldeten Kommunen, stehen die Landkreise, Städte und Gemeinden auch nach zwei herausfordernden Pandemie-jahren auf einem soliden finanziellen Fundament. Die Hessische Landesregierung hat die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen durch umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen des Landes sichergestellt. Nach Übermittlung aller Daten aus den Kommunen an das Hessische Innenministerium, welches als oberste Aufsichtsbehörde auch für die Haushalte der Landkreise, Städte und Gemeinden

Verantwortung trägt, konnten 98 Prozent der Kommunen 2022 ihren Haushalt ausgleichen. Unter dem Strich übersteigen damit aktuell die Erträge die Aufwendungen um mehr als eine Milliarde Euro. Insgesamt stieg der Gesamtbestand an Rücklagen in den hessischen Kommunen von 6,4 Milliarden Euro auf 7,5 Milliarden Euro an.

Nach ersten Prognosen zeichnet sich auch für das Jahr 2023 eine positive Tendenz des Gewerbesteueraufkommens in Hessen ab. Die Gewerbesteuereinnahmen der hessischen Kommunen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 875 Millionen Euro auf 7,1 Milliarden Euro. Der weit überwiegende Teil der hessischen Kommunen konnte für diesen Zeitraum erneut Steuermehreinnahmen verzeichnen.

Ab 2012
**Kommunaler
Schutzschirm**
3,2 Milliarden Euro
für 100 Kommunen

2015 bis 2023
**Kommunalinvestitionspro-
gramm (KIP)**
Programmvolumen KIP
Kommunen 725 Millionen
Euro, davon 317 Millionen
Euro Bundesmittel

2017 bis 2025
**Kommunal-
investitionsprogramm
(KIP macht Schule!)**
Programmvolumen KIP
macht Schule! 558 Millionen
Euro, davon 330 Millionen
Euro Bundesmittel

Ab 2018
**Hessenkasse-
Entschuldungsprogramm**
5 Milliarden Euro
für 179 Kommunen

Ab 2019
**Hessenkasse-Investitions-
programm**
696 Millionen Euro
für 257 Kommunen

Ab 2020
**KIP und KIP
macht Schule!**
Pauschalauszahlung
290 Millionen Euro

2020/2021/2022
**Hilfen zur Bewältigung
der Corona-Krise**
3 Milliarden Euro
(inkl. Gewerbesteuerkom-
pensation 2020 in Höhe von
660 Millionen Landesbeitrag)

2023
Flüchtlingshilfe
745 Millionen Euro,
davon rund 178 Millionen
weitergeleitete
Bundesmittel

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Hessische Landesregierung unterstützt interkommunale Kooperationen durch das „Kommunale Beratungszentrum – Partner der Kommunen“ und die Bereitstellung von Fördermitteln. Im Jahr 2004 wurde die erste „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit“ in enger Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Die Hessische Landesregierung hat seitdem das Förderprogramm deutlich erweitert. In der gegenwärtigen Fassung des Förderprogramms sind nahezu alle kommunalen Aufgabenbereiche förderfähig und alle Gemeinden, Städte und Landkreise sowie auch Zweckverbände sind antragsberechtigt.

Seit der ersten Anpassung des Förderprogramms im Jahr 2008 konnten bis Mitte September 2023 489 Bewilligungen mit einer Gesamtsumme von rund 34 Millionen Euro ausgesprochen werden. An den 489 geförderten Projekten sind insgesamt 2.288 Gemeinden, Städte und Landkreise (Mehrfachzählung = Kommunen mit mehreren IKZ-Projekten) beteiligt. Im Durchschnitt ist jede der 442 hessischen Kommunen und Landkreise an rund 5 IKZ-Projekten beteiligt.

„Die hessischen Kommunen und die Landkreise haben in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, um auf einen soliden finanziellen Pfad zu kommen. Dieser Konsolidierungskurs ist nunmehr durch die erhöhten Kosten der Landkreise bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ins Wanken geraten. Hier muss der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht werden und sich deutlich stärker an den Kosten seiner Flüchtlingspolitik beteiligen.“

Innenminister Peter Beuth

#HESSEN GEGEN HETZE

Rund
23.000
Meldungen

Rund
2.100
Fälle von
Extremismus

Rund
5.500
Ermittlungs-
verfahren

63 %
Einstufungen als
Hate Speech

Weitere Maßnahmen gegen Hass und Hetze

Eine weitere wichtige Aufgabe der Arbeit der Meldestelle ist die dauerhafte Sensibilisierung für Hate Speech und das Aufzeigen der verfügbaren Handlungsmöglichkeiten. So fanden zum Beispiel hessenweit Veranstaltungen zur Sensibilisierung von Lehrkräften, ehrenamtlich Tätigen sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern statt. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, initiierte die Meldestelle HessenGegenHetze 2021 ein gemeinsames Forschungsprojekt mit der Hochschule Darmstadt und dem Fraunhofer Institut SIT. In dem Forschungsprojekt „DeTOx - Detektion von Toxizität und Aggressionen in Postings und Kommentaren im Netz“ werden automatisierte Erkennungs- und Klassifikationsverfahren für Fake News und Hate Speech unter Anwendung von Künstlicher Intelligenz entwickelt und erforscht.

” Wir alle haben es selbst in der Hand, wie stark Mitgefühl, Hilfsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein unser Miteinander auch im Netz prägen.

Innenminister Peter Beuth

3 Jahre Meldestelle HessenGegenHetze

Mit Zivilcourage gegen Hass und Hetze im Netz

Seit Anfang 2020 geht die Hessische Landesregierung mit der Meldestelle HessenGegenHetze gegen Hass und Hetze im Netz vor. Sie bietet Betroffenen sowie Zeuginnen und Zeugen von Hate Speech ein niederschwelliges Angebot, um gegen hasserfüllte, möglicherweise strafbare oder extremistische Inhalte aktiv zu werden. Im Jahr 2023 wurden der Meldestelle HessenGegenHetze rund 23.000 Beiträge aus sozialen Netzwerken und auf Webseiten gemeldet, von denen sie rund 63 Prozent als Hate Speech einstufte. Mehr als 5.500 Fälle leitete die Meldestelle wegen des Verdachts auf strafbare Inhalte an die bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main angesiedelte Zentralstelle zur

Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) oder an die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) des Bundeskriminalamtes weiter. Am häufigsten ging die Meldestelle bei ihrer Erstbewertung von den Straftatbeständen der Volksverhetzung (30 Prozent), der Beleidigung (19 Prozent) und der Billigung von Straftaten (15 Prozent) aus. Rund 2.100 Fälle wurden aufgrund von Anhaltspunkten für Extremismus an das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen zur Bewertung übergeben. 120 Fälle wurden wegen des Verdachts einer konkreten Gefährdung oder Bedrohung einer Person an das Hessische Landeskriminalamt (HLKA) gesteuert.





„Friedliche Demonstrationen und das Eintreten für Natur- und Umweltschutz bereichern unsere Demokratie. Wer aber gewaltsam oder respektlos Einsatzkräften gegenübertritt, entzieht sich dem friedlichen demokratischen Diskurs.“

Ministerpräsident Boris Rhein

Einsatz im Fechenheimer Wald

Ministerpräsident Boris Rhein hat Mitte Januar gemeinsam mit Innenminister Peter Beuth die Einsatzkräfte am Fechenheimer Wald besucht und dabei für einen friedlichen Verlauf des Protests rund um die Rodungsmaßnahmen geworben. Der Hessischen Polizei oblag die Aufgabe, dass alle beteiligten Akteure zur Ausübung ihrer Rechte kommen. Dies beinhaltete beim Einsatz im Fechenheimer Wald sowohl den Schutz friedlichen Protests außerhalb des Gefahrenbereichs als auch die Gewährleistung der Bautätigkeiten.

Die hessische Polizei ging bei der Räumung behutsam, deeskalierend und kommunikativ vor. In den Wochen davor konnten im Fechenheimer Wald unterschiedliche Blockadetätigkeiten festgestellt werden. Neben Baumhäusern und Plattformen in Bäumen, die mit traversenartigen Stahlseilen verbunden waren, wurden diverse Löcher auf Zufahrtswegen, Barrikaden und Sperren dokumentiert. Neben speziell ausgebildeten Höheninterventionsteams kamen daher auch Spezialgeräte zum Einsatz, um Ausbauegner, die sich teils großer Höhe auf den Bäumen befinden, sicher nach unten und anschließend aus dem Gefahrenbereich zu bringen.

Hilfe für die Ukraine

Innenminister verabschiedet mit ukrainischem Generalkonsul Hilfstransporter

Im Rahmen des Neujahrsempfangs des HMDIS Mitte Januar, der ganz im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine stand, hat Hessens Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit dem ukrainischen Generalkonsul Vadym Kostyuk einen Hilfstransport Richtung Ukraine verabschiedet. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 war dies bereits die 35. LKW-Ladung, die unter dem Motto „Hessen hilft Ukraine“ von Hessen an die ukrainische Grenze gestartet ist. Koordiniert vom hessischen Katastrophenschutz hat die Hessische Landesregierung seit Kriegsbeginn mittlerweile Hilfsgüter in Höhe von rund 6,2 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Die Lebensmittelpakete beinhalten Mehl, Trockenhefe, Salz, Marmelade, Kaffee, Kondensmilch, Tee, Schokolade, Instant-Gemüsebrühe, Nudeln, Hülsenfrüchte, Reis, Öl, Sirup, Bulgur sowie Obstkonserven und sind speziell für die Lieferung in das Krisengebiet in der Ost- und Südukraine zusammengestellt worden. Zusätzlich zu den Lebensmittelpaketen wurden seit Kriegsbeginn aus Hessen medizinisches Gerät, Medikamente und Verbandsmaterial, Lebensmittel, 3.500 Feldbetten und 4.000 Schlafsäcke, aber auch feuerwehrtechnisches Gerät (Schutzausstattung, Atemschutzgeräte und Feuerwehrschräume), Wärmeiseln, Stromerzeuger sowie sechs Feuerwehrfahrzeuge überstellt. Weitere Groß-Transporte sind bereits vorgeplant und werden in den nächsten Tagen aus Hessen über Polen in die Ukraine starten.

Die Hessische Polizei hat seit Kriegsausbruch insbesondere Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine mit Polizeiausstattung geholfen. Oft wurden die Transporte dabei in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen, gemeinnützigen Organisationen und Firmen durchgeführt. Beispielhaft hier-

für stehen zwei Hilfstransporte, die das in Wiesbaden ansässige Hessische Polizeipräsidium für Technik und das Polizeipräsidium Frankfurt zusammen mit dem privaten Netzwerk „Ukrainehilfe Birstein und Brachtal“ organisierten und zum Teil persönlich begleiteten. Dabei wurden unter anderem 18 ausgemusterte Streifenfahrzeuge, knapp 1.700 Schutzwesten, über 600 Stiefel sowie mehr als 1.100 Schutzhelme an die Sicherheitskräfte der Ukraine übergeben.

Als Zeichen der Solidarität hat das Land auf Initiative hessischer Schulen Anfang Februar eine Hilfslieferung mit Schulausstattung in die Ukraine entsandt. Hessen hat insgesamt Schulausstattung von rund 30 hessischen Schulen an ukrainische Schulen geliefert. Diese umfasst unter anderem über 3.300 Stühle und 1.600 Tische, 40 Büromöbel, 30 Tafeln, rund 30 PCs und Laptops sowie einige Monitore, Beamer und Overheadprojektoren.

„Hessen steht solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Mit unseren hessischen Hilfstransporten leisten wir unseren Beitrag, um die Menschen vor Ort zielgerichtet mit dringend notwendigen Gütern zu versorgen. Mit der Lieferung von Schulausstattung in die Ukraine tragen wir einen wertvollen Teil dazu bei, den Schulunterricht vor Ort aufrecht zu erhalten und den Schülerinnen und Schülern eine Perspektive zu bieten

Innenminister Peter Beuth



Neuer LfV-Präsident

Neuer Taktgeber steht für Kontinuität im Wandel

Im Rahmen einer feierlichen Amtseinführung hat Hessens Innenminister Peter Beuth Ende Januar den bisherigen Vizepräsidenten Bernd Neumann zum neuen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) ernannt. Er folgt auf Robert Schäfer, der im November 2022 zum Landespolizeipräsidenten der Polizei Hessen ernannt wurde.

Im Zuge der Aufarbeitung der Mordserie des sogenannten NSU hat das Landesamt für Verfassungsschutz eine Neuausrichtung erfahren. Dabei wurde im Jahr 2016 eine eigene Abteilung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geschaffen. Der Personalansatz in dieser Abteilung wurde seitdem fast verdreifacht, auf mittlerweile knapp 60 Mitarbeiter. Zugleich hat die gesamte Behörde eine massive personelle Aufstockung erfahren. Das Landesamt für Verfassungsschutz verfügt nunmehr über 375 Planstellen und damit über so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie nie zuvor. Mit den zusätzlichen Stellen wurden insbesondere die Observation, die Bearbeitung des Rechtsextremismus und des Salafismus sowie die Internetaufklärung verstärkt. Mit der Schaffung des ersten Hessischen Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum (HETAZ) im März 2019 wurde die enge Kooperation zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz institutionalisiert. Das HETAZ ist eine standardisierte Kommunikations- und Kooperationsplattform unter ständiger Beteiligung des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA), der Staatsanwaltschaft Frankfurt – Abteilung Staatsschutz, der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt sowie des LfV Hessen. Das HETAZ sichert die enge Zusammenarbeit im Bereich Extremismus- und Terror-Abwehr. Die Einbeziehung von kommunalen Verantwortungsträgern je nach Lage ist auch weiterhin bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal.

Werdegang Bernd Neumann

Bernd Neumann wurde am 26.09.1966 in Mainz geboren und hat 1985 seinen Dienst bei der hessischen Polizei begonnen. Nach Stationen bei der Hessischen Bereitschaftspolizei, in der Polizeidirektion Groß-Gerau, dem Hessischen Landeskriminalamt und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, hat er 2003 das Studium für den höheren Polizeivollzugsdienst erfolgreich abgeschlossen. Anschließend leitete er zwei Großprojekte der hessischen Polizei zur Einführung der Kriminalkommissariate zur Bekämpfung der Internetkriminalität sowie zur Intensivierung der DNA-Maßnahmen, die in der Schaffung der sog. „DNA-Straße“ im LKA mündete. 2015 wechselte er ins Landesamt für Verfassungsschutz, wo er die strategische Neuausrichtung des Nachrichtendienstes gemeinsam mit dem damaligen LfV-Präsidenten Robert Schäfer voranbrachte. Von 2016 bis 2018 leitete er die Abteilung „Islamismus und islamistischer Terrorismus“ im LfV. Ab 2018 war er Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen.

„ Als Vizepräsident hat Bernd Neumann bereits viel im Landesamt für Verfassungsschutz bewirkt und wird diese positiven Entwicklungen als Präsident weiter fortführen. Er wird die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortführen und die präventive, operative und transparente Ausrichtung der Behörde weiter stärken.

Innenminister Peter Beuth





Sportförderung

Kunstrasenplatz wird neue Möglichkeiten eröffnen

Sportminister Peter Beuth hat Ende Januar die Stadt Fritzlar besucht und der Stadt eine Landeszuwendung in Höhe von 480.000 Euro aus dem Sonderprogramm „Neubau, Erhaltung und Sicherung von Sportstätten“ überreicht. Mit den Fördermitteln unterstützt das Land die Kommune beim Bau eines neuen Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage „Exer“.

Das Sportplatzgelände „Exer“ in Fritzlar wurde 1930 errichtet und verfügt über mehrere Naturrasenplätze, die in den Wintermonaten und bei schlechter Witterung nur eingeschränkt nutzbar

sind. Hauptnutzer des Sportgeländes ist der FC Domstadt Fritzlar, ein 2019 neu gegründeter Fußballverein, der aus den Fußballabteilungen des TSV Emstal Werkel, TSV Obermöllrich, Schwarz/Weiss Zennern und TuS Fritzlar entstanden ist. Durch den Umbau eines Naturrasenplatzes in einen mit Sand eingefüllten Kunstrasenplatz wird die Nutzung des Sportgeländes künftig zu jeder Jahreszeit ermöglicht. Gleichzeitig wird sich die Belegungssituation der im Winter stark ausgelasteten Sporthallen entspannen. Bereits heute ist das Sportgelände gut ausgestrahlt. Eine neue Flutlichtanlage konnte bereits im Oktober 2022 in

Betrieb genommen werden. Das HMDIS hatte dieses Projekt mit einer Zuwendung in Höhe von 7.400 Euro unterstützt.

„ Sportlerinnen und Sportler müssen dauerhaft die Möglichkeit haben, ihrem Sport nachgehen zu können. Auf der Sportanlage ‚Exer‘ war dies insbesondere in den Wintermonaten nicht gegeben, weshalb der Bau eines Kunstrasenplatzes eine richtige und wegweisende Entscheidung ist.“

Sportminister Peter Beuth

Skispringen in Willingen

Spitzensport auch in Zukunft Teil von Willingen

Ministerpräsident Boris Rhein und Sportminister Peter Beuth haben im Februar am Skisprung-Weltcup in Willingen teilgenommen, nachdem der Ministerpräsident die Schirmherrschaft übernommen hat. Willingen hatte kurz zuvor überregional im Fokus gestanden, weil der Ort auf Initiative des Bundesinnenministeriums den Status als Bundesstützpunkt verlieren sollte. Die Hessische Landesregierung stellte eine weitere Förderung des Standpunktes in Aussicht.





Hessischer Verdienstorden

Verkörpert das Ehrenamt wie kein Zweiter

Innenminister Peter Beuth hat Jörg Lange für seine zahlreichen Verdienste den Hessischen Verdienstorden ausgehändigt, der ihm vom Hessischen Ministerpräsidenten verliehen worden war. Der Taunussteiner erhielt die Auszeichnung unter anderem für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Seit 38 Jahren engagiert sich Jörg Lange bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Taunusstein. Seit 2009 hat er das Amt des 1. Vorsitzenden inne. Auf seine Initiative wurde die regional beliebte Freizeitveranstaltung, der „AWO Ferienspaß“, stetig ausgebaut, die in diesem Jahr bereits zum 51. Mal veranstaltet wird. Darüber hinaus er im Jahr 2015 federführend den Bau des neuen AWO-Hauses in Taunusstein-Neuhof nicht nur begleitet, sondern in unzähligen Stunden auch selbst handwerklich vorangebracht. Im Rahmen seiner Tätigkeit für die AWO organisiert der 54-jährige darüber hinaus jedes Jahr den Weihnachtsmarkt in Taunusstein sowie den Wehener Markt. Von seinem Engagement und seinen handwerklichen Tätigkeiten profitierten viele weitere Vereine.

Motor für den Motorsport in Erlensee

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte Februar Kurt Oehm für seine Verdienste um Erlensee gewürdigt und ihm den Hessischen Verdienstorden ausgehändigt, der ihm vom Hessischen Ministerpräsidenten verliehen worden war. Er erhielt die Auszeichnung für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik und im Bereich des Motorsports sowie der Verkehrssicherheit in Erlensee.

Kurt Oehm war von 1989 bis 1997 Gemeindevertreter in Erlensee und von 1997 bis 2001 Mitglied des Gemeindevorstands. Von 2001 bis 2011 war er Vorsitzender der Gemeindevertretung und wurde 2011 zum Ehrenvorsitzenden der Gemeindevertretung ernannt. Der heute 77-jährige gründete 1972 den Automobilclub Kinzigtal



Erlensee e.V. im ADAC und leitet den Verein seit 1973 als erster Vorsitzender. 2007 berief ihn der ADAC Hessen-Thüringen in das Amt des Referenten für die Betreuung des ADAC-Ortsclubs in Südhessen und er ist seitdem für mehr als 60 Ortsclubs in der Region Rhein-Main bis in den Odenwaldkreis zuständig. Besonders zu erwähnen im

Rahmen seines Engagements ist sein großer Einsatz für die Verkehrssicherheit und -erziehung, beispielsweise bei Verkehrserziehungsprojekten in Kindergärten und Schulen.“1993 erhielt Kurt Oehm bereits den Ehrenbrief des Landes Hessen. 1997 erhielt er die ADAC Ehrennadel in Gold mit Kranz sowie 2016 die Ewald-Kroth-Medaille.

Neues Sicherheitsportal

Meilenstein für die vernetzte Sicherheit der Zukunft

Die Hessinnen und Hessen können seit Anfang Februar schnell und digital daran mitarbeiten, die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu verbessern. Seitdem ist die Webseite <https://sicherheitsportal.hessen.de> die zentrale Anlaufstelle, wenn es um Sicherheit in Hessen geht. Sie vereint die Onlinewache der hessischen Polizei, die Meldestelle HessenGegenHetze sowie einen landesweiten Mängelmelder, an dem zum Start bereits mehr als 300 von 421 hessischen Kommunen teilnahmen.

Überfüllte Mülltonnen im Park, kaputte Straßenlaternen oder verschmutzte Ecken trüben das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und führen nicht selten zu weiterem Verfall und Kriminalität („Broken-Window-Theorie“). Dank interaktiver Karte und georeferenzierter Positionsübermittlung landen Meldungen ohne Zeitverzögerung stets an der richtigen Adresse. Nutzerinnen und Nutzer müssen für das Absetzen einer Meldung dabei nicht einmal exakt wissen, wo sie sich genau aufhalten.

Sie hinterlassen lediglich eine Stecknadel auf der Landkarte mit einem Hinweis für ihre Kommune. Diese hat die Möglichkeit, zusätzlich eine interaktive Meldekarte auf ihrer kommunalen Homepage einzubauen oder kann über das Sicherheitsportal eine E-Mail-Benachrichtigung mit den exakten Geokoordinaten des Mangels erhalten. Der landesweite Mängelmelder und das dahinterliegende Bearbeitungssystem wird den Kommunen des Landes Hessen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im neuen Sicherheitsportal wurden darüber hinaus alle Sicherheitsprogramme des Landes Hessen vereint. Wer Strafanzeige erstatten oder Hinweise an die Polizei melden möchte, findet auf dem Sicherheitsportal den Weg zur Onlinewache der hessischen Polizei. Diese wird bereits verstärkt von Bürgerinnen und Bürgern genutzt, um beispielsweise Fahrraddiebstahl, Onlineauktionsbetrug oder beispielsweise Skimming-Delikte zu melden. Im Jahr 2022 wurden allein über die Onlinewache mehr als 100.000 Delikte gemeldet. Auch extremistische Aktivitäten und Schmierereien oder

Hate Speech im Netz können über das Sicherheitsportal gemeldet werden. Wer Auffälligkeiten entdeckt, findet hier einen direkten Verweis zur Meldestelle HessenGegenHetze, die bereits seit Anfang 2020 besteht.

Dachmarke „Gemeinsam sicher in Hessen“

Für die Umsetzung des Sicherheitsportals, der Umsetzung des hessenweiten KOMPASS-Programms sowie die Weiterentwicklung der erfolgreichen HessenWARN-App wurde im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport Ende 2020 eine eigene Stabsstelle mit dem Namen „Gemeinsam sicher in Hessen“ eingerichtet. Sie befasst sich seither mit den unterschiedlichsten Fragen der kommunalen Sicherheit. Der leitende Gedanken dabei ist immer die Idee der „Vernetzten Sicherheit“ zwischen Bürgern, Kommunen, Land und Polizei.

” Mit dem neuen Sicherheitsportal schreiben wir unsere hessische Erfolgsgeschichte in der Sicherheitspolitik fort und gehen nun einen digitalen Schritt weiter

Innenminister Peter Beuth





Wachpolizei

Starker Pfeiler der hessischen Sicherheitsarchitektur

Mitte Februar hat Staatssekretär Stefan Sauer insgesamt 30 neuen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) zu ihrer erfolgreich absolvierten Ausbildung gratuliert und ihre zukünftige wichtige Arbeit für die Sicherheit Hessens hervorgehoben. Die erfolgreichen Absolventen hatten ihre Ausbildung am 4. Oktober 2022 an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) sowie beim Polizeipräsidium Frankfurt begonnen. Im Rahmen der Ausbildungslehrgänge wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv auf ihre Aufgaben vorbereitet. Zukünftig werden die Angestellten unter anderem für den Objektschutz, Gefangenentransporte und den Betrieb des Zentralen Polizeigewahrsams, in der Abschiebungshafteinrichtung aber auch für die Verkehrsüberwachung, die Jugendverkehrserziehung, bei der Tatortarbeit und dem Zentralen Erkennungsdienst eingesetzt.

Die Einrichtung der Wachpolizei wurde im Oktober 2000 unter der Überschrift „Mehr Sicherheit für den Bürger – mehr Entlastung für die Polizei“ eingeführt und erprobt. Aufgrund der positiven Erfahrungen erfolgte ein kontinuierlicher Ausbau der Wachpolizei. Mittlerweile ist sie bei den Polizeipräsidien fest etabliert und ihr Einsatz hat sich vielfach bewährt. Von anfänglich 110 Angestellten ist ihre Zahl auf landesweit rund 800 gestiegen.

” Die Wachpolizei bildet einen starken Pfeiler der hessischen Sicherheitsarchitektur. Die rund 800 Frauen und Männer unterstützen ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Polizeivollzugsdienst bei einer Vielzahl von Aufgaben.

Staatssekretär Stefan Sauer

Sportatlas Hessen

Sportangebote in Hessen noch leichter finden

Seit Mitte Februar können sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem neuen „Sportatlas Hessen“ (www.sportatlas-hessen.de) über die gesamte Bandbreite des Sportangebots in Hessen informieren. Auf der Homepage sowie über die neue „Sportland Hessen“-App sind **2.077 Vereine sowie 9.380 Sportstätten** auffindbar.

Sportinteressierte können sich auf einer Hessenkarte über die Sport- und Bewegungsräume in ihrer Nähe im Detail informieren. **Für die sportliche Betätigung waren zum Start des Sportportals beispielsweise bereits 2.684 Sporthallen, 453 Hallen- und Freibäder, 2.751 Fußballplätze, 607 Tennisplätze sowie 261 Reitplätze aufgeführt.** Der Sportatlas bietet einzelne Details zu den Sportstätten und eine direkte Verlinkung zu den Vereinen. So ist beispielsweise ablesbar, wo sich die nächste Sportstätte befindet, wie die jeweilige Sportstätte ausgestattet ist und welcher Verein mit welchem Angebot sie nutzt.

„Der ‚Sportatlas Hessen‘ und die ‚Sportland Hessen‘-App dienen als niederschwelliges Angebot, damit die Bürgerinnen und Bürger die vielfältigen Sportangebote in Hessen noch leichter finden.“

Sportminister Peter Beuth

Für Sportvereine bietet das Angebot eine weitere Möglichkeit auf das eigene Vereinsangebot aufmerksam zu machen. Sie sind aufgefordert, sich mit den von ihnen genutzten Sportstätten im Sportatlas Hessen einzutragen. Dabei ist es irrelevant, ob es sich um vereinseigene, gepachtete oder von den Kommunen zur Verfügung gestellte Sportanlagen handelt. Der Sportatlas kann außerdem einfach und kostenlos als interessantes Feature in Form eines iFrames auf der Vereins-Homepage eingebunden werden und somit z.B. die Kommunikation von Wegbeschreibungen für anreisende Teams im Wettkampfbereich unterstützen. Der „Sportatlas Hessen“ und die „Sportland Hessen“-App bieten damit einen echten Mehrwert und machen auch kleinere Sportvereine sichtbar.

KOMPASS

Mit großem Engagement Maßnahmen umgesetzt

Als siebzehnte hessische Kommune hat die Stadt Fulda Mitte Februar das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen bekommen. Die knapp 70.000 Einwohner große Stadt ist dem Programm des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im Juni 2019 beigetreten und hat seitdem zielgerichtet und engagiert Maßnahmen für ein besseres Sicherheitsgefühl umgesetzt.

Eine durch die Justus-Liebig-Universität Gießen im Rahmen der Bestandsaufnahme begleitete Bürgerbefragung hat ergeben, dass u. a. die Aspekte Kriminalität, Verkehr, undiszipliniert fahrende Autofahrer, Schmutz und Müll an öffentlichen Orten sowie Ruhestörungen als Probleme wahrgenommen wurden. Nach Feststellung der Problembereiche und „Angstorte“ wurde ein umfassender Maßnahmenkatalog erarbeitet, um die erkannten Sicherheitsbedarfe zu decken. Entwickelte bzw. umgesetzte KOMPASS-Maßnahmen sind u. a. die Optimierung der Videoschutzanlage an neuralgischen

Orten, die Installation von insgesamt 439 neuen Straßenlaternen, die Einstellung von drei weiteren Umweltrangern, die Eröffnung von zwei weiteren „Jugendtreffs“ und die Einrichtung von Stadtteilbüros als niederschwelliges Angebot für Bürgerinnen und Bürger. Gestärkt wurde insbesondere die Sicherheit im Bereich Radverkehr. Darüber hinaus wurde die Aktion „Fulda sattelt auf“ initiiert und ein Pilotprojekt zur Problematik von Abbiegeunfällen mit Rad-

fahrenden ins Leben gerufen. Des Weiteren wurde im Zuge von KOMPASS in der Stadt wache Fulda ein regelmäßiges kriminalpolizeiliches Beratungsangebot eingerichtet und das Aufgabenfeld der dort ansässigen Schutzfrau bzw. des dort ansässigen Schutzmanns vor Ort erweitert. Die Stadtwache ist fortan die Anlaufstelle für polizeiliche Belange und bildet zugleich die Schnittstelle zwischen Polizei und der kommunalen Verwaltung.



SWIM

Eine Millionen Euro für Sanierung des Erlenbads



Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte Februar die Stadt Alsfeld besucht und der Stadt einen Bescheid in Höhe von einer Millionen Euro für die Sanierung des Erlenbads in Alsfeld überreicht. Die Mittel stammen aus dem SWIM-Förderprogramm, mit dem die Hessische Landesregierung den Bau und die Modernisierung der hessischen Frei- und Hallenbäder unterstützt.

Das Erlenbad in Alsfeld ist ein Kombinationsbad und gleichzeitig das einzige Schwimmbad im näheren Umkreis. Pro Jahr besuchen rund 60.000 öffentliche Badegäste das Erlenbad. Die erste Renovierung erfolgte im Jahr 1981. Im Juli 2020 begannen weitere Umbau- und Renovierungsarbeiten, die den Zustand des Bades zwar verbessert haben, jedoch wurde im Zuge dieser Arbeiten ein größerer Sanierungsbedarf deutlich.

Durch die nun vorgesehenen Erneuerungsmaßnahmen baulicher und technischer Art soll die Nutzungsdauer des Bades verlängert, brandschutztechnische Auflagen erfüllt und die allgemeine Attraktivität gesteigert werden. Neben den privaten Gästen soll das Bad weiterhin für Schul- und Vereinssport, Schwimmkurse, Reha- und Bewegungssport sowie Wellnessaktivitäten zur Verfügung stehen. Der überregionale Bekanntheitsgrad soll ausgebaut sowie den Kurzzeittouristen der weithin bekannten Altstadt Alsfelds eine zusätzliche Erholungsmöglichkeit geboten werden.

„Die Landesregierung trägt aktiv dazu bei, dass alle Mitglieder der Gesellschaft Schwimmen lernen können. Schließlich bringen unsere Frei- und Hallenbäder Menschen nicht nur zusammen, sondern fördern insbesondere die Ausbildung der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen.“

Staatssekretär Stefan Sauer

SWIM-Förderprogramm

Die Hessische Landesregierung stellt für 2022 insgesamt rund 61 Millionen Euro für die Sportförderung bereit. Davon werden knapp 20 Millionen Euro in den reinen Sportstättenbau und die Sanierung investiert. Mindestens 10 Millionen Euro stehen jährlich für das Sonderprogramm SWIM bereit.

SWIM

Wichtige Maßnahme für den inklusiven Sport in Kassel



Staatssekretär Stefan Sauer hat die Stadt Kassel besucht und der Stadt einen Bescheid in Höhe von rund 780.000 Euro für die Sanierung des Lehrschwimmbads in der Alexander-Schmorell-Schule in Kassel überreicht. Die Mittel stammen aus dem SWIM-Förderprogramm, mit dem die Hessische Landesregierung den Bau und die Modernisierung der hessischen Frei- und Hallenbäder unterstützt.

Das zur Alexander-Schmorell-Schule gehörende Lehrschwimmbad befindet sich im Kasseler Stadtteil Wolfsanger-Hasenhecke im Nordosten der Stadt. Die Alexander-Schmorell-Schule wird von Schülerinnen und Schülern besucht, bei denen ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung besteht. Das vorhandene Lehrbecken hat eine Fläche von rund 134 Kubikmetern und ist mit einem verfahrbaren Hubboden ausgestattet. Der Sanierungsbedarf wurde aufgrund einer umfangreichen fachlichen Bewertung der Bau- und Techniksubstanz im Jahr 2015 festgestellt, da das Bad sowohl baulich als auch technisch das Ende seiner Lebenszeit erreicht hat. Zudem muss die Technik an die brandschutztechnischen Anforderun-

gen angepasst werden. Die Sanierungsarbeiten verteilen sich somit auf umfangreiche Maßnahmen im gesamten Bad- und Beckenbereich.

„Mit der SWIM-Förderung in Höhe von knapp 780.000 Euro für die Sanierung des Lehrschwimmbads wird das Schwimmbad als Schwimm-Sportstätte der nahen Umgebung langfristig und nachhaltig gesichert. Dies ist eine wichtige Maßnahme für den inklusiven Sport in Kassel.“

Staatssekretär Stefan Sauer

PKS 2022

„Stabile Sicherheitswerte dank gestärkter Polizei“

- Kriminalität in Hessen auf Vor-Pandemie-Niveau
- Aufklärungsquote weiterhin im Spitzenbereich der letzten Jahrzehnte
- Wohnungseinbruch: Zweitbesten Wert seit Einführung der PKS
- Straßenkriminalität auf Vor-Pandemie-Niveau
- Protestgeschehen: Auswirkungen auf politisch motivierte Kriminalität aber „Heißer Herbst“ ist ausgeblieben
- Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern um knapp 60 Prozent gesunken
- Schwerpunktsetzungen: Entschlossener Kampf gegen Rechtsextremismus und Kindesmissbrauch

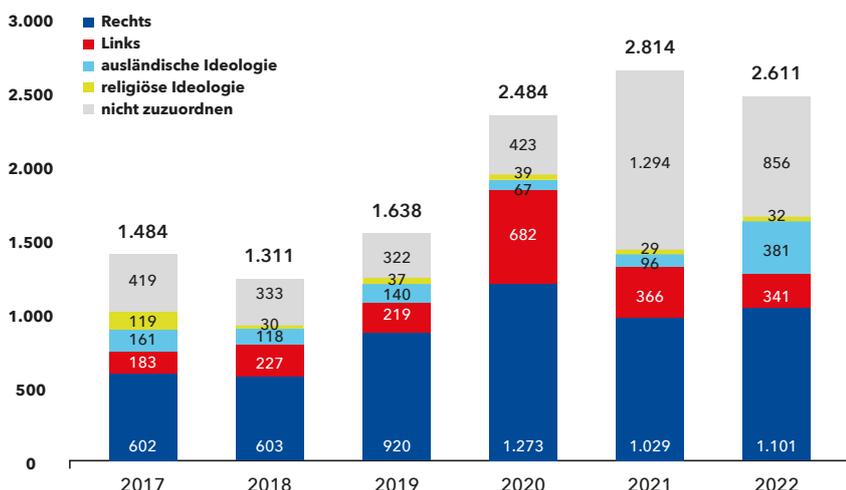
Nachdem in den Jahren der Pandemie insgesamt deutlich weniger Straftaten festgestellt wurden, weist die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2022 mit 368.579 Delikten (2021: 336.030) wieder einen leichten Anstieg etwa auf das Niveau der Jahre vor der Pandemie aus. Unter Ausklammerung der beiden Ausnahmejahre 2020 und 2021 wurde 2022 dennoch das zweitniedrigste Straftaten-Aufkommen seit 1981 registriert. Die Kriminalitätsbelastung ist 2022 mit 5.855 Straftaten pro 100.000 Einwohner analog zu den registrierten Delikten im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2021: 5.340). Eine Entwicklung, die nach den Pandemie-Jahren bundesweit zu verzeichnen ist. Die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist im Langzeitvergleich dennoch weiterhin auf einem historischen Tiefstand. Auch bei der Aufklärungsquote bleibt die hessische Polizei mit 63,7 Prozent der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten im historischen Spitzenbereich.

Die Sicherheitslage im Phänomenbereich der PMK -nicht zuzuordnen- wurde auch im Jahr 2022 maßgeblich durch die Corona-Pandemie und die entsprechenden Veranstaltungslagen mitgeprägt. Mit 856 gemeldeten Fällen ist – in direktem Vergleich zum Vorjahr (1.294 Fälle) – ein deutlicher Fallzahlenrückgang zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit überwiegend nicht angemeldeten Versammlungen und „Spaziergängen“ kam es prozentual zu einem besonders hohen Anteil an Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Im Bereich der PMK – ausländische Ideologie – ist mit 381 gemeldeten Fällen für das Jahr 2022 – im Vergleich zum Jahr 2021 (96 Fälle) – ein signifikanter Fallzahlenanstieg um 285 Straftaten (+ rund 297 Prozent) zu verzeichnen. Einen erheblichen Einfluss auf die Veranstaltungslage und Fallzahlen in 2022 für den Bereich der PMK -ausländische Ideologie- hatte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Abgesehen von der Veranstaltungslage, die größtenteils friedlich blieb, wirkte sich der Konflikt

in seinen unterschiedlichen Ausprägungen (pro-ukrainisch/pro-russisch) ebenso auf die Fallzahlen aus. Bei den begangenen Straftaten standen die Sachbeschädigungsdelikte im Vordergrund. Exemplarisch sind hier Farbschmierereien sowie Sachbeschädigungen an Fahrzeugen mit ukrainischen oder russischen Kennzeichen zu nennen sowie das damit oft einhergehende Verwenden des „Z“-Symbols, welches für die Unterstützung des russischen Angriffskrieges steht.

Mit 1.101 gemeldeten Fällen für das Jahr 2022 bewegen sich die Fallzahlen in Hessen bei der PMK – rechts – im direkten Vergleich zum Vorjahr (1.029 Fälle) auf einem leicht erhöhten Niveau (+7 Prozent). Die Anzahl der Gewalttaten bleibt mit 53 Fällen ebenso in etwa gleich hoch (2021: 48 Fälle). Körperverletzungsdelikte haben dabei den weitaus größten Anteil. Die Propagandadelikte waren innerhalb dieses Phänomenbereichs – wie bereits in den vergangenen Jahren – mit insgesamt 648 Fällen deliktischer Schwerpunkt. Dies entspricht einem Anteil von 58,9 Prozent an der Gesamtzahl der Fälle der PMK -rechts-. Mit 241 gemeldeten Fällen sind die Fallzahlen der PMK -links- in direktem Vergleich mit dem Vorjahr (2021: 366 Fälle) deutlich gesunken (-34,2 Prozent). Der Rückgang hängt unmittelbar mit den abgeschlossenen Rodungsarbeiten im Dannenröder Forst zusammen. Dementsprechend war das vergangene Jahr sowohl deliktisch, als auch medial vornehmlich von Aktionen der sogenannten „Letzten Generation“ geprägt.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT 2022



„ Insgesamt spiegeln die Kriminalitätswerte für 2022 auch das Ende der spezifischen Pandemie-Beschränkungen wider. Wenn wieder mehr Menschen zusammenkommen, steigt leider auch die Kriminalität.

Dennoch unterstreicht unsere Kriminalstatistik abermals, dass wir in Hessen sehr sicher leben. Diese stabilen Sicherheitswerte haben wir in erster Linie einer gestärkten Polizei zu verdanken, die mit deutlich mehr Personal und den modernsten Ermittlungswerkzeugen professionelle Polizeiarbeit leistet. Seit Februar 2023 sind bereits mehr als 15.500 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Bürger unterwegs. Im Namen der Bürgerinnen und Bürger Hessens danke ich der hessischen Polizei für die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Jahr.

Innenminister Peter Beuth

LANGZEITVERGLEICH 20 JAHRE



WOHNUNGSEINBRUCHDIEBSTAHL



Die Zahl der Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Nachdem es im Jahr 2021 in diesem Deliktsbereich zu einer deutlichen Fallzunahme kam, ist die Anzahl an polizeilich registrierten Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern 2022 erstmals wieder deutlich um 58 Prozent gesunken. Während der Pandemie-Jahre waren insbesondere Amts- und Mandatsträger Straftaten wie etwa Bedrohungen ausgesetzt. 2021 wurden insgesamt 310 Fälle registriert. Im Jahr 2022 wurden noch 185 solcher Straftaten polizeilich erfasst.

Die Zahl der Übergriffe gegen Polizistinnen und Polizisten ist im Vergleich zum Vorjahr 2021 mit 4.916 registrierten Opferzahlen erfreulicherweise um 205 Opfer auf 4.711 zurückgegangen. In 1.953 Fällen wurden Polizeibeamte Ziel tätlicher Angriffe. Die Opferzahl von Angriffen auf Rettungskräfte (2021: 138) stieg auf 151 an. Auch elf Feuerwehrleute meldeten im vergangenen Jahr Übergriffe.

In den beiden Pandemie-jahren, in denen das öffentliche Leben stark eingeschränkt war und die Menschen größtenteils zu Hause waren, entwickelten sich die Fallzahlen von Wohnungseinbrüchen nochmals

stark rückläufig. Umso bemerkenswerter ist es, dass trotz Aufhebung der Kontakt- und Reisebeschränkungen die Zahlen der Wohnungseinbrüche 2022 hessenweit nur um 417 Straftaten auf insgesamt 4.275 Fälle lediglich leicht anstiegen (Vorjahr: 3.858). Damit blieben die Wohnungseinbrüche deutlich unter dem Vor-Pandemie-Niveau (2019: 6.768 Fälle). In 2022 wurde somit der zweitniedrigste Wert an Wohnungseinbruchdiebstählen seit Einführung der Kriminalitätsstatistik 1971 gemessen. Rund 50 Prozent der Fälle verbleiben im Versuchsstadium.

„ Das Hessische Polizeipräsidium für Technik ist der Motor der Modernisierung und Digitalisierung der hessischen Polizei. Mit Frank von der Au tritt ein kluger Weiterdenker und umsichtiger Macher an die Spitze des Technik-Präsidioms.

Innenminister Peter Beuth

Neuer Präsident des HPT

Kluger Weiterdenker für die Digitalisierung der Polizei

Innenminister Peter Beuth hat Frank von der Au im Rahmen einer feierlichen Amtseinführung Anfang März zum neuen Präsidenten des Hessischen Polizeipräsidioms für Technik (HPT) ernannt. Von der Au folgt auf Karl-Heinz Reinstädt, der im vergangenen Jahr in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Das HPT ist das zentrale Kompetenzzentrum für Technik und Ausrüstung der gesamten hessischen Polizei. Rund 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich um IT, Fahrzeuge, Liegenschaften, Dienstbekleidung, Waffen und Digitalfunk, damit die rund 21.000 Beschäftigten der hessischen Polizei täglich erfolgreich und sicher arbeiten können. In enger Abstimmung mit den zehn weiteren hessischen Polizeibehörden beschafft es bedarfsorientiert zum Beispiel

auch Drohnen, Mitteldistanzwaffen und Hubschrauber. Darüber hinaus entwickelt das HPT die bestehende Ausstattung weiter und konzipiert von Grund auf neue Systeme.



Werdegang Frank von der Au

Der 58-jährige Frank von der Au ist verheiratet und Vater einer Tochter. 1986 begann seine Polizeilaufbahn bei der Hessischen Bereitschaftspolizei. 2001 war er im Lagezentrum als Führungsbeamter im Landespolizeipräsidium tätig, ehe er von 2002 bis 2007 im Landespolizeipräsidium als Referent für verkehrspolizeiliche Angelegenheiten und ab 2011 als Leiter des Referats tätig war. Weitere Führungsfunktionen übernahm er im Polizeipräsidium Südhessen (Leiter Abteilungsstab) und der Hessischen Bereitschaftspolizei (Leiter I. HBPA), bis ihm 2018 die Leitung des Technikreferats im Landespolizeipräsidium übertragen wurde.

„ Frank Schuckmann ist die Idealbesetzung für die Funktion des AdP. Er ist Polizeibeamter aus Leidenschaft, verfügt über ein feines Gespür für die Belange der Kolleginnen und Kollegen und ist auf allen Ebenen innerhalb der hessischen Polizei bestens vernetzt.

Innenminister Peter Beuth

Neuer AdP

Idealbesetzung für die Funktion des AdP

Werdegang Frank Schuckmann

Frank Schuckmann hat 1993 seine Ausbildung bei der Polizei Hessen begonnen. Nach drei Jahren in der Hessischen Bereitschaftspolizei, wo er unter anderem als Gruppenführer agierte, führte ihn sein Weg in das Polizeipräsidium Frankfurt am Main. Anschließend führte sein Weg in das Landespolizeipräsidium im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Hier brachte er die letzten Jahre seine polizeilichen Erfahrungen im Bereich der strategischen Kriminalitätsbekämpfung für ganz Hessen und darüber hinaus ein sowie in der Beratung des Landespolizeipräsidenten.

Innenminister Peter Beuth hat Anfang März den Ersten Kriminalhauptkommissar Frank Schuckmann mit Wirkung zum 1. März 2023 zum Ansprechpartner der Polizei (AdP) berufen. Der 52-jährige Wiesbadener folgt damit auf Jürgen Begere, der aus Altersgründen in den Ruhestand eingetreten war.

Die Funktion des Ansprechpartners der Polizei wurde neben den bereits bestehenden polizeiinternen Angeboten außerhalb der Hierarchie und der Strukturen der hessischen Polizei geschaffen, um die Unabhängigkeit der Funktion und ein Höchstmaß an Diskretion zu ermöglichen. Der Ansprechpartner der hessischen Polizei steht allen Beschäftigten der hessischen Polizeibehörden sowie den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit bei inner- und außerdienstlichen Konflikten, sozialen aber auch persönlichen Problemen als unmittelbare Anlaufstelle zur Verfügung. Er ist als Stabsfunktion unmittelbar der Leitungsspitze des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zugeordnet.



Extremismusbekämpfung**Beitrag zur Wehrhaftigkeit
unserer Demokratie**

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte März dem an der Philipps-Universität Marburg angegliederten Demokratiezentrum Hessen einen Förderbescheid über mehr als 3,3 Millionen Euro übergeben. Der Förderbescheid setzt sich zusammen aus rund zwei Drittel weitergeleiteter Zuwendungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und einem Drittel Mittel des Landes Hessen aus dem Programm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Mit den finanziellen Mitteln werden Maßnahmen des Demokratiezentrum Hessen wie Studien, Fachtagungen, Publikationen, Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein umfangreiches Angebot an mobiler Beratung, Opferberatung und Distanzierungs- sowie Ausstiegsberatung gefördert.

” Mit seiner Arbeit leistet das Demokratiezentrum Hessen einen bedeutenden Beitrag zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und zur gesellschaftlichen Resilienz gegen Extremismus.

Staatssekretär Stefan Sauer

Das in Marburg ansässige Demokratiezentrum Hessen fungiert als Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts-Extremismus“ am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Die Einrichtung wird vom Bund im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ und dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert. Aus den Mitteln des Demokratiezentrum werden insbesondere mobile Beratung, Opferberatung und Distanzierungs- sowie Ausstiegsberatung gefördert. Angegliedert an das Demokratiezentrum Hessen ist seit Frühjahr 2022 die landesweite „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen“ (RIAS Hessen).

**Hessisches Informations- und
Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)**

Mit dem Ziel der Koordinierung und Vernetzung der landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen hat das Land Hessen im HMdIS das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) eingerichtet. Zentrale Aufgabe des HKE als Landeskoordinierungsstelle in Hessen für Maßnahmen der Prävention und Intervention gegen Extremismus ist es, auf neue Herausforderungen schnell und adäquat zu reagieren, Handlungsbedarfe zu identifizieren und zielgenaue Konzepte der Extremismusprävention zu entwickeln. Dieses administriert erfolgreich das bereits 2015 ins Leben gerufene Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“, das sich derzeit in der zweiten Förderperiode befindet und ein finanzielles Gesamtvolumen von mehr als 10 Millionen Euro (inklusive Bundesmittel) umfasst.



Hessischer Katastrophenschutz

Auch für künftige Krisen gewappnet sein

„ Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien sowie die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind nur einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, welche den Wert gut ausgebildeter hessischer Katastrophenschützer verdeutlichen.

Innenminister Peter Beuth

Innenminister Peter Beuth hat Ende März den Landesverbänden der Hilfsorganisationen im hessischen Katastrophenschutz in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Katastrophenschutz (AG KatS) Zuwendungen in Höhe von 423.000 Euro für die Durchführung der Landesausbildung im Katastrophenschutz übergeben. Die Mittel erhalten der Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hessen, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Landesverband Hessen, das Deutsche Rote Kreuz Landesverband Hessen, die Johanniter-Unfall-Hilfe Landesverband HERPSL und der Malteser Hilfsdienst. Seit dem Jahr 2008 investierte das Land Hessen mehr als 70 Millionen Euro in die umfassende Ausstattung und technische Modernisierung des Katastrophenschutzes. So wurde der Bestand an Landeszweifahrzeugen von 278 im Jahr 2008 auf heute über 700 mehr als ver-

doppelt. Damit ist der hessische Katastrophenschutz so gut aufgestellt, wie nie zuvor.

Die AG KatS wurde im Jahr 2002 von den Vertretern der Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser Hilfsdienstes gegründet, um in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport als oberster Katastrophenschutzbehörde übergreifende strukturelle und strategische Lösungen zu entwickeln, um den Katastrophenschutz in seiner Gesamtheit zu stärken. Hessen ist eines der wenigen Bundesländer, in denen die an einer der zentralen Ausbildungsstätten erworbene Katastrophenschutz-Ausbildung von allen Organisationen anerkannt wird.



Hessische Hilfsorganisationen

Mehr als 420.000 Euro für die Ausbildung hessischer Katastrophenschutz Helfer

„Ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz hat für die Hessische Landesregierung höchste Priorität, weshalb wir unsere Hilfsorganisationen auch weiterhin finanziell erheblich unterstützen.“

Innenminister Peter Beuth

Innenminister Peter Beuth hat Mitte April den Landesverbänden der Hilfsorganisationen im hessischen Katastrophenschutz in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Katastrophenschutz (AG KatS) Zuwendungen in Höhe von 423.000 Euro für die Durchführung der

Landesausbildung im Katastrophenschutz gewährt. Die Mittel erhielten der Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hessen, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Landesverband Hessen, das Deutsche Rote Kreuz Landesverband Hessen, die Johanniter-Unfall-Hilfe Landesverband HERPSL und der Malteser Hilfsdienst.

Die AG KatS wurde im Jahr 2002 von den Vertretern der Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und



des Malteser Hilfsdienstes gegründet, um in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport als oberster Katastrophenschutzbehörde übergreifende strukturelle und strategische Lösungen zu entwickeln, um den Katastrophenschutz in seiner Gesamtheit zu stärken. Hessen ist eines der wenigen Bundesländer, in denen die an einer der zentralen Ausbildungsstätten erworbene Katastrophenschutz-Ausbildung von allen Organisationen anerkannt wird.

Deutscher Turner-Bund

„Seit 175 Jahren ein Teil des Sportlandes Hessen“

Staatssekretär Stefan Sauer hat Anfang April die Festveranstaltung des Deutschen Turner-Bundes (DTB) anlässlich seines 175-jährigen Bestehens in Frankfurt besucht, dem Dachverband zum Jubiläum gratuliert und die Bedeutung des Turnsports in Hessen hervorgehoben.

Der Deutsche Turner-Bund e.V. (DTB) ist der übergeordnete Dachverband des Turnsports in Deutschland und in der Otto-Fleck-Schneise in Frankfurt beheimatet. Mit rund 4,6 Millionen Mitgliedern in rund 18.600 Turnvereinen ist der DTB

der zweitgrößte Spitzenverband Deutschlands, unter dessen Dach 22 verschiedene Sportarten organisiert sind. Die Gründung des Verbands datiert auf den 3. April 1848, als der DTB in Hanau gegründet wurde. Der Verband ist nach regionaler Zugehörigkeit in insgesamt 22 Landesturnverbände aufgeteilt. Dem Dachverband gehört auch der Hessische Turnverband (HTV) an, der zweitgrößte Landesfachverband in Hessen. Aktuell sind mehr als 570.000 Turnerinnen und Turner Mitglied im Hessischen Turnverband.



„Dass allein der Hessische Turnverband im Jahr 2022 rund 20.000 Neumitglieder begrüßen konnte, belegt, dass der Turnsport gerade nach den herausfordernden Pandemiejahren weiterhin höchst attraktiv für Sportinteressierte ist.“

Staatssekretär Stefan Sauer





„ Mit dem Freiwilligen Polizeidienst können in Hessen bereits seit dem Jahr 2000 engagierte Bürgerinnen und Bürgern einen bürgerschaftlichen Beitrag zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls vor Ort leisten.

Staatssekretär Stefan Sauer

Freiwilliger Polizeidienst

Bürgerschaftlicher Beitrag für das Sicherheitsgefühl

Staatssekretär Stefan Sauer hat Ende April den Koordinationsvertrag mit der Stadt Alsfeld unterzeichnet, mit dem der Freiwillige Polizeidienst in der Kommune wiedereingeführt wird. Als zusätzliche Ansprechpartner zeigen die ehrenamtlichen Polizeihelferinnen und -helfer seitdem in der Öffentlichkeit Präsenz und vertiefen die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei zur Stärkung des Sicherheitsgefühls vor Ort. In Alsfeld werden vier freiwillige Polizeihelferinnen und -helfer unterwegs sein. Um den Einsatz vor Ort noch effektiver zu gestalten, wird seitens der Stadt Alsfeld die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) mit den Kommunen Schlitz und Bad Salzschlirf, die bereits beide über den Freiwilli-

gen Polizeidienst verfügen, angestrebt. Die Einrichtung des Freiwilligen Polizeidienstes in einer Kommune wird durch das Land Hessen im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) finanziell gefördert.

Das Land Hessen kommt für die Ausrüstung und Ausstattung der freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer auf. Die Ausbildung der Ehrenamtlichen Polizeihelferinnen und -helfer erfolgt in rund 50 Stunden und nach einem einheitlichen Plan durch die beteiligten Polizeibehörden. Gegenwärtig ist der Freiwillige Polizeidienst in rund 95 hessischen Städten und Gemeinden mit knapp 340 aktiven Helferinnen und Helfern eingerichtet. Der Einsatz der sorgfältig

ausgewählten Helferinnen und Helfer des Freiwilligen Polizeidienstes erfolgt durch die Polizei. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Freiwilligen Polizeidienst belegen, dass die Helferinnen und Helfer als kompetente Ansprechpartner geschätzt werden und dazu beitragen, die Sicherheitslage für die Bevölkerung wesentlich zu verbessern. Zu erkennen sind die freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer an der blauen Uniform und der Aufschrift „Freiwilliger Polizeidienst“ sowie einer blauen Kopfbedeckung.



” Mit der Trainingsstätte in Niederweimar investiert die Landesregierung in die praxisorientierte Aus- und Weiterbildung unserer Polizei- sowie insbesondere unserer Spezialeinheiten.

Staatsssekretär Stefan Sauer

Bereitschaftspolizei

Neue Trainingsstätte

Staatsssekretär Stefan Sauer hat Ende April eine neue Trainingsstätte für die Hessische Bereitschaftspolizei in Niederweimar feierlich eröffnet. Das rund 35.000 Quadratmeter große Gelände wurde zu Beginn des Jahres 2023 für rund 2,9 Millionen Euro durch das Land Hessen erworben und wird künftig unter Leitung des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums deren Einsatzeinheiten und den Spezialeinheiten der Polizei Hessen zur Verfügung stehen. Auch das Hauptzollamt Gießen sowie der Schützenverein SLG Niederweimar e. V. werden künftige Nutzer der Trainingsstätte sein.

Bereits in der Zeit zwischen 1960 und 1995 wurde die Trainingsstätte in Niederweimar als Schießstand der Bundeswehr genutzt. Auf dem Gelände befinden sich unter anderem ein 300m Außenschießstand, drei 25m Außenschießstände mit Unterständen sowie mehrere Gebäude, welche als weitere Trainingsstätten der Polizei genutzt werden können. Von besonderem Vorteil ist dabei vor allem der 300m Außenschießstand - dieser stellt die einzige Trainingsmöglichkeit dieser Größe in zentraler Lage des Landes Hessen dar. Künftig werden somit lange Anfahrtswege und damit verbundener hoher Zeitaufwand für die Beamtinnen und Beamte entfallen.

Bereitschaftspolizei

Das Bereitschaftspolizeipräsidium, mit seinen Organisationsbereichen, wie Einsatzeinheiten, Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, Technische Einsatzeinheit, Polizeireiterstaffel, zentrales Diensthundwesen, Polizeifliegerstaffel, Wasserschutzpolizeiabteilung, Koordinierungsstelle Verpflegung und Polizeiarztlicher Dienst, bietet als Zentralbehörde ein umfangreiches Unterstützungsrepertoire für die sieben Flächenpräsidien in Hessen. Die Unterstützung erfolgt im Schwerpunkt aus den vier Bereitschaftspolizeiabteilungen in Mainz-Kastel, Mühlheim, Kassel und Lich, sowohl bei polizeilichen Großeinsätzen (Versammlungs- und Veranstaltungslagen, Staatsbesuche, Großschadenslagen etc.) als auch im täglichen Dienstbetrieb (umfangreiche Brenn- und Schwerpunktkontrollen sowie Kriminalitätsbekämpfung).





Neue Polizeidienststelle in Wetzlar

Bedeutende Maßnahme für die Sicherheit in Wetzlar

Der offizielle Startschuss für den Neubau der Polizeidienststelle in Wetzlar wurde Ende April in Anwesenheit von Staatssekretär Stefan Sauer vorgenommen. Zusammen mit Bernd Paul, Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Mittelhessen und weiteren Beteiligten des Bauvorhabens legte Stefan Sauer dafür symbolisch den Grundstein. Der Einzug in die neue Polizeidienststelle in der Sportparkstraße im Gewerbegebiet „Spilburg“ ist für März 2025 geplant. Den Mitarbeitern der Polizeistation Wetzlar und der Regionalen Kriminalinspektion wird am neuen Dienstort eine Gesamtnutzfläche von rund 4.800 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Der Wachbereich wird modern und nach aktuellen Sicherheitsstandards realisiert. Für Bürgerinnen und Bürger mit körperlicher Einschränkung wird die neue Dienststelle barrierefrei erschlossen und ist somit uneingeschränkt erreichbar. Neben Parkplätzen für Dienstfahrzeuge sind auch Parkmöglichkeiten für Bedienstete und Besucher vorgesehen.

Mit der neuen Polizeidienststelle geht nicht nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einher. Die Gebäudetechnik wird auch einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emission

beitragen. Der Einsatz einer Photovoltaikanlage in Kombination mit Geothermie wird den Energiebedarf und damit die CO₂-Emission deutlich senken. Sogenannte Wallboxen, Ladestationen für Fahrzeuge mit E-Antrieb, werden zudem für die zukünftige E-Mobilität des polizeilichen Fuhrparks zur Verfügung stehen. Zur Grundsteinlegung wurde eine etwa 40 cm lange Zeitkapsel – eine handgefertigte Kupferhülle, mit aktueller Tageszeitung, Bauplänen vom Objekt, einigen Münzen sowie einer unterzeichneten Urkunde als Inhalt – in einen Grundstein mit der Jahreszahl 2023 vermauert.

” Der Neubau der Polizeidienststelle Wetzlar schafft neben mehr Platz vor allem auch hervorragende Arbeitsbedingungen. Zugleich wird die Polizeistation Wetzlar den Bürgerinnen und Bürger beim Besuch ihrer Polizei einen deutlich verbesserten Komfort bieten.

Staatssekretär Stefan Sauer

Katastrophenschutz

Hubschrauber-Großübung in Bad Wildungen

Eine große Hubschrauber-Einsatzübung des hessischen Brand- und Katastrophenschutzes, der Polizeifliegerstaffel aus Hessen und Rheinland-Pfalz, der Bundespolizei, der Bundeswehr und der DRF Luftrettung fand Ende April bei Bad Wildungen statt. Mehr als 250 Einsatzkräften, rund 100 Statisten und sechs Hubschrauber waren an der Großübung beteiligt. Im Beisein von Innenminister Peter Beuth zeigten insgesamt sechs Hubschrauber-Crews bei der angenommenen Rettung von Menschen aus einem Überschwemmungsgebiet aus der Höhe ihr Können. Bei der Übung in Bad Wildungen trainierten die unterschiedlichsten Einheiten gemeinsam für die Höhenrettung und erprobten das abgestimmte Zusammenwirken gleich mehrerer Windhubschrauber auf engstem Raum. Im Fokus der Übung standen damit insbesondere die Verbindungs- und Kommunikationswege aller Beteiligten im Einsatz.

An der Großübung nahmen zwei Polizei-Hubschrauber aus Hessen, ein Polizei-Hubschrauber aus Rheinland-Pfalz, ein Bundeswehr-Hubschrauber, ein Bundespolizei-Hubschrauber sowie ein DRF Rettungshubschrauber teil. Darüber hinaus wurden mehrere Fahrzeuge des Katastrophenschutzes eingesetzt, unter anderem ein Flugfeldtankwagen der Bundeswehr.

Die vermehrt auftretenden Extremwetterereignisse, die im Jahr 2021 bei den Unwetterkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen einen traurigen Höhepunkt erreichten, haben unterstrichen, dass auch weiterhin eine kritische Überprüfung der Kapazitäten sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig ist, um die Resilienz weiter zu erhöhen. Im Rahmen seiner originären Zuständigkeit wird das Land deshalb den Katastrophenschutz in Hessen weiter deutlich stärken und die Ausstattungsoffensive weiter fortführen.



„In solch einem Katastrophenszenario zählt jede Minute. Daher ist es umso wichtiger im Rahmen von wiederkehrenden Großübungen Verfahrensabläufe und Kommunikationswege abzustimmen. Wir vernetzen ganz bewusst die verschiedenen Katastrophenschutzeinheiten noch besser und wollen solche länderübergreifenden Übungen künftig häufiger durchführen.“

Innenminister Peter Beuth



„ Die Basis, dass Kinder und Jugendliche gerne zum Vereinssport kommen, sind moderne und bedarfsgerechte Sportstätten in unserem Land.

Sportminister Peter Beuth

Sportförderung

Attraktiver Verein mit toller Jugendarbeit

Sportminister Peter Beuth hat Ende April dem SV 1920 Heftrich im Rheingau-Taunus-Kreis einen Zuwendungsbescheid aus dem Landesprogramm „Sportland Hessen“ in Höhe von 50.000 Euro überreicht. Der Verein aus Idstein erhielt die Förderung für die Sanierung des vereinseigenen Kunstrasenplatzes. Der SV 1920 Heftrich wurde 1920 gegründet und hat rund 550 Mitglieder. Neben drei Tennisplätzen, der für Tischtennis genutzten Gemeindehalle und einem Vereinsheim hat der Verein für den Fußballsport eine Kunstrasenanlage, die „Schlabach-Arena“. Der Kunstrasen wird seit dem Jahr 2008 intensiv genutzt, wodurch die Halmlänge des Kunstrasens stark verkürzt ist. Dies führt zu einer schlechten Bespielbarkeit des Rasens und einem erhöhten Verletzungsrisiko. Durch den Austausch des Kunststoffrasenplatzes erhalten die rund 380 Mitglieder der Fußball-Abteilung wieder bedarfsgerechte und zeitgemäße Bedingungen für Wettkampf und Training.



Sportland Hessen

Für das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ stehen seit 2007 jährlich fünf Millionen Euro für die Sportstättenanierung, -modernisierung und -erweiterung zur Verfügung. Das Programm zielt insbesondere darauf ab, die vorhandene Sportstättenversorgung für den Breitensport durch notwendige Sanierungsmaßnahmen in ihrer Substanz zu erhalten und den sportartspezifischen Erfordernissen an eine zeitgerechte Sportstätte anzupassen.

KOMPASS

Vorbildlich um die Sicherheit der Bürger gekümmert

Als achtzehnte hessische Kommune hat Staatssekretär Stefan Sauer der Stadt Bad Wildungen Anfang Mai das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Die knapp 18.500 Einwohner große Stadt ist dem Programm des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im Februar 2020 beigetreten und hat seitdem zielgerichtet und engagiert Maßnahmen für ein besseres Sicherheitsgefühl umgesetzt.

Eine durch die Justus-Liebig-Universität Gießen im Rahmen der Bestandsaufnahme begleitete Bürgerbefragung hat ergeben, dass u. a. die Aspekte nächtliches Sicherheitsgefühl an öffentlichen Orten, Kriminalität, Verkehr, sowie alternative Aufenthaltsorte für Jugendliche genannt wurden. Nach Feststellung der Problembe- reiche und „Angstorte“ wurde ein umfassender Maßnahmenka-

talog erarbeitet, um die erkannten Sicherheitsbedarfe zu decken. Entwickelte bzw. umgesetzte KOMPASS-Maßnahmen sind u. a. die Aufnahme der Altstadt in das Förderprogramm „Lebendige Zentren“ mit dem Ziel der Neugestaltung einzelner Bereiche insbesondere im Hinblick auf Beleuchtung, Übersichtlichkeit und leichte Orientierbarkeit sowie die Planung von gestalterischen und baulichen Änderungen zur Beseitigung und Vermeidung von „Angsträumen“. Damit einhergehend sollen das „Therapeutikum“ und das „Badehauses“ zur Beseitigung von sogenannten „Lost Places“ und damit verbundener Erhöhung der Sozialraumkontrolle abgerissen werden. Zusätzlich wurde ein Freiwilliger Polizeidienst mit aktuell drei Polizeihelferinnen und Polizeihelfern eingerichtet sowie eine Schutzfrau vor Ort beauftragt.

„ Die Stadt Bad Wildungen hat sich vorbildlich um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger gekümmert und mit großem Engagement alle notwendigen Schritte im KOMPASS-Prozess durchlaufen sowie die lokalen Sicherheitsbedarfe auf allen Ebenen umfassend und nachvollziehbar erhoben.

Staatssekretär Stefan Sauer





„ Eschborn hat eine ganze Reihe von Maßnahmen für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt. Ich gratuliere der Stadt sehr herzlich zu diesem Erfolg und der damit verbundenen KOMPASS-Siegelverleihung.

Staatssekretär Stefan Sauer

Maßnahmen für noch höhere Sicherheit

Als neunzehnter hessischer Kommune hat Staatssekretär Stefan Sauer der Stadt Eschborn Mitte Mai das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Die rund 21.600 Einwohner große Stadt ist dem Programm des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im September 2018 beigetreten und hat seitdem zielgerichtet und sehr engagiert Maßnahmen für ein besseres Sicherheitsgefühl umgesetzt.

Eine Bürgerbefragung hat ergeben, dass das Bestehen von Angstorten (u. a. die Aspekte Beleuchtung und Einsehbarkeit sowie Verhalten von Jugendlichen) als dringlichstes Problem wahrgenommen wurde. Weitere häufig vorkommende Nennungen wichtig waren eine fahrradfreundli-

chere Gestaltung des Verkehrs und eine höhere Präsenz uniformierter Kräfte. Hierfür wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen wie die Aufstockung der Stadtpolizei um zwei auf insgesamt zehn Stellen sowie der Einsatz eines Schutzmannes vor Ort. Weitere Maßnahmen sind die Installation von 18 neuen Fahrradboxen und Fahrradständern und Verkehrsspiegeln an schlecht einsehbaren Stellen im Stadtgebiet, die Teileinrichtung von Abstellanlagen für Fahrräder an allen drei Bahnhöfen sowie die Planung und Einrichtung von neuen Fuß- und Radwegen mit LED-Beleuchtung. Die Personalstellen für Kinder- und Jugendarbeit sowie die Angebote für Kinder und Jugendliche (bspw. Neubau eines Kinder- und Jugendhauses) wurden ausgebaut.



Landessportbund Hessen

„ Dem Landessportbund und allen Verantwortlichen, die sich für einen attraktiven Sport in Hessen einsetzen, möchte ich auch im Namen der Hessischen Landesregierung sehr herzlich danken. Die erfreuliche Mitgliederentwicklung nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie zeigt, dass ein gemeinsamer Einsatz sich auszahlt und die Corona-Hilfen der Hessischen Landesregierung für die Sportvereine hilfreich waren.

Sportminister Peter Beuth

Gemeinsamer Einsatz zahlt sich aus

Sportminister Peter Beuth hat Mitte Mai die Hauptausschusssitzung des Landessportbundes Hessen besucht und in seinem Grußwort einen Überblick über die aktuellen Themen des organisierten Sportes gegeben. Dabei dankte er den anwesenden Verantwortlichen für ihr außergewöhnliches Wirken für den Sport in Hessen. Darüber hinaus übergab der Minister einen Förderbescheid zur Unterstützung des Präventionssportes in hessischen Sportvereinen in Höhe von 80.000 Euro aus dem Programm „Mehr Prävention für unser SPORTLAND HESSEN“.

Mit Blick auf die Mitgliederentwicklung wies Sportminister Peter Beuth darauf hin, einzelne Zielgruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. So müsse der Sport für Menschen mit Behinderung weiter verstärkt in den Blick genommen werden, damit dieser seine integrative Wirkung im Alltag aller Menschen entfalten könne. Dabei unterstrich der Sportminister auch den Beitrag des Landessportbundes Hessen sowie zahlreicher hessischer „Host Towns“ für die Special Olympics World Games, die im Juni 2023 in Berlin stattfinden. Über die „Host Towns“ werden von Baunatal bis Wies-

baden, von Hersfeld bis Kelkheim rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus vier Kontinenten in 19 hessischen Kommunen zu Gast sein. Das Hessische Sozialministerium und das Hessische Innenministerium stellen für die Unterstützung der 19 Gastgeberkommunen hierzulande jeweils 10.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 zur Verfügung.

Special Olympics

Gesellschaftliche Teilhabe fördern

Ministerpräsident Boris Rhein hat Mitte Mai bei der Verabschiedung hessischer Sportlerinnen und Sportler zu den Special Olympics Weltspielen nach Berlin für mehr Inklusion in der Gesellschaft geworben und dabei die große Bedeutung des Sports hervorgehoben. Der Regierungschef nahm dort gemeinsam mit Innen- und Sportminister Peter Beuth die hessischen Sportlerinnen und Sportler in Empfang und wünschte ihnen viel Erfolg. Die Special Olympics World Games fanden vom 17. bis 25. Juni 2023 statt. Insgesamt 13 Athletinnen und Athleten, drei Unified-Partner (Sportler und Sportlerinnen ohne Behinderung) sowie sechs Trainer aus Hessen waren für die Wettkämpfe nominiert.

Etwa 7.000 Athletinnen und Athleten aller Nationen haben sich in Berlin gemessen. Das „Host-Town-Program“ ist dabei ein fester Bestandteil der Philosophie von Special Olympics International. Dabei werden ausländische Delegationen vier Tage vor Beginn der eigentlichen Weltspiele im Gastgeberland empfangen und in den Kommunen betreut. In Hessen haben sich 19 Kommunen als „Host Towns“ für insgesamt 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt.

Das Hessische Innenministerium und das Hessische Sozialministerium stellten für die Förderung der Gastgeberkommunen je 10.000 Euro für 2022 und 2023 zur Verfügung.



„ Sport spielt eine entscheidende Rolle dabei, gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, Vorurteile abzubauen und die Gemeinschaft zu stärken. Ich bin sehr stolz darauf, dass Hessen bei den Spielen in Berlin so stark vertreten war.“

Boris Rhein



Special Olympics

Von der Inklusionsbewegung langfristig profitieren

Innenminister Peter Beuth hat Mitte Juni das Inklusionsfest der vier Host Towns aus dem Idsteiner Land (Idstein, Niedernhausen, Hünstetten und Waldems) besucht und vor Ort die Bedeutung von inklusivem Sport zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe hervorgehoben. Die Special Olympics World Games sind die weltweit größte inklusive Sportveranstaltung. Rund 7.000 Athletinnen und Athleten mit geistiger und mehrfacher Behinderung treten mit „Unified Partnern“, Menschen ohne geistige Behinderung, in 26 Sportarten an. Im Rahmen des sogenannten Host Town-Programms der Special Olympics Weltspiele sind rund 190 Delegationen aus aller Welt vor Beginn der eigentlichen Wettkämpfe vier Tage im ganzen Bundesgebiet in Kommunen zu Gast. In Hessen gibt es 19 Gastgeberkommunen, die auf Grundlage von Konzepten für inklusive Projekte ausgewählt wurden. Ziel ist es, auch nachhaltig die

inkluisiven Strukturen in den Kommunen zu stärken und langfristig mehr Teilhabe vor Ort zu ermöglichen. In Frankfurt ist die größte Delegation mit rund 300 Inderinnen und Indern unter dem Namen „Special Olympics Bharat“ zu Gast.

Zur Unterstützung der Weltspiele für jede der 19 hessischen Gastgeberkommunen und für die Förderung der Nachhaltigkeit der Projekte jeweils 10.000 Euro für 2022 und 2023 seitens der Hessischen Landesregierung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus fördert das Hessische Innenministerium von Mitte 2021 bis Mitte 2024 eine Projektstelle zur Betreuung der Kommunen, die bei Special Olympics Deutschland in Hessen e. V. angesiedelt ist, um eine nachhaltige Betreuung der Kommunen auch über die Weltspiele hinaus zu gewährleisten.

Förderung des Sportes von Menschen mit Behinderungen und Inklusion im Sport

In Hessen hat die Unterstützung des Sportes für Menschen mit Behinderungen und von Inklusion im Sport Priorität. Eigens hierfür wurde 2015 in der Sportabteilung des Hessischen Innenministeriums ein Referat eingerichtet. Das Hessische Innenministerium unterstützt neben den mit Behindertensport und Inklusion betrauten Sportverbänden auch Sportfachverbände, Sportkreise, Kommunen und Vereine bei der Umsetzung von inklusiven Sportprojekten in unterschiedlicher Art und Weise. Seit 2014 wurde die Fördersumme für diesen Bereich von 390.000 Euro im Jahr 2014 auf rund 910.000 Euro im Jahr 2022 stetig erhöht. Für 2023 stehen 1,1 Millionen Euro zur Förderung zur Verfügung.



” Für die Hessische Landesregierung ist Inklusion im Sport eine Herzensangelegenheit.

Sportminister Peter Beuth



Cybersicherheitsgipfel 2023

Gemeinsam die Resilienz erhöhen

Innenminister Peter Beuth hat bei der Eröffnung des Cybersicherheitsgipfels in Wiesbaden die Bedeutung des Themas Cybersicherheit für die Innere Sicherheit und die Verwaltungen von Land und Kommunen betont und dabei an die Eigenverantwortung aller Akteure appelliert. Der Hessische Innenminister sprach sich auf der Veranstaltung erneut gegen eine Grundgesetzänderung zur Zentralisierung der Cybersicherheit aus und forderte stattdessen eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund, um mehr Synergien im bestehenden Rechtsrahmen erzielen zu können.

Unter dem Motto „Cybersicherheit gemeinsam stärken“ versammelte die Veranstaltung Vertreterinnen und Vertreter aus der Verwaltung von Land und Kommunen, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Das Veranstaltungspro-

gramm mit renommierten Expertinnen und Experten umfasste Impulsvorträge, Diskussionsrunden, praxisnahe Fachforen und ein Planspiel. Zielsetzung der Veranstaltung, die 2023 bereits zum sechsten Mal stattfand, ist die Sensibilisierung für neue Trends, Wissensvermittlung, der Austausch unter den verschiedenen Akteuren und deren Vernetzung. Hessen hatte im Dezember 2022 als drittes Land mit dem BSI eine Kooperationsvereinbarung getroffen, die unter anderem eine Zusammenarbeit in den Feldern Cyber-Sicherheitsinformationen und -Warnungen, der Zusammenarbeit bei Fortbildungen, der Fortentwicklung von BSI-Standards und dem IT-Krisenmanagement vorsieht. Mit Baden-Württemberg hat Hessen im Bereich Cybersicherheit 2021 ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.



„*Unsere Vision ist es, gemeinsam mit Kommunen, kleinen und mittleren Unternehmen, kritischen Infrastrukturen sowie Bürgerinnen und Bürgern ein höchstmögliches Niveau an Informationssicherheit zu erreichen.*

Innenminister Peter Beuth

Sport in Hessen

Zeichen setzen für Vereinsport

Sportminister Peter Beuth und das Hessische Innenministerium unterstützten Mitte Juni den ersten bundesweiten Trikottag, mit dem der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und der Landessportbund Hessen sowie weitere Landessportbünde ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Sportvereine gesetzt haben. Hierfür sind Sportvereinsmitglieder in ganz Deutschland dazu aufgerufen, am 14. Juni 2023 das Trikot ihres Vereins zu tragen und damit ihre Verbundenheit mit ihrem Verein zu zeigen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hessischen Innenministeriums wurden ebenfalls dazu aufgerufen, das Trikot ihres Sportvereines zu tragen. Zusätzlich bestand für die Bediensteten des Hauses die Möglichkeit, sich mit Ihrem Lieblingstrikot ablichten zu lassen, um auch in Sozialen Medien unter den Hashtags #Trikottag und #TrikottagHessen noch mehr Menschen auf den Vereinsport aufmerksam zu machen. Die Sportlerinnen und Sportler der Sportfördergruppe der hessischen Polizei und der Sportfördergruppe Verwaltung beteiligten sich ebenfalls an der Fotoaktion des Hessischen Innenministeriums.



” Mit der Teilnahme am Trikottag sagen wir unseren hessischen Sportvereinen danke und setzen ein sichtbares Zeichen für den Vereinsport.

Sportminister Peter Beuth



” Mit dem Dr. Horst Schmidt-Stipendium unterstützen wir alljährlich ehrenamtliches Engagement von jungen Menschen, die sich im Sportbereich mit großem Einsatz und tollen Ideen besonders herausragend engagieren.

Sportminister Peter Beuth

Dr. Horst-Schmidt-Stipendium

Bereits in jungen Jahren Verantwortung übernehmen

Sportminister Peter Beuth hat Mitte Juni Svenja Kaiser (TSV Sachsenhausen), Laura Kipp (SV Germania 1920 Ockstadt), Jasmin Koser (ASC Darmstadt), Luca Schmidt (SG Egelsbach) und Hannah Wintershoff (Hessischer Skiverband) das Dr. Horst Schmidt-Jugend-sport-Stipendium verliehen. Die Sportstipendien sind mit jeweils 2.000 Euro dotiert und gehen an junge Ehrenamtliche, die noch im Studium oder in der Ausbildung sind und sich über ihren Sportverein für das Allgemeinwohl einsetzen.

Das Dr. Horst Schmidt-Jugendstipendium erinnert an den ehemaligen Hessischen Sozialminister Dr. Horst Schmidt, der von 1969 bis zu seinem tragischen Unfalltod im Oktober 1976 dem hessischen Kabinett angehörte. Das Stipendium hat einen festen Platz in der Sportförderpolitik der Hessischen Landesregierung und ist Teil einer Anerkennungskultur für ehrenamtlich aktive junge Frauen und Männer.





Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“

Familienfreundlichkeit und Flexibilität garantiert

Innenminister Peter Beuth hat Ende Juni in Wiesbaden das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ und das Gütesiegel „Familienfreundliche Hochschule Land Hessen“ verliehen. Insgesamt 38 Ministerien, Dienststellen, Hochschulen und Verwaltungen aus Land und Kommunen hatten sich um das Gütesiegel beworben und den Zertifizierungsprozess im vergangenen Jahr erfolgreich durchlaufen.

Bereits 2011 hat die Landesregierung das Bestreben um ein Mehr an Familienfreundlichkeit konsequent fortgesetzt und entschieden, ein landeseigenes Gütesiegel zu entwickeln. Im Rahmen des Gütesiegelprozesses können alle Landesdienststellen und Kommunen ihre Familienfreundlichkeit und Flexibilität unter Beweis stellen. Das Gütesiegel Familienfreundlicher Arbeitgeber bzw. Hochschule für teilnehmende Hochschulen

wird seit 2014 jährlich verliehen und erfreut sich großer Nachfrage. Seitdem wurden in Hessen in über 450 Workshops insgesamt 175 Dienststellen, Kommunen oder Hochschulen erstmals oder erneut ausgezeichnet.

„Bereits das zehnte Mal zeichnet das Land Hessen Dienststellen und Hochschulen mit dem Gütesiegel ‚Familienfreundlicher Arbeitgeber‘ aus, um im Wettbewerb um die besten Köpfe weiterhin attraktiv zu bleiben.“

Innenminister Peter Beuth

Tag des Bevölkerungsschutzes

Neues Bewusstsein für angemessene Krisenvorsorge

Innenminister Peter Beuth hat Mitte Juni den „Tag des Bevölkerungsschutzes“ auf dem Schlossplatz in Wiesbaden besucht, den Einsatzkräften für die Ausrichtung der Veranstaltung gedankt und vor Ort die Bedeutung eines starken Bevölkerungsschutzes hervorgehoben. Neben der Vermittlung von Basis-Informationen zum Bevölkerungsschutz wurde den Bürgerinnen und Bürgern auch weitergehende Informationen zu den Themen „Katastrophenschutz“ und „Warnung der Bevölkerung“ nahegebracht. Dazu waren externe Partner wie z.B. der Landesfeuerwehrverband Hessen, die Feuerwehr Wiesbaden oder die im Katastrophenschutz engagierten Hilfsorganisationen den ganzen Tag in Wiesbaden vor Ort. Neben den zahlreichen Informationsangeboten standen ausgewählte Einsatzfahrzeuge des Hessischen Katastrophenschutzes als Anschauungsobjekte bereit. Weiterhin gab es einzelne Stationen mit Mitmach-Angeboten, die Einblicke in die Aufgabe einzelner Katastrophenschutz-Einheiten, wie bspw. das Füllen eines Sandsacks, erlebbar machten.

Am Bevölkerungsschutztag beteiligen sich auch verschiedene untere Katastrophenschutzbehörden außerhalb der Landeshauptstadt. Im Wetteraukreis und im Landkreis Groß-Gerau werden die Bürgerinnen und Bürger vor Ort an Informationsständen für die besondere Bedeutung der Krisenvorsorge sensibilisiert. Seit 2008 hat das Land im Rahmen einer Ausstattungsoffensive mehr als 75 Millionen Euro in den Katastrophenschutz investiert. Damit konnte die Zahl der Landesfahrzeuge von 278 auf über 700 mehr als verdoppelt werden. Die hessischen Helferinnen und Helfer verfügen nunmehr über die umfangreichste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes, der damit bundesweit eine Spitzenposition einnimmt.

Hintergrund: Bevölkerungsschutz

Der „Bevölkerungsschutz“ beschreibt als Oberbegriff alle Aufgaben und Maßnahmen der Kommunen und der **Länder im Katastrophenschutz** sowie des **Bundes im Zivilschutz**. Der Bevölkerungsschutz umfasst somit alle nicht-polizeilichen und nicht-militärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor Katastrophen und anderen schweren Notlagen sowie vor den Auswirkungen von Kriegen und bewaffneten Konflikten. Der Bevölkerungsschutz umfasst auch Maßnahmen zur Vermeidung, Begrenzung und Bewältigung der genannten Ereignisse.

Der Zivilschutz ist Aufgabe des Bundes. Dies ist in § 1 ZSKG sowie Artikel 73 des Grundgesetzes geregelt. Damit soll die Zivilbevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren geschützt werden. Für die Durchführung der Maßnahmen im Zivilschutz arbeitet der Bund mit den

Ländern eng zusammen. Der Bund greift auf die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Länder zurück. Hierfür werden die Länder ergänzend ausgestattet und ausgebildet. Davon profitieren auch die Länder: Sie können diese Ressourcen in Friedenszeiten in die alltägliche Gefahrenabwehr integrieren. Länder und Kommunen können bei Katastrophen von nationaler Tragweite das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Technische Hilfswerk (THW), die Bundespolizei und die Bundeswehr zur Unterstützung anfordern. Der Katastrophenschutz in Friedenszeiten ist Aufgabe der Länder und umfasst die Gefahrenabwehr bei Katastrophen. Im Katastrophenfall sind Innenministerien der Länder als oberste Katastrophenschutzbehörden zuständig. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind die unteren Katastrophenschutzbehörden.





„ Angesichts der jüngsten Naturkatastrophen und nicht zuletzt des Kriegs in der Ukraine müssen wir als gesamte Gesellschaft ein neues Bewusstsein für eine angemessene Krisenvorsorge entwickeln. Damit Krisenbewältigung gesamtgesellschaftlich funktioniert, ist das persönliche Engagement der Bürger wichtig. Der ‚Tag des Bevölkerungsschutzes‘ soll hierfür einmal mehr sensibilisieren.

Innenminister Peter Beuth



Podiumsdiskussion „Europäischer Katastrophenschutz“

Anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Thema „Herausforderungen für den europäischen Katastrophenschutz - Wie gelingt das Miteinander von Solidarität und Susidiarität?“ in der hessischen Landesvertretung in Brüssel hat sich Innenminister Peter Beuth kritisch zum weiteren Ausbau EU-eigener Kapazitäten im Katastrophenschutz geäußert. Im Rahmen von rescEU baut die Europäische Union derzeit sukzessive einen europäischen Katastrophenschutz-Pool (sogenannte „RescEU-Reserve“) auf, die im Katastrophenfall innerhalb der Europäischen Union die nationalen Kapazitäten ergänzen soll. Auf der Abendveranstaltung erinnerte der Minister die Bundesregierung erneut an die Forderung der Länder, mehr Geld in den in den Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen und Krisen zu investieren.



Ehrenamtsförderung

Regionale Ehrenamtsmesse in Fulda

Innenminister Peter Beuth hat Ende Juni die Ehrenamtsmesse der „Landesoffensive Nachwuchsgewinnung Brand- und Katastrophenschutz“ in Künzell (Landkreis Fulda) eröffnet und für die Leistungen und Unterstützungsangebote des Landes in der Ehrenamtsförderung geworben. Mit der Landesoffensive hat das Land ein Beratungsprogramm geschaffen, mit dem bereits bestehende Maßnahmen und Projekte der Ehrenamtsförderung für den Brand- und Katastrophenschutz gebündelt und noch zielgerichteter in den hessischen Kommunen bekannt gemacht werden sollen.

Unter der Dachmarke „Landesoffensive Nachwuchsgewinnung Brand- und Katastrophenschutz“ werden bereits seit Ende 2022 die Angebote und Maßnahmen der Hessischen Landesregierung zur Nachwuchsgewinnung im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes in den Landkreisen unmittelbar in die Städte und Gemeinden getragen. Die Ehrenamtsmesse in Fulda ist hessenweit die fünfte Veranstaltung dieser Art. Die nächste Veranstaltung findet am 26. September in Schauenburg (Landkreis Kassel) für die nordhessischen Kommunen statt. Im Gemeindezentrum Künzell konnten sich alle interessierten Kommunen gemeinsam mit Verantwortlichen aus dem Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes direkt vor Ort über die Angebote des Landes sowie weiterer externer Partner wie dem Landesfeuerwehrverband oder der hessischen Hilfsorganisationen informieren.

In den letzten Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Maßnahmen zur Ehrenamtsförderung im Brand- und Katastrophenschutz umgesetzt. Hierzu gehören Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt, das Nachwuchsförderungsprojekt „Mehr Feuerwehr in die Schule“ sowie das Brandschutzerziehungskonzept, in dessen Rahmen das Land aktuell 27 weitere Gerätewagen Brandschutzerziehung – sogenannte „Brandschutzerziehungsmobile“ – beschafft und den interessierten hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Städten mit Sonderstatus kostenfrei für die Nutzung vor Ort zur Verfügung stellt. Die Beschaffungsaktion hat einen Gesamtwert von rund 2,4 Millionen Euro. Zusätzlich zu dieser einmaligen Sonderbeschaffung investiert das Land jährlich rund 3,2 Millionen Euro in die Ehrenamtsförderung. Allein knapp 2,4 Millionen Euro fließen dabei in die Auszahlung der Anerkennungsprämie für langjährige Einsatzkräfte.



„Die Hessische Landesregierung hat durch die konsequente Förderung und Stärkung des Ehrenamts ein stabiles und zukunftsfähiges Fundament für den Brand- und Katastrophenschutz von morgen geschaffen, auf dem die Kommunen aufsetzen können.“

Innenminister Peter Beuth





Vereidigung auf dem Hessentag

Mit vollem Herzen für die hessische Polizei

” Mit der Entscheidung ist eine große Verantwortung verbunden für die Freiheit und Sicherheit der Menschen in unserem Land und die Einhaltung der Werte und Normen unseres Rechtsstaats. Ich danke allen angehenden Polizistinnen und Polizisten herzlich für ihr Engagement und wünsche ihnen viel Erfolg bei ihren künftigen Aufgaben

Ministerpräsident Boris Rhein.

” Wir wissen, wie unverzichtbar gute Polizistinnen und Polizisten für unser Land und damit für uns alle sind. Die Menschen haben großes Vertrauen in die Arbeit der Polizei, dass sie durch ihren Einsatz und ihren Erfolg für die Sicherheit täglich rechtfertigen müssen. Dies ist eine besondere Herausforderung, für die ich viel Erfolg wünsche.

Hessens Innenminister Peter Beuth



Am Tag der Polizei hat Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Ministerpräsident Boris Rhein und Staatssekretär Stefan Sauer rund 900 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt. Der Amtseid markiert für jede Polizeibeamtin und für jeden Polizeibeamten einen Meilenstein in der eigenen Laufbahn. Mit dem Schwur auf das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Hessen bekennen sich die Anwärterinnen und Anwärter zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und stellen ihr berufliches, aber auch ihr privates Wirken ganz in das Zeichen der Gesellschaft.



Alle auf dem Tag der Polizei in Pfungstadt Vereidigten sind im Alter von 18 bis 35 Jahren, fast die Hälfte von ihnen sind Frauen. Rund 20 Prozent der Anwärtinnen und Anwärter haben einen Migrationshintergrund, etwa ein Drittel stammt aus anderen Bundesländern. Sieben gehören der Sportfördergruppe an. Im Anschluss an die Vereidigungszeremonie fand für die Anwärtinnen und Anwärter, ihre Familien sowie alle interessierten hessischen Bürgerinnen und Bürger der „Tag der Polizei“ statt: Von der Fahrzeugschau über die Präventionsmeile mit nützlichen Hilfestellungen für die Bürgerinnen und Bürger bis hin zu spannenden Vorfürungen des SEK, der Diensthunde oder des Polizeihubschraubers – das vielfältige Programm bot für Jung und Alt spannende Einblicke in die Arbeit der hessischen Polizei.



Ehrungen

Herausragendes Engagement für unsere Gesellschaft

Rosel Schleicher

**Mit voller Tatkraft
für den Sport**

Rosel Schleicher aus Ranstadt engagierte sich zunächst von 2001 bis 2011 ehrenamtlich in der Kommunalpolitik ihrer Gemeinde. Hier setzte sie sich nachhaltig für den Aufbau einer Sportförderung in der Gemeinde ein und entwickelte einen Sportförderplan, der später auch als Modell für umliegende Gemeinden diente. Der Schwerpunkt ihres ehrenamtlichen Engagements liegt auch insgesamt im sportlichen Bereich und begann in ihrem Heimatverein, dem TV Jahn 1909 Dauernheim, welchem sie bereits seit 1955 als Mitglied angehört. Im Jahr 2003 wurde sie als landesweit erste Frau zur Vorsitzenden eines Turngaus (Wetterau-Vogelsberg) gewählt. Für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten wurde Rosel Schleicher mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen und der Verdienstnadel des Landessportbundes Hessen im Jahr 2006 geehrt.



Anton Gözl

**Auf verschiedensten
Ebenen für Heppenheim
engagiert**

Anton Gözl wurde für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement im Kreis Bergstraße ausgezeichnet. Er war von 2001 bis 2013 Stadtverordneter der Stadt Heppenheim und 20 Jahre lang von 2001 bis 2021 Ortsvorsteher des Stadtteils Sonderbach. Dabei zeigte sich sein Interesse und Einsatz für zahlreiche Themengebiete, denn er war in seiner Zeit als Stadtverordneter Mitglied im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und von 2001 bis 2004 in der Betriebskommission Stadtwerke. Darüber hinaus engagiert sich Anton Gözl seit 1975 für den Malteser Hilfsverein e. V. Heppenheim und ließ sich dort zum Ausbilder und Sanitäter schulen. Zudem war er von 1974 bis 1980 als 1. Vorsitzender des TV Sonderbach aktiv und war in der katholischen Kirchengemeinde St Bartholomäus von 2000 bis 2015 Mitglied des Verwaltungsrates und ist seit 1997 bis heute als Kommunionhelfer engagiert. Im Jahr 2014 wurde ihm der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.



Rudolf Keller

**Bewundernswerter
Einsatz bei der
DLRG**

Rudolf Keller wurde für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement im Kreis Bergstraße ausgezeichnet. Er trat bereits 1973 der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Ortsgruppe Lampertheim e. V. bei und hatte von 1987 bis 1999 das Amt des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe inne. Seit dieser Zeit ist er fast durchgängig in der Schwimm- und Rettungsschwimmbildung für die Bürger Lampertheims im Schwimmbad aktiv. Seit 1977 engagiert sich Rudolf Keller darüber hinaus im Kreisverband Bergstraße der DLRG, dessen Leitung er von 2007 bis 2013 übernahm. Des Weiteren war er von 2012 bis 2021 Vizepräsidenten des DLRG Landesverband Hessen. Rudolf Keller wurde mit der Ehrennadel des Kreises Bergstraße „Für Verdienste um das Vereinsleben“ im Jahr 2012 ausgezeichnet. Der Ehrenbrief des Landes Hessen wurde Rudolf Keller 2017 verliehen.

Interkommunale Zusammenarbeit

IT-Kooperation in den Kommunen

Innenminister Peter Beuth hat Anfang April die Stadt Eltville besucht und dem Bürgermeister der Stadt Patrick Kunkel einen Bescheid in Höhe von 100.000 Euro zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung übergeben. Die Zuwendung dient der Kooperation der Städte Eltville am Rhein, Geisenheim, Lorch, Rüdesheim am Rhein und Oestrich-Winkel sowie der Gemeinden Kiedrich, Schlangenbad und Walluf.

Im September 2022 haben die Städte Eltville am Rhein, Geisenheim, Lorch, Rüdesheim am Rhein und Oestrich-Winkel sowie die Gemeinden Kiedrich, Schlangenbad und Walluf eine Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung geschlossen. Die Bildung des Kooperati-

onsverbundes hat den Zweck, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gemeinsam voranzutreiben. Die Stadt Eltville übernimmt die Umsetzung, wird also bei spielsweise zukünftig die Prozesse für die beteiligten Kommunen aufsetzen, anpassen, überprüfen und anschließend auf den Homepages einbinden. Die Stadt Eltville hat durch die bereits Ende 2020 gestartete Einführung der Prozessplattform civento einige Erfahrungen sammeln können, welche von den restlichen Kommunen genutzt werden können. Die Kosten werden von allen Kommunen gleichmäßig getragen. Durch die gemeinsame Aufgabenerledigung wird eine Einsparung im Personalkostenbereich von rund 200.000 Euro im Jahr prognostiziert, was einer Einsparquote von mehr als 40 Prozent entspricht. Diese Geldmittel stehen somit für andere Aufgaben der Kommunen zur Verfügung.

” Durch die Interkommunale Zusammenarbeit können sich Kommunen in einer Kooperation zusammenschließen, um für die Erledigung von Aufgaben gemeinsam geeignete IT-Fachkräfte zu rekrutieren und zu finanzieren.

Innenminister Peter Beuth

Interkommunale Zusammenarbeit in Hessen

Im Jahr 2004 wurde die erste „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit“ in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufen. Die Hessische Landesregierung hat seitdem das Förderprogramm deutlich erweitert.

Seit 2008, der ersten Anpassung des Förderprogramms, konnten über 470 Bewilligungen mit einer Gesamtsumme von mehr als 32 Millionen Euro bei einer Beteiligung von über 400 (nur Einfachzählung jeder Kommune) bzw. über 2.200 Kommunen (Mehrfachzählung = Kommunen mit mehreren IKZ-Projekten) ausgesprochen werden.





„ Unser gemeinsames Ziel ist die größtmögliche Sicherheit der Hessinnen und Hessen, damit diese bei größeren Festen und Veranstaltungen sicher zusammenkommen und gemeinsam feiern können.

Innenminister Peter Beuth

Gemeinsam Sicher in Hessen

Fachkongress „Gemeinsam Sicher bei Veranstaltungen“

Bei der Planung und Ausgestaltung öffentlicher Großveranstaltungen in Hessen steht für Kommunen, Veranstalter und Polizei der gemeinsame Sicherheitsgedanke stets im Vordergrund. Mit dem Präventionsangebot „Gemeinsam Sicher bei Veranstaltungen“ intensiviert die hessische Polizei ihre Beratungs- und Unterstützungsleistungen und stellte diese im Juli im Rahmen eines Fachkongresses vor. Innenminister Peter Beuth lud gemeinsam mit der hessischen Polizei ins Innenministerium ein, um die Vernetzung der verschiedenen Akteure im Zeichen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

weiter voranzutreiben. Im Rahmen von Expertenvorträgen, einer Podiumsdiskussion sowie Vernetzungsformaten tauschten sich die mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Hessen über Herausforderungen, Perspektiven und Lösungswege zur Gewährleistung der Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen aus.

Orientiert an dem Leitgedanken „Gemeinsam Sicher in Hessen“ hat die hessische Polizei unterschiedliche Präventionsoffensiven zu bestimmten Themenbereichen und für verschiedene Zielgruppen entwickelt

und hebt die Prävention damit auf eine neue Stufe – ganz im Sinne der maximalen Bürgernähe. Insgesamt bündelt die hessische Polizei ihre Präventionsarbeit so unter sieben verschiedenen Schwerpunkt-Themen, die sich im engen Austausch mit der Zielgruppe und den jeweiligen Präventionspartnern weiterentwickeln sollen. Das Angebot „Gemeinsam Sicher bei Veranstaltungen“ richtet sich insbesondere an die Kommunen und möchte diese bei der sicheren Planung und Ausgestaltung öffentlicher Veranstaltungen unterstützen. Mit „Gemeinsam Sicher für Kinder und Jugendliche“ und „Gemeinsam Sicher im Alter“ gestaltet die hessische Polizei Prävention für alle Altersgruppen und setzt im Rahmen dessen verschiedene Schwerpunkte für die schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Doch Prävention ist nicht nur eine Frage des Alters, weswegen sich die Angebote „Gemeinsam Sicher im Straßenverkehr“, „Gemeinsam Sicher im Internet“ und „Gemeinsam Sicher vor Diebstahl und Einbruch“ auch an alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen richten. Mit „Gemeinsam Sicher, Gemeinsam Demokratisch“ soll, ebenfalls über alle Lebensbereiche hinweg, das demokratische Miteinander gestärkt werden – eine Aufgabe, derer sich insbesondere das im Hessischen Innenministerium ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) verschrieben hat.





Marburger Briefermittlungszentrum

Kampf gegen illegale Postsendungen

Innenminister Peter Beuth und Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck haben Anfang Juli das Briefermittlungszentrum (BEZ) der Deutschen Post AG besucht und sich vor Ort gemeinsam über die wichtige Arbeit der PEP informiert. Bis zu 160 vorgescannte Briefsendungen pro Tag werden von den Ermittlerinnen und Ermittlern der hessischen Einheit Polizeiliche Ermittlungen Postversand (PEP) in Marburg auf ihren Inhalt geprüft, um Hinweise auf Absender oder Empfänger zu finden. Seit 2022 haben die 22 Ermittlerinnen und Ermittler gemeinsam mit einer Task Force der Staatsanwaltschaft Marburg mehr als 36.000 Vorgänge registriert, über 15.000 Asservate sichergestellt und mehr als 320 Serienstraftaten festgestellt.

Polizei und Staatsanwaltschaft erhalten durch das Briefermittlungszentrum jährlich durchschnittlich rund 12.000 relevante Briefsendungen aus dem gesamten Bundesgebiet zur strafrechtlichen Prüfung. Dies bedeutet bis zu 160 Briefsendungen pro Tag mit „besitzkritischem Inhalt“ wie zum Beispiel: Betäubungsmittel, verbotene Arzneimittel, Waffen, Munition, und vieles mehr. Neben dem Briefermittlungszentrum in Marburg betreibt die Deutsche Post ein weiteres Paketermittlungszentrum in Wuppertal und seit kurzem in Apfelstädt. Dort werden inkriminierte Paketsendungen an die örtliche Polizei übergeben.

„ Wir sind den Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Mittelhessen und der Staatsanwaltschaft Marburg sehr dankbar, dass sie in Marburg eine Dienststelle aufgebaut haben, die den Kampf gegen illegale Postsendungen und die organisierte Kriminalität konsequent führt.

Innenminister Peter Beuth

Olympia

Podiumsdiskussion: Krieg und Olympische Spiele in Europa

Hessens Sportminister Peter Beuth hat Mitte Juli gefordert, sogenannte „neutrale“ Athleten aus Russland und Belarus von den Olympischen Spielen 2024 auszuschließen. Anlässlich einer Podiumsdiskussion zum Thema „Krieg und Olympische Spiele in Europa – Was bedeutet das für den Sport und die Athleten?“ in Wiesbaden sagte Peter Beuth, es sei völlig unklar, wie auf Grundlage der vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) ausgesprochenen Empfehlungen ein reibungsloser und sicherer Ablauf von Sportveranstaltungen gewährleistet und glaubwürdig verhindert werden könne, dass die Spiele von russischer Seite für Kriegspropaganda instrumentalisiert werden.

Bereits Ende April 2023 bezeichnete Sportminister Peter Beuth das Vorgehen des IOC im Rahmen der 9. Biebricher Schlossgespräche in Wiesbaden als „vollkommen inakzeptabel“. Er forderte eine Kurskorrektur des IOC, das die Entscheidung auf die internationalen Sport-Fachverbände abgewälzt und damit den Sport gespalten habe. Im Vorfeld der 47. Sportministerkonferenz Mitte Mai dieses

Jahres forderte Peter Beuth als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine darüber hinaus eine Änderung der Olympischen Charta. Diese solle ergänzt werden um einen Passus, demzufolge Staaten, die einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führen und damit den olympischen Frieden brechen, künftig grundsätzlich von Olympischen Spielen ausgeschlossen werden. Durch eine Änderung der Olympischen Charta könne das IOC endlich Haltung zeigen und die Sportwelt wieder vereinen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine erfolgte vor dem Beginn der Paralympics, nur das Ende der Olympischen Spiele 2022 hatte Russland abgewartet.

Die Sportministerkonferenz der Länder hat sich im Mai 2023 mit einem entsprechenden Beschluss gegen eine Wiederzulassung von russischen und belarussischen Sportlerinnen und Sportlern ausgesprochen. Zudem haben sich in einer gemeinsamen Erklärung 41 Staaten, darunter auch Deutschland, gegen eine Teilnahme „neutraler“ Athleten ausgesprochen.



„Die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus eine Rückkehr zu internationalen Sportwettkämpfen als ‚neutrale‘ Athleten zu ermöglichen, halte ich nach wie vor für grundlegend falsch. Für viele Menschen ist die Vorstellung unerträglich, dass sich russische und belarussische Athleten auf die Olympischen Spiele vorbereiten, während ukrainische Athletinnen und Athleten aufgrund von zerbombten Sportanlagen nicht trainieren konnten, den Spielen fernbleiben oder durch den Krieg getötet worden sind.“

Sportminister Peter Beuth



Ehrungen

Echte Bereicherung für unsere Gesellschaft



Monika Staab

Pionierin im Frauenfußball

Monika Staab trat im Jahr 1974 der Abteilung der Fußballabteilung der Offenbacher Kickers bei, wo sie bis 1977 spielte, bevor sie zur Niederräder Schützengesellschaft Oberst Schiel 1902 e.V., der damals stärksten hessischen Frauenmannschaft im Fußball, wechselte. Bereits im folgenden Jahr verließ sie Deutschland und spielte unter anderem beim FC Paris Saint-Germain in Frankreich sowie bei den Queens Park Rangers und dem FC Southampton in England. 1999 gründete sie den eigenständigen Verein 1. Frauen-Fußball-Club Frankfurt e. V. mit. Hier wurde sie sogleich zur Vorsitzenden ernannt und führte den Verein in der Doppelrolle als Präsidentin und Trainerin zu vier Meistertiteln in den Jahren 1999, 2001, 2002, 2003 und fünf Pokalsiegen in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003 sowie zu einem Titel in der heutigen „UEFA Women’s Champions League“. Ende 2006 trat Monika Staab als Vorsitzende des 1. Frauen-Fußball-Clubs Frankfurt e.V. zurück und beschloss als „Entwicklungshelferin im Frauenfußball“ zu arbeiten. Sie war mehrere Jahre für die Federal International Football Association (FIFA), die UEFA Champions League, den Deutschen Fußball-Bund e. V., den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), das Auswärtige Amt und mehrere NGO’s in mehr als 80 Ländern unterwegs, um den Mädchen- und Frauenfußball vor Ort weiterzuentwickeln. Seit 2021 ist Monika Staab als Nationaltrainerin der ersten Frauenfußball-Nationalmannschaft in Saudi-Arabien tätig.

Dr. Harald Schneider

Koryphäe auf dem Gebiet der DNA-Analytik

Dr. Harald Schneider trat 1991 seinen Dienst im Hessischen Landeskriminalamt an und arbeitete zunächst als Sachverständiger für molekulargenetische Untersuchungen. Im Jahr 1992 übernahm er die Leitung des Sachgebiets Serologie und 2002 wurde ihm die Leitung des Fachbereiches DNA-Analytik und allgemeine Biologie übertragen. Seit 2004 ist er Leiter der Fachgruppe Biologie, DNA-Analytik und Textilkunde und zudem Experte für die selektive Hautschuppen-Präparation sowie für die verfeinerte PCR-Methode (Polymerase Kettenreaktion). Die im Jahr 2000 von ihm eingeführte und seitdem äußerst erfolgreich praktizierte Methode der „Hautschuppenanalyse“ brachte ihm besondere Beachtung und Anerkennung. Hierdurch konnte er mit einer bundesweiten Vorreiterrolle zur Aufklärung einer Vielzahl von Kapitalverbrechen beitragen und im Amtshilfverfahren diese herausra-

gende Analyse auch anderen Landeskriminalämtern und ausländischen Kriminalbehörden zur Verfügung stellen. Dr. Harald Schneider und sein Team konnten mit der DNA-Methode u.a. anhand gesicherter Spuren entscheidend zur Aufklärung im Mordfall des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke beitragen, sodass dessen Mörder gefasst und verurteilt werden konnte. Das unter seiner Leitung geführte DNA-Labor hat sich darüber hinaus als eine der ersten Untersuchungsstellen Deutschlands auf die Aufklärung von teilweise Jahrzehnte zurückliegenden Straftaten, den sogenannten „Cold Cases“, spezialisiert. Insgesamt konnten durch die von ihm entwickelte forensische DNA-Analyse inzwischen nach Schätzung des Landeskriminalamtes zwischen 500 und 600 Tötungsdelikte und bis zu 5.000 Sexualverbrechen aufgeklärt werden.





KOMPASS

Erbach mit KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet

Staatssekretär Stefan Sauer hat Ende Juli der Stadt Erbach nach der erfolgreichen Entwicklung eines umfassenden Präventionspaketes mit insgesamt 22 Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Für die festgestellten Sicherheitsbedarfe wurde ein Katalog mit insgesamt 22 Maßnahmen entwickelt. So wurden unter anderem eine Schutzfrau vor Ort und das Projekt Gewalt-Sehen-Helfen (GSH) eingeführt, eine zentrale Anlaufstelle im Rathaus für Hilfesuchende eingerichtet, die Jugendsozialarbeit und regelmäßige Angebote für Kinder und Jugendliche ausgebaut (z. B. Jugendtreff, Ferienspiele) und zur Erhöhung der Präsenz der Stadtpolizei zwei Elektroräder angeschafft. Weitere Maßnahmen sind die kontinuierliche Fortsetzung von Beratungen durch drei ehrenamtliche Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren (SfS), die Teilnahme am Projekt „Sicherer Schulweg“, die Integration des Mängelmelders des Landes Hessen auf der Webseite der Stadt Erbach und die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Schaffung sicherer und sicherheitsstärkender Lebensräume für alle. Geplant ist des Weiteren, die Stadtpolizei um eine Vollzeitstelle aufzustocken, einen Citymanager bei der Stadt einzustellen und auch künftig Bürgerbefragungen zum Sicherheitsgefühl durchzuführen.

„Sicherheit ist aber nicht nur die Abwendung von Gefahren, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl, das von unmittelbaren Umständen vor Ort beeinflusst werden kann.“

Staatssekretär Stefan Sauer

SWIM-Programm

Maximalförderung für das Freibad in Groß-Umstadt

Staatssekretär Stefan Sauer hat Ende Juli die Stadt Groß-Umstadt besucht und die Maximalförderung aus dem SWIM-Programm in Höhe von einer Million Euro für die Sanierung des Freibads Groß-Umstadt überreicht. Das seit 1925 in Groß-Umstadt bestehende Freibad ist ein geschätztes Infrastrukturangebot in Groß-Umstadt. Das Bad liegt am südlichen Ortsrand der Stadt und grenzt an Wiesen und Felder. Es wurde mehrfach umgebaut und besteht in seiner heutigen Form bereits seit 1982. Das Bad ist mit seiner großflächigen Grünanlage und dem damit verbundenen Spiel- und Freizeitangebot während der Sommermonate ein wichtiges Stück Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger. Das Freibad Groß-Umstadt verfügt über zwei Sportbecken. Ferner bestehen im Schwimmbad ein großer Nichtschwimmerbereich, eine Wasserwutsche, ein Strömungskanal, Startblöcke und ein separates Baby-Planschbecken. Insgesamt umfasst das Bad rund 1.500 Quadratmeter Wasserfläche.

Der Sanierungsbedarf besteht insbesondere aufgrund der intensiven Nutzung des Schwimmbads sowie den zwischenzeitlich entstandenen technischen Innovationen. Das neue Multifunktionsbecken soll mit vier 50-Meter-Bahnen mit Startblöcken sowie vier 25-Meter-Bahnen entstehen. Im Zusammenhang mit der Badwassertechnik sind ebenfalls einige umweltfreundliche und ressourcensparende Neuerungen geplant. Auch die Beckenumgangsflächen werden neugestaltet. Zudem werden die Anforderungen an eine barrierefreie Sportstätte bei den Neubaumaßnahmen berücksichtigt. So wird beispielsweise der Zugang zum Becken ebenerdig und behindertengerecht angelegt. Somit werden auch Menschen mit Beeinträchtigung das Bad nutzen können.

„Der Schwimmsport ist ein zentrales Element der Gesundheitsförderung und Freibäder wie in Groß-Umstadt unerlässlich, damit Eltern ihren Kindern frühzeitig das Schwimmen beibringen können.“

Staatssekretär Stefan Sauer



Feuerwehr des Monats

Feuerwehr mit hervorragender Nachwuchsarbeit

Staatssekretär Stefan Sauer hat die Freiwillige Feuerwehr Romrod als „Feuerwehr des Monats Juni 2023“ ausgezeichnet. Die Ehrung erhalten die Brandschützer aus der Schlossstadt für ihre vielseitige Öffentlichkeitsarbeit, mit der sie abwechslungsreich und höchst kreativ über ihre Arbeit informieren und gezielt neue Mitglieder für ein Engagement gewinnen konnten. Als Anerkennung überreichte Staatssekretär Sauer eine Prämie in Höhe von 1.000 Euro und dankte allen Feuerwehrangehörigen in Romrod für ihren leidenschaftlichen Einsatz.

„ Mit der Realisierung eines Outdoor-Sportparks, regelmäßigen Kindergartengruppen- und Schulklassenbesuchen und einem Feuerwehr-Mitmachabend vor dem Rathaus betreibt die Feuerwehr Romrod hervorragende Nachwuchsarbeit, die in der Vergangenheit bereits erfolgreich war.

Staatssekretär Stefan Sauer



„Feuerwehr des Monats“

Als „Feuerwehr des Monats“ werden seit August 2007 vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport Freiwillige Feuerwehren ausgezeichnet, die neue oder innovative Ideen erfolgreich in die Tat umgesetzt haben. Diese Impulse und der geleistete Einsatz sollen nicht verborgen bleiben, sondern anerkennend ausgezeichnet werden und anderen Feuerwehren als gutes Beispiel dienen. Die Ausgezeichneten werden regelmäßig im „FLORIAN Hessen“, dem zentralen Fachmagazin für die Feuerwehren in Hessen, und auf der Internetseite des Hessischen Innenministeriums vorgestellt. Zudem erhält die ausgezeichnete Feuerwehr eine Anerkennungsprämie in Höhe von 1.000 Euro. In den vergangenen fünfzehn Jahren wurden bereits mehr als 160 Freiwillige Feuerwehren in Hessen ausgezeichnet.



Verdient gemacht um Verbesserung der Hilfe

Innenminister Peter Beuth hat die Freiwillige Feuerwehr Diemelsee für die Erarbeitung eines innovativen Konzepts zur Unterstützung und Entlastung der örtlichen Leitstelle unter anderem bei Unwettereinsätzen, Großschadensereignissen oder sonstigen Gefahrenlagen als „Feuerwehr des Monats August 2023“ ausgezeichnet. Als Anerkennung überreichte Innenminister Peter Beuth eine Prämie in Höhe von 1.000 Euro und dankte allen Feuerwehrangehörigen in Diemelsee für ihren ehrenamtlichen Einsatz im Brandschutz.



„ Die Verbesserung des Einsatzablaufes hat sich die Freiwillige Feuerwehr Diemelsee mit dem Modellprojekt ‚analoge und digitale Technik innerhalb der Örtlichen Technischen Einsatzleitung (ÖTEL)‘ zum Ziel gesetzt. Mit ihrem innovativen Vorhaben soll unter anderem für die Bürgerinnen und Bürger von Diemelsee eine herausgehobene Anlaufstelle in jedem Ortsteil definiert und kommuniziert werden.

Innenminister Peter Beuth



„Die Leitstelle des Hochtaunuskreises steht auch symbolisch für das Zusammenwirken und die Solidarität unserer Gemeinschaft. Sie verkörpert den Geist der Hilfe und des Dienstes am Nächsten und ist ein Ausdruck der Bereitschaft, Menschen in Not beizustehen.“

Staatssekretär Stefan Sauer

Modernste Leitstellentechnologie

Staatssekretär Stefan Sauer hat die Stadt Bad Homburg besucht und an der Einweihung der neuen Leitstelle des Hochtaunuskreises teilgenommen. In seinem Grußwort betonte er die Bedeutung der Leitstelle für die Sicherheit und das Wohlergehen der hessischen Bürgerinnen und Bürger.

Brand- und Katastrophenschutz

Moderne Einsatztechnik für den Brandschutz

Staatssekretär Stefan Sauer hat Mitte August die Stadt Bruchköbel besucht und einen Förderbescheid in Höhe von mehr als 112.000 Euro für ein neues Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20 übergeben und den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Bruchköbel vor Ort für ihren wichtigen Einsatz gedankt. Die Freiwillige Feuerwehr Bruchköbel erhält vom Land eine Zuwendung in Höhe von mehr als 112.000 Euro für ein neues Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20. Es verfügt über eine maschinelle Zugeinrichtung (MaZE) sowie eine Druckzumischanlage (DZA). Damit werden Einsätze zur Brandbekämpfung, technischen Hilfeleistung und Löschwasserförderung möglich.

Der Main-Kinzig-Kreis hat von der Erhöhung der Garantiesumme im Brandschutz profitiert: In den vergangenen zwei Jahren wurden insgesamt 24 Fahrzeuge und neun bauliche Maßnahmen mit einer Gesamthöhe von rund 2,8 Millionen Euro gefördert. Allein im vergangenen Jahr 2022 wurden Zuwendungen für neun Fahrzeuge und sechs bauliche Maßnahmen mit einem Volumen von rund 1,5 Millionen Euro bewilligt oder vorbeschrieben.

„Nur gemeinsam können wir einen gut aufgestellten Brand- und Katastrophenschutz für unser Land gewährleisten.“

Staatssekretär Stefan Sauer



” Mit der jährlichen Landeszuwendung in Höhe von 40.000 Euro leistet die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Skiinternats Willingen und fördert die Nachwuchsarbeit im hessischen Wintersport.

Sportminister Peter Beuth

Sportförderung

Nachwuchsarbeit im hessischen Wintersport gefördert

Sportminister Peter Beuth hat im August die Stadt Willingen besucht und dem Hessischen Skiverband einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 40.000 Euro überreicht. Der Hessische Skiverband, der in den letzten fünf Jahren Förderungen in Höhe von rund 543.000 Euro seitens des Landes Hessen erhalten hat, erhält die Förderung wie in den vergangenen Jahren für den Weiterbetrieb des Skiinternats Willingen.

Das Skiinternat Willingen ist eine Einrichtung in Trägerschaft des Hessischen Skiverbandes e.V. Es wurde bereits 1979 als notwendige Institution zur Unterbringung auswärtiger Kader- und Nachwuchssportler und zur Förderung des Leistungssports in Willingen eröffnet. Zurzeit werden im Skiinternat Willingen Schülerinnen und Schüler betreut, die die Kooperative Gesamtschule in Willingen (Uplandschule) besuchen. Im Internat wohnen die Schülerinnen und Schüler, die am Bundesstützpunkt – Nachwuchs Winterberg/Willingen in den verschiedenen nordischen Skidisziplinen Skilanglauf, Biathlon, Skisprung und Nordische Kombination trainieren und deren Schulweg eine schulnahe Unterbringung erforderlich macht.



RECHTSEXTREMISMUS

ENTWICKLUNG 2018 BIS 2022

Rechtsextremisten	2018	2019	2020	2021	2022
Personenpotential	1.475	1.620	1.660	1.710	1.730
Straftaten*	539	886	1.216	946	1.051
davon Gewalttaten*	25	31	42	42	50

LINKSEXTREMISMUS

ENTWICKLUNG 2018 BIS 2022

Linksextremisten	2018	2019	2020	2021	2022
Personenpotential	2.570	2.600	2.600	2.770	2.650
Straftaten	48	65	110	131	79
davon Gewalttaten	13	5	34	42	9

ISLAMISMUS

ENTWICKLUNG 2018 BIS 2022

Islamisten	2018	2019	2020	2021	2022
Personenpotential	4.170	4.170	4.170	4.000	3.865
(davon Salafisten)	(1.650)	(1.650)	(1.650)	(1.450)	(1.370)
Straftaten	27	36	35	22	27
davon Gewalttaten	1	1	2	2	1



” Der Rechtsextremismus mit seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen ist weiterhin die größte Bedrohung für die freiheitliche Demokratie und die öffentliche Sicherheit in Hessen. Rechtsextremisten sind oftmals gewaltbereit und schmieden Pläne, in denen Straftaten oder etwa der Einsatz von Schusswaffen eine Rolle spielen. Die fortlaufende und konsequente Aufhellung der rechtsextremistischen Szene, der engagierte Kampf gegen gewaltorientierte Neonazis und die Aufklärungsarbeit über Erscheinungsformen der ‚Neuen Rechten‘ sind ein Hauptaugenmerk der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die Hessische Landesregierung hat ihre Sicherheitsbehörden für den Kampf gegen Demokratiefeinde gewappnet.“

Innenminister Peter Beuth

Hessischer Verfassungsschutzbericht 2022

FÜR DEN KAMPF GEGEN DEMOKRATIEFEINDE GEWAPPNET

Mit 13.295 Personen ging das gesamte extremistische Personenpotenzial in Hessen 2022 gegenüber 2021 (13.680) um 385 Personen und damit erstmals seit vier Jahren zurück. Auch die Anzahl der extremistischen Gewalttaten ist 2022 um 31 Taten auf insgesamt 60 gesunken. Nur im Bereich des Rechtsextremismus wurden 2022 mit insgesamt 50 Delikten acht Gewalttaten mehr als im Vorjahr registriert. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen stuft 1.730 Personen in Hessen als Rechtsextremisten ein, von denen rund die Hälfte als „gewaltorientiert“ gilt. Das Minus im Berichtsjahr 2022 ist auf Rückgänge in den Bereichen Islamismus (-135), Links-extremismus (-120) und Extremismus mit Auslandsbezug (-250) zurückzuführen, während es in den Bereichen Rechtsextremismus (+20) und vor allem im Bereich der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (+100) Zuwächse gab. Im Hinblick auf die gewaltorientierten Extremisten stieg das Personenpotenzial sowohl im Rechtsextremismus (+20) als auch im Linksextremismus (+10) leicht an. Im Bereich des Rechtsextremismus wird damit fast jede zweite Person als gewaltbefürwortend, gewaltunterstützend, gewaltbereit oder gewalttätig bewertet.

Die anhaltende und konsequente Aufhellung des Rechtsextremismus in Hessen ist eine herausgehobene und im digitalen Zeitalter besonders herausfordernde Aufgabe. Neue Entwicklungen erfordern, dass sich das LfV immer wieder neu ausrichtet und seine bereits ergriffenen und fortlaufenden Maßnahmen auf den Prüfstand stellt. Im Berichtsjahr gelang den Sicherheitsbehörden darüber hinaus mit den bundesweiten Exekutivmaßnahmen gegen die mutmaßliche „Reichsbürger“-Gruppierung

Ende 2022 ein wichtiger Erfolg. Wie der Innenminister hervorhob, ist die Herausforderung durch die Szene der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ weiter hoch. So zeigt sich die Dynamik der Szene im Anstieg des Personenpotenzials um 100 Personen im Berichtsjahr (2022: 1.100).

Im Phänomenbereich des Linksextremismus blieb die Anzahl der gewaltorientierten Personen im vergangenen Jahr nahezu unverändert (2022: 600; 2021: 590). Linksextremisten greifen immer wieder Themen auf, von denen sie vermuten, dass sie damit an nicht-extremistische Teile der Gesellschaft andocken können. Das LfV beobachtet verstärkt, dass Linksextremisten die Klimaschutzbewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchen. Insbesondere mit Beginn von notwendigen Räumungs-/Rodungsarbeiten kommt es durch in Teilen radikale und gewaltorientierte Waldbesetzerinnen und Waldbesetzer sowie linksextremistische Klientel, die zunehmend aus allen Teilen des Bundesgebietes und auch aus dem europäischen Ausland Unterstützung erhalten, vermehrt zu strafbaren Handlungen.

In Hessen hat das Personenpotenzial radikaler Islamisten und Salafisten im Jahr 2022 abgenommen. Die Gefahr, dass sich insbesondere isoliert handelnde Personen von der Propagandamaschinerie terroristischer Gruppierungen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) zu Gewalttaten inspirieren lassen, ist aber nach wie vor gegeben. Die Hessischen Sicherheitsbehörden tauschen sich unter Berücksichtigung des Trennungsgebots zudem regelmäßig im Hessischen Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrum (HETAZ) intensiv über Extremisten aus.

Mit der Schaffung des HETAZ im März 2019 wurde die enge Kooperation zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz institutionalisiert. Das HETAZ dient als Plattform, über das sich Verfassungsschutz, Landeskriminalamt und die Justiz über extremistische und terroristische Bedrohungen sowie strategische Maßnahmen der Sicherheitsorgane regelmäßig austauschen.

Das LfV hat in den vergangenen Jahren durch Mehreinstellungen und eine konzeptionelle Neuausrichtung seine Analysefähigkeit weiter ausgebaut. So wurde das LfV personell von 2014 bis 2023 um mehr als 120 Planstellen deutlich aufgestockt. Nun verfügt das LfV mit mehr als 380 Planstellen über den stärksten Personalkörper in seiner Geschichte. Seit dem Jahr 2000 ist dies eine Verdoppelung. Einhergehend wurde im LfV eine eigene Abteilung geschaffen, die sich speziell um die Aufklärung der rechtsextremistischen Szene in Hessen kümmert. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat 2022 den Fokus des LfV auf verstärkte Spionageaktivitäten staatlicher Akteure aus dem Ausland gelenkt. Deutschland gehört in vielen Bereichen der Forschung und Wirtschaft zur Weltspitze. Daher bildet der Wirtschaftsschutz als präventiver Teil der Spionageabwehr einen festen Bestandteil der Aufgaben des LfV. Darüber hinaus sind verstärkt Desinformationskampagnen als ein Mittel der hybriden Kriegsführung feststellbar. Vorwiegend wird im Internet und in den sozialen Medien der Versuch unternommen, auf die Meinungsbildung und die Politik in Deutschland durch Desinformation Einfluss zu nehmen.

Modellrevier in Offenbach

Neue Wege bei Modernisierung der Polizeiarbeit

Innenminister Peter Beuth hat Ende August das Polizeipräsidium Südothessen in Offenbach besucht und anhand der dort eingesetzten modernen Einsatzmittel die Fortschritte der hessischen Polizei bei der Umsetzung ihrer strategischen Schwerpunktsetzungen aufgezeigt. Die Ausstattungsoffensive der hessischen Polizei umfasst die Vollausrüstung mit Smartphones und Polizei-Apps und zusätzlich digitale Lösungen für die Modellreviere. Hierfür werden in der Zeit von 2021 bis 2025 über 82 Millionen Euro investiert, um noch effizientere Polizeiarbeit zu ermöglichen. Die Polizeipräsiden Südothessen und Ostthessen beherbergen jeweils eines der beiden Modellreviere der hessischen Polizei. In den Modellrevieren sollen die verschiedenen Anwendungen und Lösungen für die Polizeiarbeit der Zukunft erprobt werden. Dazu wurden die Dienststellen mit den neusten Techniken ausgestattet, um diese im Echtbetrieb zu testen.

Im Polizeirevier Offenbach wird aktuell der Einsatz von Tablets mit eigens entwickelten Polizei-Apps erprobt. Die im INNOVATION HUB 110 in Frankfurt entwickelten Softwarelösungen können so

in der Praxis getestet und anhand der Rückmeldung der Kolleginnen und Kollegen zielgenau optimiert werden. Durch die Umsetzung des Projekts „Remote Desktop-App“ können sie ihre Polizeiarbeit auch mobil vollständig mit dem Tablet ausführen. Mit der neuen Software „Dynamite“ wird die Geräteverwaltung der Polizei beispielsweise für Führungs- und Einsatzmittel auch von unterschiedlichen Behörden übersichtlich zusammengefasst. Mit der Abfrage-App können Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zum Beispiel direkt in der jeweiligen Lage relevante Informationen abrufen. Vor Einführung der App mussten diese Informationen über Funk oder Telefon bei den Dienststellen abgefragt werden. Ähnlich garantiert auch das moderne Asservatenmanagementsystem, dass die Asservate von der Sicherstellung vor Ort über die polizeilichen Asservatenstellen bis hin zur abschließenden Verwertung nachvollziehbar und transparent verwaltet werden können. Einen Blick Richtung Zukunft verspricht der Einsatz von VR-Technologie – sowohl für den Bereich der Aus- und Fortbildung als auch im Rahmen moderner Tatortarbeit. So bietet VR beispielsweise die Möglichkeit,

in einer virtuellen Umgebung Szenarien zu Übungszwecken nachzustellen, die in der Realität zu gefährlich oder kostspielig wären.

Der eigens konzipierte polizeiliche Elektrobuss wird als neuer Streifenwagen der Zukunft eingesetzt und weiterentwickelt. Der für den polizeilichen Alltag umgerüstete VW ID.BUZZ ermöglicht das mobile Arbeiten direkt am Einsatzort. Neun polizeiliche Elektrobusse werden hessenweit ausgerollt. Davon wird ein Funkstreifenwagen für Schulungszwecke zur Verfügung gestellt sowie zum Testen künftiger Technologien genutzt. So gibt es zum Beispiel schon jetzt eine Wärmebildkamera, künftig folgen in weiteren Ausbaustufen moderne Lichttechnik sowie eine neu konzipierte Waffenschublade. Diese für den polizeilichen Arbeitsalltag passgenauen Lösungen sollen die tägliche Arbeit erleichtern, effizienter und sicherer machen. Die Funktionen bisheriger Streifenwagen wurden weiterentwickelt: So haben die Elektrobusse beispielsweise eine Projektionsleuchte eingebaut, um Warnungen direkt auf die Straße zu projizieren.

„ Wir wollen deutschlandweiter Schrittmacher der Polizeiarbeit von morgen sein und investieren entsprechend in modernste Ermittlungswerkzeuge.“

Innenminister Peter Beuth



Neuer Polizeipräsident von Südosthessen

Garant für Sicherheit

Daniel Muth ist Ende August zum neuen Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südosthessen ernannt worden. Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie hat Hessens Innenminister Peter Beuth den 49-Jährigen in sein neues Amt eingeführt. Der gebürtige Fuldaer Daniel Muth war zuvor Vizepräsident des Hessischen Landeskriminalamtes und tritt die Nachfolge von Eberhard Möller an, der Ende August in den Ruhestand verabschiedet wurde. Das Polizeipräsidium Südosthessen verfügt über 1.900 Beschäftigte und ist zuständig für alle polizeilichen Belange im Kreis Offenbach und dem Main-Kinzig-Kreis inklusive der Städte Offenbach und Hanau. Das Einsatzgebiet erstreckt sich insgesamt auf knapp 1.800 Quadratkilometer.

” Daniel Muth lebt und verkörpert die Werte einer modernen Polizei.

Innenminister Peter Beuth

Daniel Muth wurde 1974 in Fulda geboren und trat 1996 in den Dienst der hessischen Polizei ein. Nach der Ausbildung und verschiedenen Verwendungen bei der Bereitschaftspolizei in Mühlheim am Main wechselte er 2003 ins Hessische Landeskriminalamt (HLKA). Nach verschiedenen Stationen im HLKA und zwei Auslandseinsätzen im Kosovo für die Vereinten Nationen und in Afghanistan im Rahmen eines Projekts zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Nationalpolizei studierte er an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und wechselte in den höheren Polizeivollzugsdienst. Im Anschluss war er für drei Jahre Leiter der Regionalen Kriminalinspektion in Darmstadt und der Landeshauptstadt Wiesbaden. 2016 wechselte Daniel Muth in das Polizeipräsidium Osthessen. Nach der Station als Leiter der Regionalen Kriminalinspektion Fulda leitete er für rund zweieinhalb Jahre die Kriminaldirektion des Polizeipräsidiums Osthessen. Es folgte der Einsatz als Chef der Sonderkommission „Liemecke“, als der er die Ermittlungen im Mordfall des Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke leitete. Bis zu seiner Berufung zum Vizepräsidenten des HLKA im Dezember 2022 leitete er von August 2020 an die Abteilung Staatsschutz und Terrorismusbekämpfung der Behörde. Auf den Gebieten Terrorismusbekämpfung, Organisierte Kriminalität und Schwerstkriminalität gilt der 49-Jährige als ausgewiesener Fachmann.



” Ob Anschlag Gefahr oder Fahndung nach Vergewaltigern und Kinderschändern: die Polizei ist auf modernste Analyse-Werkzeuge angewiesen, um Tätern habhaft werden und Gefahren abwenden zu können. Unsere Ermittlerinnen und Ermittler haben es in nahezu allen Verfahren mit immer größeren Datenmengen, digitalen Spuren und verschlüsselter Täterkommunikation zu tun. Wir müssen deshalb die Sicherheitsbehörden mit modernsten Analyse-Werkzeugen und den entsprechenden rechtlichen Befugnissen ausstatten, damit sie auch künftig schlagkräftig für Sicherheit sorgen können.

Innenminister Peter Beuth





B-Innenministerkonferenz

Innenminister der Union besuchen Sonderlage-Übung

Zum Auftakt der B-IMK Anfang September hat Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Innenministerinnen und -ministern der Union (B-Länder) im Polizeipräsidium Frankfurt am Main die Sonderlage-Übung der hessischen Polizei besucht. Dabei wurde eine „Terrorlage Rechts“ simuliert, in deren Mittelpunkt die Anwendung modernster Analyse-Werkzeuge und digitaler Einsatzmittel standen.

Moderne Polizeiarbeit entsteht durch eine enge Zusammenarbeit von Fachlichkeit und Technik. Diese Vernetzung realisiert die hessische Polizei mit ihrer eigenen Innovationseinheit INNOVATION HUB 110 bereits seit drei Jahren und leistet damit deutschlandweit Pionierarbeit.

Vom 4. bis zum 6. September 2023 hat das Hessische Polizeipräsidium für Technik im INNOVATION HUB 110 in Frankfurt Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Polizeibehörden zu den ANALYTICS DAYS eingeladen. Die dreitägige Veranstaltung beschäftigte sich mit gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen im Umgang mit Massendaten in der Kriminalitätsbekämpfung. Den Abschluss bildet die vom Polizeipräsidium Frankfurt am Main durchgeführte Übung, bei der insbesondere auch der Einsatz modernster technischer Möglichkeiten erprobt und vorgestellt wird.

” Die rund 80.000 Einsatzkräfte des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzes leisten Tag für Tag Herausragendes, um Menschen in Not zu helfen. Für diese selbstlose und in vielen Fällen ehrenamtliche Unterstützung bin ich allen Einsatzkräften äußerst dankbar.

Ministerpräsident Boris Rhein



Ehrenamtsförderung kontinuierlich ausgebaut

Die Auszeichnungen wie auch die Veranstaltung sind Teil der umfangreichen Ehrenamtsförderung im Brand- und Katastrophenschutz in Hessen, die das Land in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut hat. Hessen hat eine Vielzahl von Programmen und Projekten auf den Weg gebracht, mit denen das Ehrenamt im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes maßgeblich gestärkt wird. Dazu zählen unter anderem das Projekt „Mehr Feuerwehr in die Schule“, das „Starterpaket“ für Feuerwehranwärterinnen und -anwärter, die den Grundlehrgang absolviert haben sowie die Anerkennungsprämie für aktive Einsatzkräfte in Hessen.



Tag des Ehrenamts

Wertschätzung der großartigen Arbeit der Einsatzkräfte

Rund 80.000 Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz engagieren sich für die Sicherheit und das Wohlergehen der hessischen Bürgerinnen und Bürger. Als Ausdruck der Wertschätzung für das herausragende Engagement der Einsatzkräfte lädt die Landesregierung einmal im Jahr besonders verdiente Einsatzkräfte zum „Tag des Ehrenamts“ ein. Bei der Veranstaltung im Hessenpark in Neu-Anspach Mitte September dankten Ministerpräsident Boris Rhein und Innenminister Peter Beuth mehr als 1.000 anwesenden Einsatzkräften für ihr herausragendes Engagement. Zum „Tag des Ehrenamts“ verliehen Ministerpräsident Boris Rhein und Innenminister Peter Beuth den Katastrophenschutzpreis 2023, sowie den Integrationspreis Brandschutz 2023 und zeichneten besonders ehrenamtsfreundliche hessische Unternehmen mit dem „Arbeitgeber-Award“ aus.

Im Katastrophenschutz sind neben den Feuerwehren und dem THW die Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft tätig. Sie stellen die Einheiten und Ein-

richtungen, die beispielsweise bei einem Hochwasser, einem schweren Zugunglück, einem flächendeckenden Stromausfall oder einem Gefahrstoffaustritt die Aufgaben des Brandschutzes, der Gefahrstoff-Abwehr, des Sanitäts- und Betreuungswesens, der Wasserrettung, der Bergung und Instandsetzung sowie der Information und Kommunikation übernehmen.

Ministerpräsident Rhein und Innenminister Beuth überreichten die Siegestrophäe inklusive des Preisgeldes in Höhe von 5.000 Euro gemeinsam mit Präsident Norbert Fischer (Landesfeuerwehrverband Hessen) und dem Landesbeauftragten Patrick Tapp (Malteser Hilfsdienst, für AG Katastrophenschutz) an die Freiwillige Feuerwehr Schwalmstadt-Dittershausen. Platz zwei belegte die GABC Messgruppe des Landkreises Schwalm-Eder (3.000 Euro), Platz drei der DLRG-Kreisverband Fulda-Weser (2.000 Euro).

Als Preisträger des Integrationspreises wurden die Freiwilligen Feuerwehren Rabenau, Wetzlar-Büblingshausen und Borken gekürt. Die Brandschützer erhielten die Auszeichnung für ihr herausragen-

des Engagement bei der Aufklärung von Menschen mit Migrationshintergrund über das Feuerwehrewesen in Hessen und deren Integration in die Feuerwehren. Das Innenministerium hat die Integrationskampagne gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband im Jahr 2016 ins Leben gerufen. Neben den Preisverleihungen beinhaltet sie auch die Schulung von Feuerwehrangehörigen im Bereich der interkulturellen Kompetenz sowie deren Ausbildung zu „Interkulturellen Beratern“. Dazu bietet die Hessische Landesfeuerwehrschule zwei aufeinander aufbauende zweitägige Seminare an. Das Innenministerium fördert die Arbeit der Interkulturellen Berater auch finanziell.

Respekt, Verständnis und Flexibilität im sozialen Umfeld und in der Arbeitswelt tragen einen wichtigen Teil zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf bei. Bereits seit dem Jahr 2016 fördert das Hessische Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband Hessen sowie den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz den Austausch zwischen Unternehmen und den Organisationen im Brand- und Katastrophenschutz mit der Initiative „Wirtschaft trifft Blaulicht“.



Hessischer Bewegungsscheck

Funken für mehr Sport frühzeitig entfachen

Sportminister Peter Beuth und Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz haben Mitte September die Auftaktveranstaltung zur Umsetzung des Hessischen Bewegungsschecks im Hochtaunuskreis in der „Grundschule Mitte“ in Oberursel besucht. Der Hessische Bewegungsscheck ist Teil des Landesprogramms „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Der gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen initiierte Hessische Bewegungsscheck verfolgt das Ziel, Bewegung bei Grundschulkindern zu fördern und auf Sportangebote vor Ort aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Bewegungsschecks absolvieren Drittklässler während des Sportunterrichts einen Parcours, der aus zwölf zu bewältigenden Aufgaben besteht, darunter Ballwurf- und Dribbel-

aufgaben, Balanceübungen sowie Lauf- und Kraftübungen. Die Aufgaben geben Aufschluss über motorische Basiskompetenzen und grundlegende konditionelle Fähigkeiten. Unterstützt von Helfern der örtlichen Sportkreise werden die Ergebnisse gesammelt, dokumentiert und anonymisiert zur Auswertung an das Institut für Sportwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt übermittelt. Im Anschluss erhalten die Sportkreise die Ergebnisse, welche den Eltern eine Rückmeldung zum Bewegungskönnen ihres Kindes mit ergänzenden Empfehlungen zu besonders geeigneten Sport- und Bewegungsangeboten vor Ort übermitteln. Neben der Hessischen Landesregierung fördern die Unfallkasse Hessen sowie die BARMER die Umsetzung des

Hessischen Bewegungsschecks, der in Oberursel erstmals unter einem neuen Logo vorgestellt wurde.

Der Rheingau-Taunus-Kreis war die erste Pilotregion, in der die Maßnahme mit einer pandemiebedingten Verzögerung im November 2021 vorgestellt wurde. Im Sommer 2022 wurde das Projekt in der Pilotregion Kassel eingeführt; es folgte im Juni 2023 die Region Main-Taunus. Der Hochtaunuskreis ist nun die vierte Region, in welcher der Hessische Bewegungsscheck gestartet ist. Auf Grund der pandemiebedingten Verzögerungen ist vorgesehen, die Pilotphase des Hessischen Bewegungsschecks, der sukzessive hessenweit umgesetzt werden soll, zu verlängern.

„Bewegung bereits im Kindesalter zu fördern, ist ein wichtiges Anliegen. Die Ergebnisse des Sportparcours liefern spannende Ergebnisse auf deren Basis individuelle Empfehlungen für mehr Bewegung gemacht werden können.“

Sportminister Peter Beuth



KOMPASS

Sicherheitsgefühl in Neu-Isenburg passgenau gestärkt

Innenminister Peter Beuth hat Neu-Isenburg als 22. hessischen Kommune im September das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Die Hugentottenstadt engagiert sich seit 2018 für mehr Sicherheit und ein höheres Sicherheitsgefühl und hat in dieser Zeit eine Reihe an Maßnahmen umgesetzt.

Die Aspekte Verkehrssicherheit, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Falschparken, unzureichende Beleuchtung, Sachbeschädigungen, Wohnungseinbruchdiebstähle und Betäubungsmittelkriminalität wurden durch die Bürgerinnen und Bürger unter anderem als dringlichstes Problem benannt. Identifiziert wurden außerdem sogenannte

„Angst-Orte“, wie zum Beispiel der Bahnhof in der Kernstadt und in Zeppelinheim, die spezieller Aufmerksamkeit bedürfen.

Für die festgestellten Sicherheitsbedarfe wurden sieben Maßnahmen entwickelt beziehungsweise umgesetzt. So wurde die Ordnungspolizei von sechs auf zehn Stellen aufgestockt. Die Stadt konnte mit der Maßnahme problembehafte Örtlichkeiten durch regelmäßige Kontrollen reduzieren und mit mehr Präsenz der Ordnungspolizei auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken. Bei der Begehung festgestellte fehlende oder defekte Leuchten an „Angst-Orten“ wurden installiert

beziehungsweise ersetzt. An Schulen und Kitas wurde zur Verbesserung der Verkehrssituation eine turnusgemäße Durchführung von Verkehrskontrollen- und Messungen erarbeitet. Geplant ist auch die Installation von Geschwindigkeitsanzeigentafeln, um die Verkehrsteilnehmer auf entsprechendes Verkehrsverhalten an den Örtlichkeiten aufmerksam zu machen. Zur Verbesserung und Erhaltung eines gepflegten Stadtbildes ist die zeitnahe Umsetzung eines Stadtsauberkeitskonzepts geplant, mit dem auch Befragungen zum Thema Sauberkeit und die Einführung einer Mängelmelder-App geplant sind.

” In Neu-Isenburg wurden im Rahmen des KOMPASS-Prozesses gemeinsam mit der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern passgenaue Maßnahmen erfolgreich umgesetzt und angestoßen.

Innenminister Peter Beuth



Gemeinsam das Sicherheitsgefühl weiter stärken

Staatssekretär Stefan Sauer hat im September die Stadt Kelsterbach besucht und den Verantwortlichen vor Ort für die Teilnahme an der Sicherheitsinitiative KOMPASS gedankt. Kelsterbach ist die 152. hessische Kommune, die durch passgenaue Maßnahmen das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessern möchte.

In Kelsterbach werden bereits gezielte Präventionsmaßnahmen ergriffen. So hat Kelsterbach 2006 den Freiwilligen Polizeidienst eingeführt. Ein gemeinsamer Schutzmann vor Ort (SvO) für die Kommunen Kelsterbach und Mörfelden-Walldorf ist eingesetzt. Im Bereich der S-Bahnstation in der Stadtmitte ist eine Videoschutzanlage installiert. Seit 2013 ist das Projekt „LEON-Hilfeinseln“ eingeführt, mit dem für Kinder in Notsituationen im Stadtgebiet Anlaufstellen für Hilfe eingerichtet werden.

” In Kelsterbach lebt es sich bereits heute sehr sicher. Damit sich die Kelsterbacher auch noch sicherer fühlen, setzen wir auf eine enge, partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure in Sicherheitsfragen.

Staatssekretär Stefan Sauer





Ehrungen

Freiherr-vom-Stein-Plakette für Werner Waßmuth

Innenminister Peter Beuth hat Werner Waßmuth aus Lohra Ende November für sein mehr als 40 Jahre langes ehrenamtliches Engagement mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette ausgezeichnet. Die Freiherr-vom-Stein-Plakette ist die höchste Auszeichnung des Landes für kommunale Verdienste. Werner Waßmuth ist seit mehr als 45 Jahren auf kommunaler Ebene ehrenamtlich tätig. Sein ehrenamtliches Engagement ist dabei insbesondere durch seine Tätigkeiten als Gemeindevertreter (1977 bis 2023) und Kreistagsabgeordneter (1981 bis 2023) geprägt.

Hinzu kommen noch weitere Tätigkeiten auf überörtlicher Ebene. So ist er überregional beispielsweise seit 1997 Mitglied der Regionalversammlung Mittelhessen und hat dort aktuell das Amt des Vorsitzenden des Haupt- und Planungsausschusses inne. Zudem engagiert er sich seit 1996 als Vorsitzender der Verbandsversammlung Interkommunaler Gewerbepark „Salzbödetaal“. Darüber hinaus ist Werner Waßmuth seit 2011 Vorsitzender der Verbandsversammlung Müllzweckverband Biedenkopf sowie Vorsitzender des Abfallverbandes Lahn-Fulda.

Ehrungen

Hessischer Verdienstorden für Torsten Gorski aus Ahnatal



Staatssekretär Stefan Sauer hat Torsten Gorski aus Ahnatal Mitte Oktober für seine Verdienste für den Rudersport gewürdigt und ihm den Hessischen Verdienstorden ausgehändigt, der ihm vom Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein verliehen worden war. Sein ehrenamtliches Engagement begann Torsten Gorski 1995 zunächst im Vorstand der Rudergesellschaft Kassel 1927, dessen Vorsitz er von 2000 bis 2002 innehatte. Im selben Jahr wechselte er zum Ruderverein Kurhessen Calden, wo er den Vorsitz zwischen den Jahren 2013 und 2019 den Vorsitz bekleidete. Ferner ist er seit 2009 Vorsitzender des Hessischen Ruderverbandes und seit 2021 stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeister und Präsidiumsmitglied des Deutschen Ruderverbandes. Torsten Gorskis Wirken ist maßgeblich mitverantwortlich für den Erhalt der heimischen Regatta in Kassel sowie einer sehr guten Ruderinfrastruktur in Hessen.

Cybersicherheit

Hand in Hand Cyberbedrohungen begegnen

Das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) und die Hochschule Fresenius haben Mitte Oktober eine Zusammenarbeit vereinbart, um die Ausbildung von IT-Fachkräften praxisnäher zu gestalten. Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung durch Innenminister Peter Beuth erfolgte gemeinsam mit dem Präsidenten der Hochschule Fresenius, Professor Dr. Tobias Engelsleben, in den Räumlichkeiten der Hochschule in Wiesbaden. Cyberbedrohungen soll durch die Kooperation künftig effektiver begegnet werden.

Die unterzeichnete Kooperationsvereinbarung legt die grundsätzliche operative Art der Zusammenarbeit fest. Primäres

Ziel ist die praxisnahe Fortentwicklung des Studiengangs „Analytische und Digitale Forensik“. Die Zusammenarbeit beinhaltet die Bereitstellung von ausgewählten, anonymisierten Daten durch das Hessen3C, die den Studentinnen und Studenten die Möglichkeit bietet, echte Daten zu analysieren und auszuwerten. Dies können zum Beispiel Datensätze sein, die von Cyberkriminellen im Internet veröffentlicht werden und der Allgemeinheit zur Ansicht zur Verfügung stehen. Von den praxisnah ausgebildeten Absolventen profitieren Sicherheitsbehörden wie das Hessen3C, die hessische Polizei oder das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, die potentielle Arbeitgeber sein können,

und für welche die erworbene Expertise der Absolventen eine hohe Relevanz hat. Hinzu kommt, dass die hessischen Sicherheitsbehörden als potentielle Arbeitgeber bei den Studentinnen und Studenten bekannter werden.

Darüber hinaus sieht die Kooperation für das Hessen3C die Möglichkeit vor, Auftragsforschung mit wissenschaftlichem Anspruch zu aktuellen Fragestellungen und Entwicklungen im Bereich Cybersicherheit durchführen zu lassen. So lassen sich für die Weiterentwicklung der Cyber- und IT-Sicherheit richtungsweisende Erkenntnisse gewinnen.

„Die Sicherheit im digitalen Raum ist ein wichtiger Bestandteil Innerer Sicherheit und Voraussetzung für das erfolgreiche Gelingen der Digitalisierung.“

Innenminister Peter Beuth



KOMPASS

Neustadt mit KOMPASS-Siegel ausgezeichnet

Innenstaatssekretär Stefan Sauer hat Ende Oktober Neustadt als 25. Hessische Kommune das KOMPASS-Sicherheitsiegel verliehen. Seit September 2018 hatte die Kleinstadt im KOMPASS-Programm zahlreiche Präventionsmaßnahmen für mehr Sicherheit und ein höheres Sicherheitsgefühl umgesetzt. Zur Erfassung der Sicherheitsbedarfe in Neustadt wurde eine Bürgerbefragung von der Justus-Liebig-Universität Gießen durchgeführt. Vor Ort hat eine Sicherheitskonferenz unter Beteiligung von kommunalen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern sowie der Polizei stattgefunden. Darüber hinaus gab es eine Ortsbegehung. Eine Erkenntnis war, dass sich die Neustädter Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt und den Stadtteilen tagsüber sicher fühlen, das Sicherheitsgefühl in den Nachtstunden hingegen abnimmt. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, bestimmte Örtlichkeiten, insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit, zu meiden.

Für die festgestellten Sicherheitsbedarfe wurden im Rahmen des KOMPASS-Programms von der Stadt acht übergeordnete Maßnahmen entwickelt bzw. umgesetzt. Im Juli 2020 wurde der Schutzmann vor Ort eingeführt, der seitdem als dauerhafter Ansprechpartner der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger in Neustadt unterwegs ist. Er nimmt unter anderem regelmäßig an den Präventionsratsitzungen und Ortsbeiratsitzungen teil, ist im Bereich Schulwegsicherung/Kontrolltage mit dem Ordnungsamt aktiv und führt Bürgersprechstundensowie Fahrrad- und Fußstreifensowie

Bürgergespräche durch. An verschiedenen Örtlichkeiten, wie beispielsweise im Bürgerpark, wurden Grünanlagen neu- bzw. umgestaltet und Grünrückschnitte durchgeführt, um Sichtachsen wiederherzustellen und die Einsehbarkeit zu erhöhen. Zudem wurde ein besonderes Augenmerk auf die Beleuchtung gelegt: Es wurden zusätzliche Leucht-

körper installiert bzw. vorhandene repariert. Durch diese städtebaulichen Veränderungen wurde vor allem den Schilderungen der Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich schlechter/fehlender Beleuchtung bzw. Einsehbarkeit von öffentlichen Räumen Rechnung getragen. Hierfür wurden insgesamt mehr als 62.000 Euro aufgewendet.



„ Neustadt hat im Rahmen des KOMPASS-Prozesses seit 2018 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern passgenaue Präventionsmaßnahmen angestoßen. Das Maßnahmenpaket trägt zu einem ein Mehr an Sicherheit und einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Menschen in Neustadt bei.

Innenstaatssekretär Stefan Sauer



Sportförderung

Hessischer Bewegungsscheck im Kreis Groß-Gerau gestartet

Staatssekretär Stefan Sauer hat Anfang November die Auftaktveranstaltung zur Umsetzung des Hessischen Bewegungsschecks im Kreis Groß-Gerau in der „Wilhelm-Arnoul-Schule“ in Mörfelden-Walldorf besucht. Anlässlich dessen betonte Staatssekretär Stefan Sauer die Bedeutung von gezielter Bewegungsförderung im Kindesalter. Der Hessische Bewegungsscheck ist Teil des Landesprogramms „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Der gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen initiierte Hessische Bewegungsscheck verfolgt das Ziel, Bewegung bei Grundschulkindern zu fördern und auf Sportangebote vor Ort aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Bewegungsschecks absolvieren Drittklässler während des Sportunterrichts einen Parcours, der aus zwölf zu bewältigenden Aufgaben besteht, darunter Ballwurf- und Dribbelaufgaben, Balanceübungen sowie Lauf- und Kraftübungen. Die Aufgaben geben Aufschluss über motorische Basiskompetenzen und grundlegende konditionelle Fähigkeiten. Unterstützt von Helfern der örtli-

chen Sportkreise werden die Ergebnisse gesammelt, dokumentiert und anonymisiert zur Auswertung an das Institut für Sportwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt übermittelt. Im Anschluss erhalten die Sportkreise die Ergebnisse, welche den Eltern eine Rückmeldung zum Bewegungskönnen ihres Kindes mit ergänzenden Empfehlungen zu besonders geeigneten Sport- und Bewegungsangeboten vor Ort übermitteln. Neben der Hessischen Landesregierung fördern die Unfallkasse Hessen sowie die BAR-MER die Umsetzung des Hessischen Bewegungsschecks.

Mit dem ressortübergreifenden Landesprogramm „SPORTLAND HESSEN bewegt“ verfolgt die Hessische Landesregierung gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen sowie zahlreichen weiteren Partnern das Ziel, Bewegung über alle Lebensphasen gezielt zu fördern. Auch soll mit dem Landesprogramm die Bewegungsförderung zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Hierbei werden die Themenkomplexe Sport,

Bewegungsförderung und Gesundheit miteinander verknüpft und zusammen fortentwickelt. Konkret bedeutet dies das Bewusstsein für den vielfältigen Nutzen von Bewegungsförderung zu schärfen, die Zusammenarbeit relevanter Akteure untereinander zu verbessern und die zahlreichen bestehenden Angebote besser miteinander zu vernetzen. Außerdem sollen die Angebotsstrukturen über alle Lebensphasen hinweg vom Kindes- bis ins hohe Lebensalter ausgebaut werden.

„*Bewegung wirkt sich positiv auf die körperliche und geistige Entwicklung sowie schulische Leistungsfähigkeit von Kindern aus. Mit dem Hessischen Bewegungsscheck setzen wir ab jetzt auch in den Grundschulen im Kreis Groß-Gerau bereits im Kindesalter gezielt Anreize für mehr Sport und fördern Bewegung.*

Staatssekretär Stefan Sauer



Sicherheit

Zufahrtssperren in Hochheim gefördert

Innenminister Peter Beuth hat Anfang November den Hochheimer Markt besucht und dabei die Zufahrtssperren besichtigt, die zur Absicherung des Fests im Einsatz sind. Die Schutzmaßnahmen in Hochheim am Main werden vom Land nun mit 100.000 Euro gefördert. Die Förderung erfolgte im Rahmen des bundesweit einmaligen Sonderförderprogramms „Zufahrtssperren gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum“ des Hessischen Innenministeriums. Mit dem Sonderförderprogramm hat sich die Hessische Landesregierung zum Ziel gesetzt, Fußgängerzonen sowie andere beliebte und belebte Orte in Hessen noch besser vor Amok- und Terrorattacken mit Fahrzeugen zu schützen. Das Programm, welches nach der Amokfahrt von Volkmar 2020 aufgelegt wurde, unterstützt Kommunen oder Kommunenverbände, die mit baulichen Maßnahmen ihre Innenstädte besser vor solchen Attacken sichern wollen. Der Förderaufruf sieht eine Förderung in Höhe von maximal 100.000 Euro

je Kommune/Kommunenverbund vor. Der Stadt Hochheim wurde durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport eine Zuwendung in Höhe von bis zu 100.000 Euro bewilligt. Insgesamt sieben Kommunen befinden sich derzeit im Förderverfahren. In Wetzlar und Fritzlar sind die vom Land geförderten Zufahrtssperren bereits im Einsatz. Insgesamt bewilligte das Land für die Beschaffung von Zufahrtssperren bislang mehr als 850.000 Euro.

Hessenweit bieten Polizeidienststellen Beratung für Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten im Kontext von Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum an. Unter anderem wurde im Hessischen Landeskriminalamt eine Architektin eingestellt, die den Kommunen als Bauexpertin bei den städtebaulichen Maßnahmen beratend zur Seite steht. So können frühzeitig auch Sicherheitsaspekte in die Planungen miteinbezogen werden. Die im Rahmen des „Sonderförderprogramms Zufahrtssperren

gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum“ seitens des Landes zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel werden über das Landesprogramm „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ verwaltet. Die Mittel dienen der Beschaffung von Zufahrtssperren zur Sicherung von Menschenansammlungen (z.B. bei Volksfesten) auf öffentlichen Wegen und Plätzen.

„ Unser einmaliges Förderprogramm ist ein wichtiger Baustein, um Angriffe mit Fahrzeugen zu erschweren und nachhaltig für einen bestmöglichen Schutz öffentlicher Plätze zu sorgen.

Innenminister Peter Beuth





Brandschutz

Berufsfeuerwehr Wiesbaden als Feuerwehr des Monats Oktober ausgezeichnet

Staatssekretär Stefan Sauer hat die Berufsfeuerwehr Wiesbaden für ihr modernes Konzept der Brandschutzerziehung als „Feuerwehr des Monats Oktober 2023“ ausgezeichnet. Teil dessen ist u.a. ein durch die Feuerwehr gebauter Brandschutzerziehungsspielplatz, auf dem mit großer Begeisterung Brandschutzerziehungseinheiten sowie die Wachführungen von Kindergärten und Schulen durchgeführt werden. Als Anerkennung für das besondere Engagement überreichte Staatssekretär Stefan Sauer der Wehr eine Anerkennungsprämie in Höhe von 1.000 Euro.

Mithilfe eines Forstwirts hatte das Team der Brandschutzerziehung der Berufsfeuerwehr Wiesbaden aus eigenen Finanzmitteln eine eigene Brand-erziehungswelt erschaffen, die verschiedene Vorteile im Rahmen der Brandschutzerziehung bietet. Die Brandschutzerziehungseinheiten sowie die Wachführungen von Kindergärten und Schulen finden nun größtenteils auf dem Spielplatz statt.

Die Stadt Wiesbaden hat von der Erhöhung der Garantiesumme im Brandschutz profitiert: In den vergangenen zwei Jahren wurden insgesamt vier Fahrzeuge mit einer Gesamthöhe von rund 90.000 Euro gefördert.

„Die Berufsfeuerwehr Wiesbaden hat eine liebevoll gestaltete Erlebniswelt geschaffen, die eine moderne und altersgerechte Möglichkeit der Brandschutzerziehung und -aufklärung für den Nachwuchs bietet.“

Staatssekretär Stefan Sauer

Spätaussiedler und Vertriebene

Hessischer Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“

Innenminister Peter Beuth hat zusammen mit der Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, den Landespreis 2023 „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ verliehen. Im Pariser Hoftheater in Wiesbaden waren dazu zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände, Parlamentarier und weitere Gäste zusammengekommen. Den Hauptpreis des im zweijährigen Turnus vergebenen Preises erhielt Marta Kaffanke-Fuchs für ihr Buchprojekt „Schönwald und die Schönwälder“. Ihr Werk ist ein

Bericht über den Untergang des Dorfes Schönwald in Oberschlesien 1945, die Vertreibung der Einwohner und ein Blick zurück auf den kulturellen Kosmos Schönwald. Frau Kaffanke-Fuchs erhält von der mit insgesamt 7.500 Euro dotierten Auszeichnung ein Preisgeld in Höhe von 6.000 Euro. Zweiter Preisträger ist Otokar Löbl, Vorsitzender des Fördervereins Saaz / Žatec e. V. aus Frankfurt am Main. Er erhält 1.500 Euro für sein rühriges Engagement der letzten 20 Jahre, in denen er sich in zahlreichen Projekten um die Versöhnung und Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen bemüht.

Im Jahr 2010 hat das Land Hessen den Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ aus Anlass des 60. Jahrestages der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen gestiftet. In diesem Jahr stand er unter dem Motto „70 Jahre BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen“. Für die diesjährige, siebte Auszeichnung mit dem Landespreis waren insgesamt sieben Bewerbungen eingegangen.

„ Alle zwei Jahre prämiiert die Hessische Landesregierung herausragende wissenschaftliche, literarische und kulturelle Arbeiten, die sich mit der Thematik Vertreibung, Flucht, Deportation und Eingliederung von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern oder der Kultur der Heimatgebiete beschäftigen. Es geht darum, die Erinnerung für künftige Generationen lebendig zu halten und zu Verantwortung und Versöhnung zu mahnen.“

Innenminister Peter Beuth





Polizei

Indienststellung des Hessischen Polizeipräsidiums Einsatz

Das neue Hessische Polizeipräsidium Einsatz (HPE) wurde Mitte November im Rahmen eines feierlichen Festakts durch Innenminister Peter Beuth in den Dienst gestellt. Die offizielle Einweihung bildet den Abschluss eines zwei Jahre andauernden Umstrukturierungsprozesses. Das neue HPE geht aus dem Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums (HBPP) hervor und ist ab sofort die neue, zentrale Einsatzbehörde für sämtliche spezialisierte Polizeikräfte der hessischen Polizei. Herausragendes Merkmal des Hessischen Polizeipräsidiums Einsatz ist die große Bandbreite an spezialisierten Polizeikräften, die im Bedarfsfall hessenweit zum Einsatz kommen können. Neben klassischen Einheiten der Bereitschaftspolizei, den sogenannten Einsatzeinheiten, sowie Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten, die häufig im Rahmen von Demonstrationen oder Großveranstaltungen, wie Fußballspielen, zum Einsatz kommen, verfügt das HPE über eine Vielzahl weiterer hochspezialisierter Polizistinnen und Polizisten, darunter die Spezialeinheiten SEK (Spezialeinsatzkommando), MEK (mobiles Einsatzkommando),

Verhandlungsgruppen sowie der Personenschutz, die Technische Einsatzeinheit, die über besonderes technisches Equipment verfügt – darunter Spezialfahrzeuge wie Wasserwerfer und gepanzerte Sonderwagen – und die unter anderem auch Polizeitaucher zum Einsatz bringen kann, die Wasserschutzpolizei, die sowohl mit High-Tech-Streifenbooten als auch wendigen Festtrumpfschlauchbooten für die Sicherheit auf Hessens Gewässern sorgt, die Polizeifliegerstaffel mit ihren Hubschraubern, Flächenflugzeugen sowie Polizeidrohnen und die Polizeireiterstaffel, deren besondere Fähigkeiten gerade bei Großveranstaltungen gefragt sind.

Im neuen Einsatzpräsidium der Polizei Hessen verortet ist eine Dienststelle, die in dieser Form, auch bundesweit, einzigartig ist. Die sogenannte „Kräftekoordination – KKO 24/7“ ist rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche tätig. Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten haben jederzeit einen Gesamtüberblick über alle spezialisierten Polizeikräfte, die aktuell in Hessen verfügbar sind. Dies macht die Kräftekoordination zur zentralen Ansprechstelle für alle hessischen Polizeibehörden. Sobald sich aus einer polizeilichen Einsatzlage ein Bedarf an Spezialisten oder spezialisierten Fähigkeiten, zum Beispiel Polizeihubschrauber, Drogenspürhunde, SEK oder Taucher, ergibt, kann die Kräftekoordination umgehend Auskunft über die Verfügbarkeit geben und die Kräfte koordiniert in den jeweiligen Einsatz bringen. Dies entlastet zum einen die jeweilige einsatzführende Polizeidienststelle, die somit lediglich einen zentralen Ansprechpartner kontaktieren muss. Zum anderen beschleunigt der optimierte Ablauf die Verfügbarkeit der Einsatzkräfte zur polizeilichen Lagelösung nochmals, wovon letztendlich die Bürgerinnen und Bürger profitieren.

„ Ab sofort befinden sich alle spezialisierten Polizeikräfte Hessens zentral unter einem Dach. Diese Kompetenzbündelung bietet Synergieeffekte und große Vorteile für die gesamte Organisation der hessischen Polizei.“

Innenminister Peter Beuth

Sportplakette

Höchste Auszeichnung für Spitzensportler, Teams, Trainer und Ehrenamtliche

Erneut zeichnete das Land Hessen Ende November die besten und engagiertesten Vertreterinnen und Vertreter aus dem Leistungs- und Breitensport mit der Sportplakette des Landes Hessen aus. Die höchste Auszeichnung des Landes im Bereich des Sports wurde von Sportminister Peter Beuth gemeinsam mit Juliane Kuhlmann, Präsidentin des Landessportbundes Hessen, sowie Mark Behrend, Präsident von Special Olympics Hessen, an insgesamt 20 Preisträger in den Kategorien Aktive, Trainer und Ehrenamtliche verliehen. Zu den Ausgezeichneten zählten in diesem Jahr unter anderem Chloé Lucy Beloin (Hockey), Sabrina Blasius (Schwimmen) und Annika Meissner (Leichtathletik), welche bei den Special Olympics Weltspielen in Berlin zwei Mal Gold und ein Mal Silber geholt haben.

Zur Anerkennung sportlicher Leistungen und zur Würdigung besonderer Verdienste um den Sport in Hessen wurde die Sportplakette des Landes Hessen erstmals im Jahr 1970 gestiftet. Sie wird jährlich an Personen oder Mannschaften verliehen, die nach internationalen und nationalen Maßstäben sportliche Höchstleistungen erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung Vorbild sind, sowie an Personen, die sich in langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden um die Jugend- oder Breitenarbeit im Sport besonders verdient gemacht haben. Seit 2020 wird die Sportplakette des Landes zudem an Personen verliehen, die als Trainerin oder Trainer herausragende Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene

erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung als Vorbild wirken. Seit 2014 wurden inklusive des aktuellen Jahrgangs mit der Sportplakette insgesamt ausgezeichnet:

- 90** Sportlerinnen und Sportler bzw. Mannschaften
- 18** Trainerinnen und Trainer
- 54** Ehrenamtliche

Zusätzlich wurde in diesem Jahr mit der Sportplakette in Gold eine neue Auszeichnung geschaffen, mit der Personen geehrt werden können, die sich durch ihr erfolgreiches und Beispiel gebendes Wirken in einzigartiger Form um den Sport in Hessen verdient gemacht haben. Zum ersten Mal wurde die Sportplakette in Gold an Dr. Rolf Müller verliehen, der sich zuletzt als langjähriger Präsident des Landessportbundes Hessen für den Sport in Hessen eingesetzt hat.



„Bei den Ehrungen ist von Hockey über Leichtathletik, Boccia, Tennis, Schießen, Handball, Karate, Aikido, Schwimmen, Radsport, Rudern, Fußball, Rhönrad bis hin zum Rollstuhlbasketball alles vertreten. Hier zeigt sich die ganze Vielfalt des Sportlandes Hessen.“

Sportminister Peter Beuth.



“ Der Sicherheitsgedanke wurde in den vergangenen fünf Jahren im Rüsselsheim weiter gestärkt.”

Staatssekretär Stefan Sauer

KOMPASS

Stefan Sauer zeichnet Rüsselsheim am Main mit KOMPASS-Sicherheitsiegel aus

Als 29. hessische Kommune hat Innenstaatssekretär Stefan Sauer Ende November Rüsselsheim am Main mit dem KOMPASS-Sicherheitsiegel ausgezeichnet. Seit September 2018 engagiert sich die Stadt im KOMPASS-Programm für mehr Sicherheit und ein höheres Sicherheitsgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger und hat in dieser Zeit bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Die Sicherheitsbedürfnisse in Rüsselsheim am Main wurden über eine Sicherheitskonferenz mit kommunalen Akteuren, eine Bürgerbefragung im Rahmen einer Masterthesis und durch die Begleitung der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie einer weiteren Befragung im Rahmen der Sicherheitskonferenz erhoben. Im Ergebnis wurde ein Gefühl von Unsicherheit, insbesondere bei Frauen und bei Nacht festgestellt. Als Orte, an denen sich die Bürgerinnen und Bürger von Rüsselsheim weniger sicher fühlen, wurden die Innenstadt und der Bahnhof mit dem Bahnhofsumfeld sowie der Ostpark benannt.

Für die festgestellten Sicherheitsbedürfnisse wurden im Rahmen des KOMPASS-Programms von der Stadt zahlreiche Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. So wurde ein Aktionsplan „Sichere Innenstadt“ eingeführt und eine dazugehörige Stabsstelle geschaffen, die sicherheitsrelevanten Themen bearbeitet und dabei Gewerbetreibende und weitere Innenstadtakteure einbindet. Die „Innenstadtwatch“ der Stadtpolizei ist in die Fußgängerzone verlegt worden, um eine zentrale und bürgernahe Anlaufstelle zu schaffen. Problematische Plätze und Geschäfte werden im Rahmen des Aktionsplanes „Sichere Innenstadt“ und unter der Thematik „Prävention und Ordnungswidrigkeit“ zur Vermeidung von Ordnungswidrigkeiten nun häufiger kontrolliert und bestreift. In der Innenstadt ist ein Jugendtreff „Jugend- und Stadtteiltreff JuST“ eingerichtet worden. In einem neu gegründeten Netzwerk „Streetworker“ kooperieren eine Vielzahl von Streetworkerinnen und Streetworkern sowie andere

Trägern gemeinsam. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurden sogenannte „Enforcement Trailers“ zur Durchführung von mobilen Geschwindigkeitsmessungen angeschafft. Mit Unterstützung des Landes durch das Sonderförderprogramm „Zufahrtssperren gegen Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum“ sind Zufahrtssperren angeschafft worden, die vor allem bei Veranstaltungen zum Einsatz kommen sollen. Das Müllkonzept „Flotter Feger“ zur bedarfsgerechten und zielgerichteten Beseitigung von Müllablagerungen wurde wiedereingeführt.

Cybersicherheit

Innovative Lösungen für mehr Sicherheit

Wiesbaden. Das Hessische Innenministerium unterstützte auf Grundlage der Förderrichtlinie „Cybersicherheitsforschung in Hessen“ bereits zum elften Mal innovative Forschungsprojekte im Bereich der Cybersicherheit. Die zwei neusten Förderprojekte zur besseren Erkennung von Hass und Hetze in Sozialen Netzwerken und zur Analyse von „Smart-Home-Geräten“ setzen mit ihren Forschungsschwerpunkten an aktuellen Bedarfen an und wurden mit rund 634.000 Euro gefördert.

An die 2020 im Hessischen Innenministerium geschaffene Meldestelle HessenGegenHetze können Bürgerinnen und Bürger Beiträge mit Beiträgen aus dem Internet mit Hass und Hetze, die potenziell strafbare oder extremistische Inhalte enthalten könnten, zur Bewertung und gegebenenfalls Weiterleitung an die zuständigen Behörden melden. Mit dem Forschungsprojekt „BoTox – Bot- und Kontexterkenennung im Umfeld von Hasskommentaren“ wird die bessere Erkennung von Hass und Hetze im Internet vorangetrieben. So sind für die Bewertung gemeldeter Beiträge zum Beispiel der Kontext und der Kommunikationsverlauf von Bedeutung. Außerdem ist es für das Vorgehen gegen den Inhaber eines Profils auf einem Sozialen Netzwerk wegen strafrechtlich relevanter Äußerungen von entscheidender Bedeutung, ob sich hinter dem Profil eine real existierende Person oder ein sogenannter „Bot“ –

also ein Computerprogramm, welches automatisiert und vordefinierte Aufgaben ausführt – verbirgt. Das Projekt wird mit rund 292.000 Euro unterstützt.

Das Forschungsprojekt „FIENDISH: Forensische Extraktion von IoT-Daten im Smart-Home“ soll die vereinfachte Auswertung von Daten des „Internet of Things“ (IoT) erforschen. Deren gespeicherte Informationen können für die Rekonstruktion von Ereignissen und das Sammeln von Beweismaterial an Tatorten im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung von großem Belang sein. Das Ziel ist die Entwicklung von standardisierten Analysewerkzeugen und -methoden zur Auslesung und weiteren Analyse solcher Daten von IoT-Smart-Home-Geräten. Das Vorhaben wird mit rund 342.000 Euro gefördert.

„Die Landesregierung stärkt ganz bewusst Forschungsvorhaben im Bereich der Cybersicherheit, an denen in Hessen aussichtsreich geforscht wird.“

Innenstaatssekretär Stefan Sauer





Sport

Bewegungsmangel frühzeitig entgegenwirken

Sportminister Peter Beuth hat gemeinsam mit Dr. Manuel Lösel, Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, Mitte Dezember die Auftaktveranstaltung zur Umsetzung des Hessischen Bewegungschecks im Kreis Gießen besucht. Anlässlich des Besuchs an der Grundschule Beuern in Buseck betonten Sportminister Peter Beuth und Staatssekretär Dr. Manuel Lösel die Bedeutung von Bewegung und Sport im Kindesalter.

Der Hessische Bewegungscheck ist Teil des Landesprogramms „SPORTLAND HESSEN bewegt“. Der gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen initiierte Hessische Bewegungscheck verfolgt das Ziel, Bewegung bei Grundschulkindern zu fördern und auf Sportangebote vor Ort aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Bewegungschecks absolvieren Drittklässler während des Sportunterrichts einen vom Institut für Sportwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt konzipierten Parcours. Dieser besteht aus zwölf

zu bewältigenden Aufgaben, darunter Ballwurf- und Dribbelaufgaben, Balanceübungen sowie Lauf- und Kraftübungen. Die absolvierten Übungen geben Aufschluss über motorische Basiskompetenzen und grundlegende konditionelle Fähigkeiten. Unterstützt von Helfern der örtlichen Sportkreise werden die Ergebnisse gesammelt, dokumentiert und anonymisiert zur Auswertung an das Institut für Sportwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt übermittelt. Im Anschluss erhalten die Sportkreise die Ergebnisse, welche den Eltern eine Rückmeldung zum Bewegungskönnen ihres Kindes mit ergänzenden Empfehlungen zu besonders geeigneten Sport- und Bewegungsangeboten vor Ort übermitteln. Neben dem Hessischen Innenministerium und dem Hessischen Kultusministerium, die im Jahr 2023 insgesamt 298.000 Euro bereitstellen, fördern die Unfallkasse Hessen sowie die BARMER die Umsetzung des Hessischen Bewegungschecks.

” Mit dem Hessischen Bewegungscheck wollen wir Bewegungsmangel frühzeitig entgegenwirken. Die teilnehmende Kinder erhalten individuelle Empfehlungen für Sportarten und entsprechende Informationen zum Sportangebot vor Ort.“

**Sportminister
Peter Beuth**

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.innen.hessen.de